

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext - Beschwerden, Stimmungsbeobachtung und Zensur

### II.1. Bedeutung der Feldpost

*„O schöne Stunden, wenn die Feldpost naht,  
Wenn so erwartungsvoll die Augen glänzen,  
Ein Brief für Dich, ein Päckchen, Kamerad,  
Ganz nah sind Dir der lieben Heimat Grenzen.“<sup>1</sup>*

Der Feldpost kam als zumeist einziger Verbindung mit der Heimat eine immense Bedeutung zu. Neben dem nur spärlich erteilten Urlaub übernahm vor allem sie eine entscheidende Rolle im mentalen, die Motivation stärkenden oder stabilisierenden Bereich. Diese Wirkung des Feldpostverkehrs wurde von den Verantwortlichen in der Obersten Heeresleitung (OHL) und in der Feldpostverwaltung auch deutlich erkannt und für wichtig gehalten, denn:

*„Die Haltung der Truppen im Felde wird auf das stärkste beeinflusst durch die geistige Verbindung mit der Heimat. Es gibt nicht viele Einwirkungen, die so wohltätig über Gefahren und Mühsale hinweghelfen, die so kräftig die gesunkene Spannkraft zu heben vermögen, als ersehnte Nachrichten von daheim. Die erhöhte Stimmung, die der wechselseitige Verkehr mit der Heimat erzeugt, kommt der Schlagkraft des Heeres zugute.“<sup>2</sup>*

Dieser Einschätzung entsprach aber gerade in der ersten Phase des Krieges keineswegs die Sicherheit und Schnelligkeit der postalischen Übermittlung. Die Klagen über die mangelhafte Arbeit der Feldpost begannen, kaum, daß sie ihre Tätigkeit aufgenommen hatte.

Die Beschwerden über die Postbeförderung rissen während des Krieges nie ganz ab. Soweit sie in Feldpostbriefen geäußert wurden, verquickten sie sich überdies schon früh mit massiven Klagen über Mißstände und soziale Ungerechtigkeiten an den Fronten. In beiden Fällen handelte es sich um die brieflichen Berichte von Augenzeugen, denen aber nur eine stark eingeschränkte Öffentlichkeit zugebilligt wurde.

---

<sup>1</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 305, aus dem Gedicht „Der Feldpostbrief“ (Anonym), in: Am Bosphorus. Deutsche Soldatenzeitung, Nr. 8 v. 17.12.1918, Bl. 6.

<sup>2</sup> K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost im Kriege 1914/18, Berlin 1921, S. 3.

## 1.1. Probleme der Feldpostbeförderung

Während des Ersten Weltkriegs wurden in Deutschland acht Zählungen des Feldpostverkehrs vorgenommen, jeweils geltend für einen Tag. Darin eingeschlossen waren Briefe, Postkarten, Pakete, Päckchen und der Versand von Zeitungen. Der Brief- und Postkartenverkehr machte - portofrei - den Hauptanteil aus.<sup>3</sup> Die rund 8.000 bei der Feldpost beschäftigten Beamten und Trainsoldaten bewältigten während des ganzen Krieges etwa 28,7 Milliarden Sendungen aller Art zwischen Front und Heimat, wobei jene aus der Heimat in Richtung Front überwogen; 9,9 Millionen Sendungen waren hier im Durchschnitt aller Kriegsjahre täglich zu verzeichnen. In umgekehrter Richtung waren es im gleichen Zeitraum ca. 6,8 Millionen Sendungen täglich. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 dagegen mußten die Preußische, Badische und Württembergische Feldpost insgesamt nur 1,2 Milliarden Brief- und Paketschaften abfertigen, was einem Tagesdurchschnitt von ca. 500.000 Sendungen entsprach.<sup>4</sup>

Besonders in der kurzen Anfangsphase des Bewegungskrieges stieß die Beförderung der Feldpost auf immense Schwierigkeiten. Fehlende Einsicht der Feldpostverwaltung in die Kriegsgliederung der Armeen und der Mangel an Transportfahrzeugen, die in ihrer Mehrzahl für den Aufmarsch des Heeres benutzt wurden, führten zu langen Laufzeiten oder verhinderten eine Zustellung der Sendungen an der Front. Hinzu kam, daß bereits im ersten Monat des Krieges eine Postsperre von der OHL verhängt wurde. Diese Sperre unterband vor allem den Brief- und Telegrammverkehr zwischen Front und Heimat. Sie war die erste in einer Reihe von 600 Postsperren während des Krieges. Erlassen von einzelnen Armeeführern oder der OHL, konnten sie wenige Tage und bis zu sieben Wochen andauern. Betroffen waren einzelne Armeebezirke oder, wie zu Beginn der letzten deutschen Offensiven ab März 1918, die gesamte Westfront.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost, S. 336.

<sup>4</sup> F. Stuhlmann, Die deutsche Feldpost in Geschichte und Tätigkeit, Berlin 1939, S. 14ff. Die Zahlen für die Bayerische Feldpost während des Krieges von 1870/71 fehlen. Zählungen des französischen Feldpostverkehrs nennen ausdrücklich nur Briefe, wenn sie von insgesamt ca. 10 Milliarden Sendungen sprechen und den täglichen Verkehr mit durchschnittlich 4 Millionen Briefen beziffern. Doch dürften auch hier andere Formen des Postverkehrs mitgemeint sein, wobei die Differenz zum deutschen Feldpostaufkommen durch die höhere deutsche Bevölkerungszahl und vor allem durch die größere Ausdehnung deutscher Fronten erklärt werden muß. Vgl.: R. Chartier (Hg.), *La Correspondance. Les usages de la lettre au XIXe siècle*, Paris 1991, S. 347 (J. Hébrard, *Représentations*, S. 279-372). - Vergleichszahlen aus dem Zweiten Weltkrieg: geschätzte 40 Milliarden Sendungen zwischen Front und Heimat allein in Deutschland; vgl. O. Buchbender/R. Sterz (Hg.), *Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945*, München 1983, S. 13. Vgl. auch: P. Schuhmann, *Das deutsche Postwesen im Weltkrieg 1914-18*, Erlangen (Phil. Diss.) o. J. /nach 1920.

<sup>5</sup> Vgl. K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost, S. 80ff. Vgl. auch: BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 5-15, Immediatbericht des Staatssekretärs im Reichspostministerium, Kraetke, Feldpost v. 20.9.1914, Bl. 13.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Mit derartigen Sperren sollten Angriffsabsichten, Rückzugsbewegungen oder Truppenverlegungen geheim gehalten oder verschleiert werden; deshalb war mit einer Postsperre auch häufig das Verbot verbunden, Feldpost, selbst Feldpostkarten, mit in die Gräben zu nehmen. Freilich ist zu vermuten, daß damit zugleich verhindert werden sollte, daß aus den Briefen gefangener oder getöteter deutscher Soldaten feindliche Briefsammlungen entstehen konnten, die dann passagenweise auf Flugblättern gedruckt und über den deutschen Linien abgeworfen wurden.<sup>6</sup> (Vgl. III.1.2.) Allerdings waren die in aller Regel angekündigten Sperren für die Soldaten an der Front oft zugleich auch das sicherste Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende militärische Operation. So schrieb beispielsweise der Unteroffizier Karl Grohmann am 15. Februar 1918 von der Westfront an seine Verlobte einleitend: „Jetzt ist ja eine neuerliche Sperre erlassen worden, so daß man baldige militärische Aktionen erwarten darf.“<sup>7</sup>

Während einer Postsperre wurde den Soldaten bisweilen erlaubt, offen bei der Kompanie abzugebende Briefe und Postkarten abzuschicken, die zuvor vom nächsten Disziplinarvorgesetzten geprüft und zensiert worden waren.<sup>8</sup> Es stellte sich jedoch nur allzubald heraus, nicht zuletzt durch darüber Klage führende Feldpostbriefe an Reichstags- oder Landtagsabgeordnete, daß Postsperren oft nur den einzigen Zweck hatten, „den Briefverkehr mißliebig gewordener Soldaten zu überwachern.“<sup>9</sup> Erst ab November 1917 war dann in der deutschen Armee offiziell erlaubt, was in den Alliierten Armeen und der des verbündeten Österreich-Ungarn seit Kriegsbeginn üblich war: die Nutzung normierter Feldpostkarten während einer Postsperre. „Es empfiehlt sich“, hieß es in einem Erlaß der OHL,

*„die Ausgabe vorgedruckter Post-Karten (Aufdruck etwa: Ich bin gesund, und es geht mir gut.) Dabei sind für deutsche Truppen stets besondere Karten auszugeben, die Benutzung von mehrsprachigen, in Österreich gebräuchlichen Karten ist zu vermeiden.“*<sup>10</sup>

Postsperren wurden auch dann erlassen, wenn die Zahl der Sendungen in einem kurzen Zeitraum plötzlich und rapide anstieg. Zu Beginn des Krieges waren dafür häufig die „Liebesgabenpakete oder -Päckchen“ verantwortlich, die in großer

---

<sup>6</sup> Vgl. F. Stuhlmann, Die deutsche Feldpost in Geschichte und Tätigkeit, S. 26.

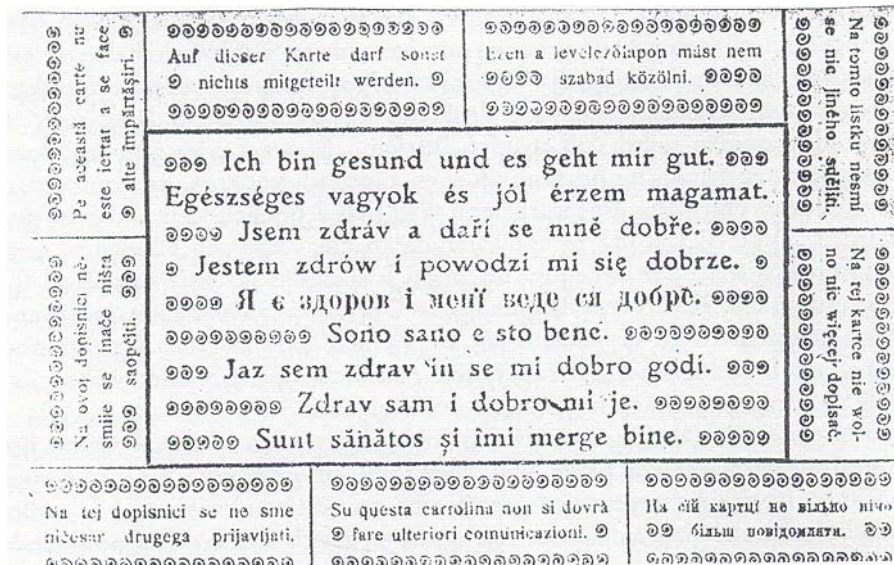
<sup>7</sup> Sammlung Grohmann/Privatbesitz, Brief v. 15.2.1918.

<sup>8</sup> KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707, Bd. 4, Verfügung Chef des Generalstabes des Feldheeres M. J. Nr. 36061 v. 29.4.1916. Während der Postsperre konnte auch eine Prüfung der angesammelten Post durch militärische Postüberwachungsstellen vom jeweiligen Armeekommando angeordnet werden. Vgl. II. 2.

<sup>9</sup> So der SPD-Abgeordnete Stücklen im Reichstag am 6. Juni 1916, in: Verhandlungen Reichstag, Bd. 307, Berlin 1916, S. 1557.

<sup>10</sup> KA München, Feldpost 687/Armeepostdirektion 6, Bd. 32, ergänzende Verfügung zur Verfügung vom 29.4.1916 v. 8.11.1917. Vgl. P. Fussell, The Great War and Modern Memory, S. 186. In der englischen Armee standen bereits im November 1914 eine Million dieser vorgedruckten Karten zur Verfügung der Truppen. Vgl. C. Carrington, Soldiers from the Wars Returning, London 1965, S. 158ff, S. 159.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur



Rückseite einer vorgedruckten Feldpostkarte für die Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee

Zahl an die Fronttruppen abgingen; gefüllt mit Rauchwaren, Lebensmitteln und Kleidungsstücken (Handschuhe, Socken, Pulswärmer, warme Unterwäsche etc.). Da die Ausrüstung der Fronttruppen, besonders mit Beginn des Stellungskrieges, sich als unzulänglich erwies, kam den „Liebesgabensendungen“ große Bedeutung zu. „Alle Feldsoldaten erfliehen Wollsachen“, kablete der Chefredakteur des „Posener Tageblattes“ „im Namen vieler Tausend Leser“ an den Reichskanzler.<sup>11</sup> Eine immer wiederkehrende Forderung war daher die nach Erhöhung der Gewichtsgrenzen für Briefe von 300 auf 350 Gramm, damit auch mit ihnen „nach und nach Unterwäsche verschickt“ werden konnte. Die Pakete hatten in der Regel noch längere Laufzeiten als die Briefe und wurden zudem in der Anfangsphase des Krieges nicht durch die Feldpost, sondern durch die Depots der Ersatztruppenteile versandt.<sup>12</sup> Für die Mannschaften wurden bisweilen drakonische Anordnungen erlassen, um der Paketflut zwischen Heimat und Front Herr zu werden. In einem Feldpostbrief an den SPD-Abgeordneten des Bayerischen

<sup>11</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 18/Rs: Telegramm des Chefredakteurs Ginschel/„Posener Tageblatt“ an Reichskanzler, betr.: Klagen über Feldpost, Bl. 18.

<sup>12</sup> KA München, Mkr 13346, Brief des Chefredakteurs, Verlegers und bayerischen Landtagsabgeordneten H. Held an Staatsminister v. Hertling v. 29.9.1914. Vgl. auch: BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 5-15, Immediatbericht des Staatssekretärs im Reichspostministerium, Kraetke, Feldpost v. 20.9.1914, Bl. 13/Rs.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Landtags, Süßheim, wurde ein Befehl vom 18. Januar 1915 mitgeteilt, der in der 4. Kompanie des 9. Landsturmataillons (Ansbach) aushing:

*„Es geht zum allerletztenmal die Aufforderung an sämtliche Mannschaften, überflüssiges Zeug, was bei einem Abmarsch nicht getragen werden kann, sofort zu verpacken und heimzuschicken. Es wird in den nächsten Tagen ein letztes Fuhrwerk nach Aachen gehen. Sämtliche Pakete müssen bis spätestens Dienstag Abend 6 Uhr in der Kanzlei eingeliefert sein. [...] Später noch aufgegebene Pakete, ebenso alle künftig aus der Heimat eintreffenden Pakete, werden direkt in die Maas befördert.“<sup>13</sup>*

Hinsichtlich der Versendung von Lebensmitteln kam es gegen Ende des Krieges zu einer zeitweiligen Umkehrung. Während der letzten Offensiven des deutschen Heeres im Westen eroberten deutsche Truppen große Vorratslager der Alliierten.<sup>14</sup> Tausende von Soldaten nutzten die Gelegenheit, nachdem sie sich selbst versorgt hatten, ihre Angehörigen in der Heimat mit dort längst unbekannten Lebensmitteln wie echter Butter und Wurst zu beliefern. Die Zahl der Pakete und Päckchen nahm offensichtlich solche Ausmaße an, daß die Feldpostanstalten diese Masse nicht mehr bewältigen konnten. Als Ausweg blieb nur eine Postsperrung, die am 10. Juni 1918 für zehn Tage verhängt wurde.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> KA München, Mkr 13346 (Klagen und Beschwerden), Eingabe des MdL Dr. Süßheim (SPD) v. 20.4.1915 an das K. B. Kriegsministerium betr. Klagen über ungerechte Behandlung usw. Süßheim bemerkte dazu: „Sein Bekanntwerden musste bei den Angehörigen der Beteiligten und darüber hinaus lebhaftes Erbitterung und Erregung hervorrufen“. In der Antwort des KM/Armeeabt. I wird eingeräumt, daß der Befehl tatsächlich gegeben wurde, wenngleich er „als das erkannt wurde, als was er gemeint war, nämlich als eine Drohung, die natürlich niemals ausgeführt werden würde. Der Befehl habe daher, [...], auch nicht lebhaftes Erbitterung und Erregung hervorgerufen, sondern ein heiteres Lachen ausgelöst. Veranlaßt wurde der Befehl durch die Notwendigkeit, den Paketverkehr einzudämmen“. Ebd.

<sup>14</sup> Manchen Soldaten wurde beim Anblick eroberter alliierter Versorgungslager deutlich, gegen welche gerüstete Gegner sie kämpfen mußten. „Ich habe mich einmal ordentlich satt gegessen auf dem Vormarsche, da gab es noch mal was zu mausen. Du mußt bloß mal sehen was die Engländer und Franzosen noch alles zu essen haben, also alles was Du Dir denken kannst, die können unter den Verhältnissen noch gut Krieg führen, die haben alles in Hülle und Fülle die haben noch volle Tornister und Brotbeutel, aber was haben wir? Uns gaben sie am Abend vorher 1/2 trockenes Brot, um Butter und Marmelade haben sie uns wieder betrogen, denn sie wußten ganz genau, morgen wird gestürmt und da kommen die meisten weg, so werden wir für unsere Tapferkeit betrogen!“ MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung 1918, Bl. 1-116, Bl. 70-74, Briefauszüge zum Überwachungsber. 5. Armee v. 23.6.1918, Bl. 72. Ludendorff dagegen sprach etwa zu gleichen Zeit davon, daß „ganze Divisionen sich festgefressen und festgesoffen haben“. Vgl. A. v. Thaer, Generalstabsdienst an der Front und in der OHL. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen, hg. v. S. A. Kaehler, Göttingen 1958, S. 198.

<sup>15</sup> Vgl. K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 315. Die Vorkommnisse führten teilweise zu erheblicher Verzögerung oder gar Unterbrechung und Einstellung deutscher Angriffe, während zudem die Aussicht, Lebensmittel zu „erobern“ die Soldaten anspornte: „Ein Motiv für die Tapferkeit unserer Infanterie in der Offensive ist die Plünderungssucht.“ Brief Generaloberst v. Einem an seine Frau v.1.5.1918, zit. n.: W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 2: Militär und Politik, Bd. 1/I-II, Düsseldorf 1970, S. 1226, Anm.1. Vgl. auch: W. Deist, Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, in: W. Wette (Hg.), Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992, S. 146-167, S. 152. Von den militärisch unerwünschten Verzögerungen an alliierten Depots und in

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Natürlich gingen solche, nicht immer nur Lebensmittel enthaltene ‚Requirierungspakete‘ auch schon zuvor und bis zum Ende des Krieges von der Front aus in die Heimat:

*„Mit einem kleinen Paketchen schicke ich Dir einige Meter Seidentüll, den ich hier in einem Haus vorfand. Vielleicht kannst Du denselben gebrauchen, [...] Für die Mama habe ich einen kleinen Ballen englische Putzleinwand requiriert, [...]“<sup>16</sup>*

Es waren in der Regel vor allem Etappenformationen, die sich bei der Ausplünderung ganzer Ortschaften hervortaten und in der Folge die Feldpost mehr oder weniger schwer belasteten. Der Soldat Franz Lauterbach macht, am 2. August 1917 von der Westfront schreibend, die möglichen Ausmaße klar:

*„Das ist ja Plünderung, wie sie die Russen in Ostpreußen auch nicht schlimmer getrieben haben können. Nun kommt aber das Schönste. Im Auftrag unserer Kompagnie requirierten ein Vicefeldwebel, Spindel mit 4 Leuten, ausser anderen Kram auch 8 Ballen Mehl a 2 Zentner. Hiervon wurden an die Küche 3 Ballen zum Verteilen an die Mannschaften, es erhielten aber nur eine Anzahl Verheirateter etwa 6-7 Pfund, gegeben. Je einen ganzen Ballen erhielten 1. Vicefeldwebel Wöhnelt, in Zivil Kassierer bei einer Gasanstalt in Berlin, 2. Feldwebel Lamm, Mühlenbesitzer, Grünberg in Schl. 3. Feldwebelltn. Jung, Polizeibeamter in Düsseldorf. Zur Verfügung des Kompagnieführers stehen noch 2 Ballen, wovon er wegschickt. Meist wurde das Mehl in Kisten gepackt und mit dem Vermerk des Kompagnieführers ‚Zur Beförderung zugelassen‘ nach Deutschland geschickt.“<sup>17</sup>*

Erschwerend für die Arbeit der Feldpostverwaltung wirkte gerade zu Beginn des Krieges die Gewohnheit vieler Postkunden in der Heimat, die Portofreiheit für Feldpostbriefe und -karten exzessiv zu nutzen. Daß die Mitglieder eines Gesangsvereins vierzig, eine Frau einhundertneunzig Postkarten an einem Tag ins Feld schickten, war immer wieder Gegenstand von Zeitungsberichten, die dieses Verhalten, oft gleich zusammen mit den Motiven der Karten, kritisierten.<sup>18</sup> Verpönt waren an der Front Motive, in denen die ‚Feinde‘ verhöhnt und karikiert wurden.

---

eroberten Ortschaften ist auch „allerlei Mummenschanz“ überliefert, der sich „in ulkigen Verkleidungen und Unfug, in dem Bestreben, den furchtbaren Ernst der Stunde zu übertäuben“, äußerte. F. Altrichter, Die Seelischen Kräfte des deutschen Heeres im Frieden und im Weltkrieg, Berlin 1933, S. 136.

<sup>16</sup> Sammlung Grohmann/Privatbesitz, Brief v. 30.8.1918.

<sup>17</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief Lauterbach v.2.8.1917/Westfront, Bl. 155.

<sup>18</sup> Vgl. K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 72. Einen Überblick über die Motive der Karten bieten: W. Stöckle, Deutsche Ansichten. Hundert Jahre Zeitgeschichte auf Postkarten, München 1982, S. 38-59 und - besonders die Liebespostkarten beachtend - A. Rumpf, Feldpostkarten 1914-18, Bergisch-Gladbach 1980.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Sie wirkten, wie es in einem Feldpostbrief hieß, „angesichts unserer Toten und Verwundeten geradezu widerwärtig“ und paßten „ins Feld wie ein Clown auf ein Leichenbegräbnis.“<sup>19</sup> Gegen die regelmäßige Nutzung der Feldpost durch die Soldaten selbst ließ sich dagegen naturgemäß wenig einwenden, auch wenn sie sich exzessiv gestaltete. Die schnell geschriebene und oft nichtssagende Postkarte<sup>20</sup> machte den Hauptteil dieser Korrespondenz aus, während ungezählte Soldaten bisweilen sehr lange, mit Zeichnungen und Fotografien des Grabenalltags ergänzte Briefe verfaßten - von denen, wie im Falle des Gefreiten und Fabrikantensohnes Adolf Benedict, „ich täglich 1 absende.“<sup>21</sup>

Zu einem großen, zudem langfristigeren Problem entwickelte sich für die Feldpostanstalten ein Phänomen, das im Zuge des durch den Krieg natürlich noch forcierten Aberglaubens Hochkonjunktur hatte. Zwar wurde zunächst mit erheblichem publizistischem Aufwand der Aberglaube, „dieser mißratende Sohn der religiösen Empfindung“, den Soldaten und Angehörigen der alliierten Armeen allein attestiert, weil sie einerseits „jener naturwissenschaftlichen Vorbildung, wie sie der deutsche Junge schon in der Vorschule genießt“, entbehrten und andererseits nicht über die einzigen, dem deutschen Soldaten eigenen „Zaubermittel“ verfügten:

*„sein tapferes deutsches Herz, sein felsenfestes Vertrauen auf die gute Sache, für die er kämpft, und das sichere Bewußtsein, daß seinen Waffen der Erfolg blühen wird.“*<sup>22</sup>

Doch waren weder ein naturwissenschaftlich geprägtes Weltbild noch der Segen der Kirchen oder patriotische Sinngebungsversuche wirksam genug, die aufsteigende Angst vor Tod und Verwundung zu bannen. Mit Kräutern eingeriebene und besprochene Amulette, das Meiden bestimmter Gegenstände, die man keinesfalls bei sich tragen durfte (Eheringe z.B., Kartenspiele, Erkennungsmarken), das Aussprechen von Zauberformeln, Mutmacher (wie z.B. Wein mit Schießpulver

---

<sup>19</sup> Zit. n.: E. Schulz-Besser, Die Karikatur im Weltkrieg, Leipzig o. J. (1915), S. 17. Zur Zeit entsteht eine Diss. an der TU-Berlin zum Thema Postkarten im Ersten Weltkrieg: C. Brocks, Kriegserfahrung und Bilderwelt. Feldpostkarten im Ersten Weltkrieg.

<sup>20</sup> Vgl. Ludwig Harig, der in seinem Roman über seinen Vater die Feldpostkarten findet, die der während des Krieges an die Eltern geschrieben hatte. „[...]“; alle 37 Karten haben fast den gleichen Wortlaut, es heißt: ‚Aus dem Schützengraben sendet Euch bei völliger Gesundheit die besten Grüße Euer Sohn und Bruder Louis‘. Und einmal ist hinzugefügt: ‚Den Kuchen habe ich vermißt, denn die Ratten haben sich damit gesund gemacht. Sonst ist alles angekommen‘. L. Harig, Ordnung ist das ganze Leben. Roman meines Vaters, München/Wien 1986, S. 159. Vgl. auch: A. G. Probst/G. Kaldewei (Hg.), Ewig Dein. Feldpostkarten des Fritz Meyer 1915-1917, Bielefeld u.a. 1985.

<sup>21</sup> BA Freiburg, MSG 2/3461, Feldpostbriefe A. Benedict/Westfront an seine Eltern, Brief v. 27.6.1915; am 16.5.1915 vermerkt er: „Auch dürfen wir täglich nur einen Brief und zwei Karten absenden. Sendet jemand mehr ab, so wird er zum Schützengrabendienst abkommandiert, was kein Honiglecken bedeutet.“ Ebd.

<sup>22</sup> J. M. Merich, Soldatenaberglaube, in: Die Gegenwart, 86 (1914), S. 746-748, S. 746 u. 748.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

vermengt), Waffensalben etc. waren nur einige der Methoden, sich des eigenen Überlebens zu versichern.

In diesem Kontext waren es vor allem die „Kettenbriefe“, die die Feldpostanstalten zusätzlich zum normalen Postverkehr belasteten. Diese, ihre vermeintliche Zauberkraft ja gerade aus der nicht abreißen postalischen Kette beziehenden Briefe - auch „Schneeballgebete“ genannt - waren bereits vor dem Krieg in Mode gekommen und erfreuten sich nun, zum Ärger der Feldpostanstalten, steigender Beliebtheit. Eine der gängigsten Formen, die durchaus Aberglaube und patriotische Sinngebung zur Synthese brachte, lautete:

*„Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt. Vorstehenden Spruch erhielt ich zur Weitergabe. Der ihn erhält, soll ihn durch 9 Tage alle Abend [sic!] an Bekannte abgeben und zwar ohne Unterschrift senden. Die Kette darf nicht unterbrochen werden. Es geht die Sage, daß, der den Spruch erhält und nicht weiter gibt, kein Glück hat. Wer ihn aber weiter gibt, wird am 9. Tage eine Freude erleben. Es ist dies eine alte Sitte, die von den Deutschen in jedem Kriege beobachtet wurde, damit das Glück bei ihnen bleibt.“<sup>23</sup>*

Eine Sonderform stellten die „Schutz- oder Himmelsbriefe“ dar - meist Bibelverse, Beschwörungen, Glaubensanweisungen etc. enthaltend - die entweder gleich beim Ausmarsch mit an die Front genommen oder, oft zusammen mit „Siegeshemden in unerreichter Qualität gegen Postnachnahme prompt“ versandt und auch massenhaft gewünscht wurden, weil sie Unverletzbarkeit versprachen.<sup>24</sup>

Störungen und Unterbrechungen des Feldpostverkehrs ergaben sich zudem durch falsche Adressenangaben auf den Briefen an die Front. Verwirrend wirkte sich die große Anzahl der Einheiten und ihre Bezeichnungen aus. In der ersten Feldpostübersicht vom 13. August 1914 wurden 2677 Einzelverbände des Heeres genannt, wovon manche im Verlaufe des Krieges ihre Bezeichnung nicht weniger als neunmal wechselten. Appelle an die Presse, wie der des Reichskanzlers

---

<sup>23</sup> Zit. n. H. Bächthold, Deutscher Soldatenbrauch und Soldatenglaube, Straßburg 1917, S. 22/23. Schracke berichtet im Zusammenhang mit Kettenbriefen, daß es „des tatkräftigen Einwirkens der Postbehörde bedurft [hat], um diesem Unfug zu steuern.“ K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost, S. 72. Der Schweizer Völkerkundler Bächthold war einer der produktivsten, zeitgenössischen Erforscher des soldatischen Aberglaubens. Er führte u.a. Befragungen unter deutschen und französischen Kriegsgefangenen durch, die in der Schweiz interniert waren. Er konnte auch auf Material zurückgreifen, das von der Wörterbuchkommission der Königl. Bay. Akademie der Wissenschaften über Soldatenbrauch und -glaube gesammelt wurde. Vgl. H. Bächthold, Deutscher Soldatenbrauch ..., S. 32. Vgl.: ders., Aus Leben und Sprache der Schweizer Soldaten. Proben aus den Einsendungen schweizerischer Wehrmänner, Basel 1916; B. Grabinski, Neuere Mystik. Der Weltkrieg im Aberglauben und im Lichte der Prophetie, Hildesheim 1916. Grabinski kommt aus katholischer Sicht häufig in Konflikt, wo die „Mystik“ (gesegnete Medaillen z.B.) endet und der Aberglaube (Kettenbriefe z.B.) beginnt (vgl. S. 60/61).

<sup>24</sup> Vgl. H. Bächthold, Deutscher Soldatenbrauch ..., S. 14ff., S. 23; B. Grabinski, Neuere Mystik, S. 60/61.



## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Bethmann Hollweg, „immer wieder zu genauer Adressierung u. präziser Unterscheidung der Formationen zu mahnen“, verpufften angesichts dieser Realitäten wirkungslos.<sup>25</sup>

Noch komplizierter wurde die Lage, als im Zuge der den Schlieffen-Plan massiv verändernden größeren Truppenverlegungen von der West- an die Ostfront ab Ende August 1914 ganze Verbände neue Bezeichnungen erhielten oder neu aufgestellt wurden, ohne daß deren Feldpostadressen der Postverwaltung mitgeteilt wurden. Etwa ein Drittel aller Sendungen an die Front war - so eine Bestandsaufnahme am 20. September 1914 - falsch adressiert und konnte nicht zugestellt werden.<sup>26</sup> Unglücksfälle, durch die ebenso wie beispielsweise durch feindlichen (oder eigenen) Artilleriebeschuß Postsäcke vernichtet wurden, kamen hinzu. Auch verbrannten oft waggonweise ganze Feldpostbriefladungen, weil besonders in den Päckchen an die Front Streichhölzer, Feuerwerkskörper, selbstzündende Zigarren, Benzin und Äther verschickt wurden, während von der Front, teilweise von höheren Kommandostellen, Granatzünder, Sprengkapseln, Handgranaten und Fliegerbomben - quasi als persönliche Beutestücke - in die Heimat gingen.<sup>27</sup>

Besondere Erbitterung rief vor allem die lange Laufzeit der Briefe oder ihre Vernichtung dann hervor, wenn mit ihrem Verlust oder verspäteten Eintreffen wirtschaftliche Nachteile verbunden waren. Dies war zum Beispiel dann der Fall, wenn Feldpostbriefe im Rahmen der Auszahlung von Unterstützungsgeldern an die Angehörigen von Soldaten als legitimierender Nachweis dafür anerkannt wurden, daß Eingezogene auch tatsächlich im Feld waren und die beantragte Unterstützung den Angehörigen zustand.<sup>28</sup> Immer wieder auch kam es - zumal für Angehörige eingezogener Beamter, die ihr Zivildiensteinkommen und die Militärlöhnung bezogen - für die Betroffenen zu peinlichen Situationen, die durch die langen Laufzeiten der Briefe bedingt waren. Zu den verzögerten Briefsendungen gehörten auch die Mitteilungen über den Tod eines Soldaten. Oft lagen zwischen ihnen und dem Todesdatum ein bis drei Monate. Wenn dann unmittelbar

---

<sup>25</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 18ff.: Antwortschreiben des Reichskanzlers v. 25.9.1914 auf ein Telegramm des Chefredakteurs „Posener Tageblatt“, Bl. 20/Rs. Vgl. K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 59/60 u. K. Burkhardt, Die deutsche Feldpost im ersten Weltkrieg, in: DZB 53 (1978), H. 17, S. 2189.

<sup>26</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 5-15, Immediatbericht des Staatssekretärs im Reichspostministerium, Kraetke, Feldpost v. 20.9.1914, Bl. 9/Rs u. Bl. 11. Schracke berichtet, daß bei einzelnen Einheiten mit besonders komplizierten Adressen sogar die Hälfte aller eingehenden Post liegen bleiben mußte. K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 59.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 69/70.

<sup>28</sup> Vgl. Stimmungsbericht v. 26.8.1914 (Berliner Polizeipräsident): „Die Auszahlung der Unterstützung an die Familien von Kriegsteilnehmern wird vielfach durch die Forderung von Legitimationen erschwert, die nur schwer zu beschaffen sind, während an anderen Auszahlstellen oft ein einfacher Feldpostbrief an die zu Unterstützende als ausreichender Ausweis angesehen wird.“ Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4: 1914-18. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-18, Bearb. von I. Materna u.a., Weimar 1987, S. 5.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur



*„Deutsche Feldpost 1914-15. Ein Feldpostwagen, der durch rund 100 Sprengstücke einer Granate beschädigt wurde“. Postkarte der „Kriegsspende von Angehörigen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung“ von 1915*

nach Erhalt der Todesnachricht ein amtliches Schreiben bei den Hinterbliebenen eintraf, in dem das zuviel bezogene Gehalt zurückgefordert wurde, hatte das erhebliche Gravamina zur Folge, namentlich innerhalb der Lehrerschaft, die sich besonders patriotisch gab.<sup>29</sup>

Die Probleme der Postbeförderung provozierten vom Beginn des Krieges an nie abreißende Beschwerden und Klagen über die Feldpost. Sie schlugen sich nieder in einer Vielzahl von Leserbriefen an die Zeitungen oder in Eingaben an die Stellvertretenden Generalkommandos, die Kriegsministerien und den Reichskanzler. Auch in den Stimmungsberichten des Berliner Polizeipräsidenten spielten die schlechten Leistungen der Feldpost eine Rolle: „Sehr geklagt“, so heißt es im Bericht vom 28. September 1914,

<sup>29</sup> „Hat die große Zeit überall ein großes Geschlecht gefunden?“, in: Leipziger Lehrerzeitung. Organ des Leipziger Lehrervereins, 22 (1915), S. 42-44. Das Verständnis in der Bevölkerung für solche Beschwerden aus der Lehrerschaft hielt sich allerdings, wie auch der Autor des Artikels einräumt, in Grenzen. Laut § 66 des Reichsmilitärgesetzes erhielten Lehrer wie alle eingezogenen Beamten ein doppeltes Gehalt: zur Militärlöhnung kam das volle Zivileinkommen hinzu. Daraus resultierte kein besonders üppiges Gehalt, zumal wenn es sich um die sowieso für Mannschaften geringe Militärlöhnung als Zusatzeinkommen handelte. Die Ehefrauen von Arbeitern mußten aber damit allein auskommen bzw. eine Arbeit annehmen und/oder Hilfen in Anspruch nehmen.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*„wird über das angebliche Versagen der Feldpost, die hinter den Erwartungen, die man im Volk an sie gestellt hatte, weit zurückgeblieben sei. Trotz der aufklärenden Mitteilungen in der Presse hält sich noch immer die Meinung, daß die Feldpost aus Sparsamkeit nicht genügende Kräfte anstelle und daß die Organisation an irgendeiner Stelle kranken müsse. Man wartet in dieser Beziehung auf ein endgültig befreiendes Wort von autoritativer Stelle.“<sup>30</sup>*

Besonderes Gewicht erhielten die Beschwerden, nachdem am 17. September 1914 der Staatssekretär im Reichspostamt, Kraetke, ein Telegramm bekam, das ihn, aufgegeben im Großen Hauptquartier, über das Auswärtige Amt erreicht hatte:

*„Seine Majestät beauftragten mich, Euer Excellenz mitzuteilen, daß die Leistungen der Feldpost noch immer mangelhaft sind und zu berechtigten Klagen Anlaß geben. Seine Majestät haben es selbst peinlich empfunden, als z.B. ein Brief des Prinzen August Wilhelm, am 4. September in St. Quentin aufgegeben, erst am 16. September in Allerhöchste Hände gelangt sei. [...] Sendungen, oft mit den notwendigsten Ausrüstungsstücken, scheinen von der Feldpost überhaupt nicht besorgt zu werden. [...] Das heldenmütige Benehmen der Truppen, [...], lassen es als eine Ehrenpflicht erscheinen, ihnen den Verkehr mit der Heimat durch äußerste Anstrengung und jede mögliche Maßnahme der Feldpostverwaltung zu ermöglichen.“<sup>31</sup>*

Die kaiserliche Beschwerde führte nicht nur zu einem Rücktrittsangebot Kraetkes - der den Vorwurf als so schwerwiegend empfand, „daß ich ihn nicht ertragen kann und mag“ -, sondern auch zu einem 29seitigen Bericht über die Tätigkeit der Feldpost und ihre Probleme.<sup>32</sup> Auszüge daraus fanden sich in den folgenden Monaten und Jahren in einer Reihe von Artikeln sowie in Broschüren leitender Postbeamter wieder, die - meist im Kontext einer kurzen Rekapitulation der Feldpostgeschichte - zu den Vorwürfen aus der Bevölkerung Stellung nahmen und sie zu entkräften suchten.<sup>33</sup>

Unterstützt wurden diese Bemühungen in der Kriegsbelletristik. „Die Feldpost ist besser als ihr Ruf“, versicherte z.B. eine der Protagonistinnen den Lesern

---

<sup>30</sup> Stimmungsbericht vom 28.9.1914 (Berliner Polizeipräsident), in: Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4: 1914-18. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-18, Bearb. von I. Materna u.a., Weimar 1987, S. 13.

<sup>31</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 4/Rs: Abschrift Telegramm Gr. Hqu. v. 17.9.1914 an Auswärtiges Amt.

<sup>32</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2472, Bl. 5-15, Immediatbericht des Staatssekretärs im Reichspostministerium, Kraetke, Bl. 16-17/Rs, Bl. 17: Abschrift Schreiben des Staatssekretärs im Reichspostamt an Chef des Zivilkabinetts u. Reichskanzler v. 20.9.1914.

<sup>33</sup> Die Veröffentlichung der Broschüre von O. Grosse, Die deutsche Feldpost, Berlin 1915, ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Vgl. auch: „Unsere Feldpost bei der Arbeit“ (Mit sieben Abb.), in: Die Gartenlaube, 1915, S. 490-492 oder „Die deutsche Feldpost“, in: ILZ 1914, Bd. 143, S. 390/391 und viele andere Artikel, die nicht alle hier genannt werden können.

des Romans „Der Kampf der Millionen“.<sup>34</sup> Auch in Armee- und Schützengrabenzeitsungen trat man dem Mißmut vieler Soldaten über die ausbleibende Heimatpost entgegen. In ausgesuchten oder fingierten Feldpostbriefen von der Front spielten die „hervorragenden Leistungen der deutschen Feldpost“ eine große Rolle, während ihre extremen Schwierigkeiten in den ersten Monaten damit erklärt wurden, daß Krieg und Post eben nicht zusammen passen würden: „Ist der Krieg gut, dann muss die Post zeitweise schlecht sein.“<sup>35</sup>

Schon am 26. August und am 6. September 1914 hatte überdies der Generalquartiermeister Bekanntmachungen erlassen, mit denen die hart kritisierte Feldpost entlastet werden sollte. In beiden Fällen wurde - wie auch in Kraetkes Bericht - ein enger Zusammenhang zwischen dem vermeintlich siegreichen Vorgehen auf der ganzen Front und vorangegangenen „Verschleierungsmaßnahmen“ hergestellt, die nur durch Eingriffe in den Feldpostverkehr zu erreichen gewesen wären. Von nun aber werde die Feldpost „mit der gleichen Regelmäßigkeit und Schnelligkeit arbeiten, die in früheren Feldzügen die allgemeine Anerkennung gefunden hat.“<sup>36</sup>

Die Schwierigkeiten blieben indes bestehen. Frühzeitig begegnete man daher den kritischen Feldpostartikeln mit der Zensur. Noch in dem von der Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes im März 1917 herausgegebenen „Zensurbuch für die deutsche Presse“ findet sich unter dem Stichwort „Beleidigung“ bezeichnenderweise einzig der folgende Hinweis: „Artikel mit beleidigenden Angriffen auf die Feldpost sollten vermieden werden.“<sup>37</sup>

Die eigentliche Brisanz des gestörten postalischen Verkehrs zwischen Front und Heimat aber ergab sich daraus, daß vor allem Mannschaften und Unteroffiziere ihre Angehörigen nur sehr selten zu Gesicht bekamen. „Wir haben heute“, stellte der Reichstagsabgeordnete Schöpflin am 4. Mai 1917 fest, „die skandalöse Tatsache - [...] - daß Leute, die 18 Monate, 2 Jahre draußen sind, bis zur Stunde keinen Urlaub gehabt haben.“<sup>38</sup>

In der Regel wurde ein meist zweiwöchiger Urlaub nach frühestens 12 Monaten Frontdienst gewährt. Die Feldpost hatte vor diesem Hintergrund natürlich eine außerordentlich wichtige Funktion für die moralische Stabilisierung der

---

<sup>34</sup> A. Zapp, *Der Kampf der Millionen*. Roman aus dem Weltkrieg 1914-1915, Berlin o. J. (1915), S. 306.

<sup>35</sup> „Ein ‚Feldpost‘-Brief“, in: Liller *Kriegszeitung*. Eine Auslese aus Nummer 1-40, hg. von Hauptmann d. L. Hoecker u. Rittmeister a. D. Freiherr v. Ompteda, Berlin u.a. 1915, S. 108/109; vgl. auch S. 287 u. passim. V. Ompteda und Hoecker hatten sich vor dem Krieg einen Namen als Schriftsteller gemacht.

<sup>36</sup> Bekanntmachungen des Generalquartiermeisters v. 26.8. und 6.9.1914, abgedruckt in: K. Schracke, *Geschichte der deutschen Feldpost ...*, S. 80/81.

<sup>37</sup> *Zensurbuch für die deutsche Presse 1917*, vollständig abgedruckt in: H. -D. Fischer (Hg.), *Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg*. Texte und Quellen, Berlin 1973, S. 194-275, S. 204; vgl. auch Stichwort „Feldpost“, S. 220.

<sup>38</sup> *Verhandlungen Reichstag*, Bd. 309, Berlin 1917, S. 3052. Zu den Auswirkungen u.a. der Urlaubspraxis auf die emotionelle Situation bzw. die Sexualität der Betroffenen vgl. das instruktive Kapitel bei: U. Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft*. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989, S. 125ff; S. 139ff.



Postkarte von 1915

Soldaten und der von ihnen getrennten Ehefrauen und Verwandten. Die Briefe von zu Hause wurden „gelesen, wieder gelesen, zehnmal gelesen“, wie es Viktor Strohschnitter in seinem Tagebuch vermerkte, während die Frontbriefe oft innerhalb der Verwandtschaft reihum gingen, in Abschriften weitergereicht oder im Selbstverlag gedruckt wurden.<sup>39</sup> (Vgl. III.1.1.)

Insbesondere vor Feiertagen war die reibungslose Versorgung der Fronttruppen mit der Brief- und Paketpost aus der Heimat von Wichtigkeit. Aus dem Hauptquartier des XIII. AKs, das Mitte November 1914 kurzfristig von der West- an die Ostfront verlegt worden war, ging beispielsweise am 21. Dezember 1914 ein dringendes Telegramm an die OHL ab. Der Armeepostdirektor des Korps zeigte sich „außer Stande, Post nachzuführen. [...] Teilweise haben Truppen seit Verlassen Frankreichs keine Post erhalten.“ Und unter Hinweis auf die folgenden Weihnachtsfeiertage hieß es weiter: „Da Feldpost große Bedeutung für Stimmung der Truppen, wird um Abhilfe gebeten.“<sup>40</sup>

<sup>39</sup> V. Strohschnitter, *Der deutsche Soldat 1913-1919*, Frankfurt/M. 1930, S. 75; vgl.: M. Schober, *Dokumentation. Briefe von Handwerkern, Gesellen und Arbeitern aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: *JVK 30* (1987), S. 143-177, S. 148.

<sup>40</sup> HStA/MA Stuttgart, M 33/2 (Generalkommando XIII. AK), Bd. 14 (Feldpost), Telegramm des XIII. AKs v. 21.12.1914 (Rybno).

## 1.2. Erste Beschwerden in Feldpostbriefen

Die Klagen über die schlechten Leistungen der Feldpost waren nur ein Bestandteil der Beschwerden. Seit Kriegsbeginn - oft schon mit dem Einrücken in die Kasernen, mithin vor jeder Feindberührung oder ‚Feuertaufe‘ - und in kaum nachlassender Intensität nutzten vor allem einfache Soldaten den Feldpostbrief als Medium mehr oder weniger umfangreicher Proteste. Im folgenden sollen die ersten Monate des Krieges<sup>41</sup> im Hinblick auf die Beschwerden und Klagen von Frontsoldaten, wie sie in nicht publizierten Feldpostbriefen geäußert wurden, näher betrachtet werden.

Kaleidoskopisch tauchen in den Briefen der ersten Monate bereits all jene Mißstände auf, die nach Kriegsende öffentlich von wenigen Kritikern als „Ursachen des Zusammenbruchs“ oder als Grund für den „Offiziershaß“<sup>42</sup> ausgemacht und während des ganzen Krieges in Feldpostbriefen thematisiert wurden: unsinnige Befehle,<sup>43</sup> schlechte Ernährung,<sup>44</sup> krasse Löhnungsunterschiede,<sup>45</sup> erniedrigende Behandlung durch Vorgesetzte,<sup>46</sup> zu wenig Ruhe- und Urlaubszeiten,<sup>47</sup>

---

<sup>41</sup> Etwa Ende August 1914 bis etwa April 1915, also der Zeitraum, in dem der nicht einmal ganz drei Monate andauernde Bewegungskrieg im Westen im Verlaufe des November 1914 zum Stellungskrieg erstarrte und in dessen Verlauf es während der Winterschlacht in der Champagne (Mitte März - April 1915) erstmalig zur Anwendung des Trommelfeuers und deutscherseits zum Einsatz von Giftgas kam.

<sup>42</sup> Vgl. W. Lambach, Ursachen des Zusammenbruchs, Hamburg o. J. (1919); H. Kantorowicz, Der Offiziershaß im deutschen Heer, Freiburg i. Br. 1919. (Vgl. IV.1.2.). Die Denkschrift von Kantorowicz entstand bereits im Jahre 1916.

<sup>43</sup> „[...] dann die blödsinnigen Schikanen, Befehle von oben herab. Da wissen sie nicht, wie sie den Muschkoten drieseln sollen. Werden sie vorne abgelöst und kommen in Ruhe, so ist Exerzieren den ganzen Tag u. wie, da werden sie geschliffen wie in Garnison. [...] Ein Befehl ist z.B. bei uns: Wer von der Front zur Bagage geht, feldmarschmäßig u. hat die Tragriemen nicht unter Achselklappen bekommt 14 Tage Arrest. Wer sein Gewehr zur Erleichterung um den Hals hängt u. nicht vorschriftsmäßig wie ein Karabiner auf der Schulter bekommt ebenfalls 14 Tage Arrest. Also die Stimmung an der Front ist Ia.“ MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung 1918, Bl. 1-116, Bl. 75-77, Briefauszüge zum Überwachungsber. v. 31.8.1918, Bl. 77.

<sup>44</sup> „Wenig Brot und alle Tage Reis, da kann man fett dabei werden. Verschiedene Tage gibt es kein Brot, da heißt es Hunger leiden.“ BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief W. Platta v. 19.5.1915/Ostfront, Bl. 196/Rs.

<sup>45</sup> „Du glaubst gar nicht, was für eine ungeheure Wut unter den Mannschaften gegenüber den Offiziergewordenen, Feldwebel-Leutnants u. Offizierdiensttuer steckt. Diese bekommen ihre Gehälter zum übergroßen Teil weiter voll ausbezahlt und daneben ihre Löhnung in der Höhe von 205-250 Mark. Außerdem auch noch 5,00 M pro Tag Menagegeld, während die Mannschaften tatsächlich hungern müssen. Wir haben ja pro Tag 1,50 M sonst zu verzehren, [...]“ BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief A. Reddigond v. 28.4.1915 aus Beverloo (Belgien), kurz vor Abgang an die Front, Bl. 206/207.

<sup>46</sup> „Lieber Freund die Behandlung hier ist ganz saumäßig der gemeine Mann wird hier ganz unterdrückt der braucht keinen Ton sagen doch wird ja bei Euch auch nicht besser sein nicht wahr?“ BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 272, Feldpostbriefe und -Karten an den Gewerkschaftssekretär Klingenberg/Stettin (10.8.1916-2.11.1917), Brief (Name unleserlich) v. 1.9.1917/Westfront, Bl. 31.

<sup>47</sup> „Das Gutgehen besteht darin, daß es keinen Angriff über total verwässerte und durch Verwesungsgeruch verpestete Wiesen zu machen gibt, dass man vielmehr geruhsam im Schützengraben liegen kann, in dem sich mehr oder weniger Stroh befindet, das noch nicht ganz durchgeweht ist. Oder die Höhe der Gefühle: Dass man ein oder zwei Tage Ruhe hat, [...]“ Privatbesitz/ Brief eines Kriegsfreiwilligen v. 18.11.1914/Westfront.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Verwendung älterer, kinderreicher Familienväter in vorderster Stellung,<sup>48</sup> Prassereien und Korruption in der Etappe oder beim Train<sup>49</sup> sowie schließlich eine aus all diesen Mißständen sich speisende Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht.

Hinzu kamen Klagen über die Bevorzugung bzw. Benachteiligung einzelner landesstaatlicher Truppenkontingente. Die Beschwerden kamen hier in erster Linie von bayerischen, sächsischen und württembergischen Soldaten; sie richteten sich gegen die Preußen.<sup>50</sup> Klagen über die Bevorzugung preußischer Truppen bei der Versendung von Liebesgabenpaketen, bei der Verpflegung und zugestandenen Ruhezeiten, vor allem aber Beschwerden darüber, daß bayerische, sächsische oder württembergische Truppen an besonders gefährlichen Stellen der Front und bei absehbar verlustreichen Angriffen eingesetzt wurden, rissen während des Krieges nie ganz ab.<sup>51</sup>

---

<sup>48</sup> „Bei der langen Dauer des Krieges mehren sich die Klagen aus der Bevölkerung sowie aus Kreisen der Mitglieder der Volksvertretung darüber, daß bei der Verwendung der Mannschaften auf die Familienverhältnisse der oft schon durch schwere Blutopfer hart geprüften Familien zu wenig Rücksicht genommen wird, ferner darüber, daß Familienväter mit vielen Kindern, dauernd in vorderster Linie Verwendung finden.“ KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. AK, Nr. 423 (Verwendung im Heer), Erlaß KB KM v. 16.10.1916, Betr. Verwendung im Heer.

<sup>49</sup> „Gestern und heute habe ich viel Abwechslung durch das Reittourmier, das ich ja Ilse näher beschrieben habe. Ich habe in mancher Hinsicht wirklich eine andere Vorstellung vom Kriege gehabt. Man stelle sich vor: 6 Kilometer hinter der Front, Tribüne im Flaggeschmuck, Musik, Spring- und Fahrkonkurrenzen u. s. w. In vieler Hinsicht ist eine solche Veranstaltung gut, in vieler aber auch meiner Ansicht nach nicht, denn die Infanteristen, die vorne im Schützengraben liegen, haben nichts davon. Das könnte sie vielleicht doch erbittern gegen höhere Stäbe, und besonders gegen die Kolonnen, die natürlich bei solchem Fest am besten mitmachen können. Doch das sind müßige Betrachtungen.“ BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 276, An Pfarrer Hans Falck/Berlin gerichtete Briefe, Feldpostbrief Oberltnt. Herrmann v. 7.6.1915, Bl. 8/Rs. Vgl. W. Appens, Charleville. Dunkle Punkte aus dem Etappenleben, Dortmund o. J. (1920), S. 15/16. Vgl. auch: H. Wandt, Etappe Gent. Streiflichter zum Zusammenbruch, Berlin 1920, passim.

<sup>50</sup> Vgl. B. Ulrich/B. Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit. Quellen und Dokumente, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1995, Dok. 18a-d, S. 73-76.

<sup>51</sup> Die bundesstaatlich motivierten Querelen hatten im übrigen Parallelen zum Verhältnis Allierter Truppen untereinander, aber auch zu dem, namentlich bei englischen Traditionsregimentern, gegenüber Reserveoffizieren und gegenüber der französischen Zivilbevölkerung. Vgl. R. Graves, *Goodbye to All That*, London 1988 (1929), S. 107. Ein deutscher Offizier teilt in einem Feldpostbrief im Mai 1918 den Inhalt eines Briefes mit, der bei gegenüberliegenden englischen Truppen gefunden wurde. Darin beschwert sich ein portugiesischer beim englischen Kommandeur über das Benehmen seiner Soldaten gegenüber den portugiesischen: „Wie Ihnen wohl bekannt sein dürfte, haben die portugiesischen Truppen Schafsfell Jacken und Gamaschen. Dies gibt den englischen Soldaten Veranlassung, die Portugiesen bei Begegnung mit ‚bäh-bäh‘ Rufen zu belästigen. Einige meiner Leute haben dies, sowie auch den Spitznamen ‚Pork and Beans‘ (Schweinefleisch mit Bohnen) sehr übelgenommen.“ HStA/MA Stuttgart, M 750 (Feldpostbriefe), Brief Major Lang v. 4.5.1918/Westen.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Die militärischen Behörden reagierten hilflos und mit Verordnungen. Am 9. Juni 1916 beispielsweise wies das I. Bay. Stellv. Gen. Kdo. darauf hin,

*„daß die Mannschaften am Biertisch u. in den Eisenbahnen sich besonders aller Gespräche zu enthalten haben, die eine angebliche Mißstimmung o. Uneinigkeit zwischen einzelnen Feldtruppen o. mit Truppen verschiedener Bundesstaaten zum Gegenstand haben.“*

Gegen die Urheber der Gerüchte sollte „mit Strenge“ vorgegangen werden.<sup>52</sup> Und als im August 1917 ein aus dem Urlaub an die Front zurückkehrender höherer Offizier der 26. (Württembergischen) Reservedivision das Gerücht kolportierte, „die Heimat sei der Ansicht, dass die württembergischen Truppen an den Kampffronten minderwertig ernährt werden“, machte der Stab der Division dem Württembergischen Kriegsministerium den Vorschlag, „durch öffentliche Bekanntgabe des wahren Sachverhalts [...] dem üblen und verlogenen Gerede gefährlicher Flaumacher“ den Boden zu entziehen. Eben dies - „eine Veröffentlichung der Verpflegungssätze usw.“ - lehnte das Kriegsministerium allerdings aus gutem Grund ab; damit nämlich wären die Gerüchte über die Verpflegung, freilich die aller Kontingente, bestätigt worden.<sup>53</sup>

Die Adressaten all dieser Beschwerden waren - neben den Angehörigen oder Freunden - in erster Linie die Stellv. Gen. Kdos. und Kriegsministerien, vor allem aber Landtags- und Reichstagsabgeordnete, Zeitungsredakteure und Geistliche sowie Partei-, Verbands- und Gewerkschaftsfunktionäre, kurz: Institutionen oder Personen des öffentlichen Lebens, zu denen die Beschwerdeführer Vertrauen hatten und denen sie zutrauten, als Anwälte und Multiplikatoren ihrer Sache zu fungieren.

Jene Beschwerdeführer, die sich an ihren Landtagsabgeordneten oder Ortsgeistlichen mit Klagen wandten, waren gerade in den ersten Monaten des Krieges oft Männer, die eigenem Bekunden nach patriotisch fühlten und die sich, wenn sie sich nicht sowieso mit den Zielen des überfallen gewählten Staates identifizierten, fatalistisch in die gegebenen Umstände fügten. Ihre Klagen konzentrierten sich in dieser Frühphase des Krieges auf die Nichteinhaltung der Ruhezeiten in der Etappe und andere, als Schikane empfundene Beschäftigungen. Als erprobtes Disziplinierungsmittel in allen Armeen mehr oder weniger ausgeprägt vorhanden, gewann etwa das fortdauernde Exerzieren als ‚Beschäftigungstherapie‘ im Stellungskrieg zusätzlich an Bedeutung und im Verlaufe des Krieges noch an Gewicht.<sup>54</sup> Während an der Front die Soldaten „bescheidener

---

<sup>52</sup> KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 592 u. Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 96186 v. 9.6.1916 (Betr. Spionage).

<sup>53</sup> HStA/MA Stuttgart, M 77/163, Schreiben 26. K. W. R. D. an Kriegsministerium v. 14.8.1917 und Antwort Kriegsministerium Nr. 46010 K. B. v. 22.11.1917.

<sup>54</sup> Dies galt auch und vor allem für Ersatztruppenteile in der Etappe und Heimat. Die hier versammelten Einheiten wurden oft besonders ‚rangennommen‘, um ihren Abmarsch an die Front zu ‚erleichtern‘. Vgl. B. Ulrich/B. Ziemann (Hg.), Frontalltag ..., Dok. 25a-c, S. 118-120.



## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

in allen Ansprüchen“ waren und sich „weniger kritisch“ gaben, veränderte sich ihr Verhalten in der Etappe, „sobald die Ruhepausen verkürzt oder mit mehr oder weniger anstrengendem Dienst ausgefüllt wurden“ und darüber hinaus auch noch „die Verpflegung knapper und schlechter wird“. Dies hätte dazu geführt, daß „der Soldat verdrossen“ würde und alsbald „in das allgemeine Geschimpfe der anderen Truppen oft in schärfster Form“ ver falle.<sup>55</sup> Der damit verbundenen Aufweichung traditioneller militärischer Hierarchien, die gleichermaßen aus der ungewohnten (Über-)Lebenssituation, den Lebensverhältnissen in den Gräben, aus dem Diktat fernwirkender Waffen und der u.a. dadurch bedingten hohen Fluktuation subalternen Offiziere resultierte, mußte begegnet werden. Die getroffenen Maßnahmen verschärfen das Problem indes mehr als daß sie es linderten. In einem Er laß der 6. Armee vom 27. September 1916 hieß es dazu beispielsweise:

*„Bei dem dauernden Ausfall an Offizieren, Unteroffizieren und kriegserfahrenen Mannschaften ist die Ausbildung hinter der Front für die Erhaltung der Schlagkraft der Truppe von ausschlaggebender Bedeutung. [...] Häufige Besichtigungen wirken als Ansporn und bringen die Berührung zwischen Führer und Truppe, die im Stellungskrieg sonst schwer zu erreichen ist. [...] Obenan steht die Schaffung und Erhaltung straffster Mannszucht. [...] Gute Haltung in und außer Dienst, tadellose Ehrenbezeugung, straffer Vorbeimarsch vor dem Vorgesetzten bilden einen Prüfstein für die Disziplin der Truppe nicht minder wie Sorgfalt im Anzug.“<sup>56</sup>*

Ein typischer Beschwerdebrief, der im Kontext solcher Vorschriften entstehen konnte, ist der folgende, der am 8. April 1915 (Westfront) von einem Unteroffizier des Bayerischen 20. Infanterie Regiments im Namen aller Unteroffiziere seiner Kompanie verfaßt wurde:

*„Beklage mich nicht über das Joch des Krieges, denn unser Herrgott hat ihn zugelassen zur Demütigung der Nationen; sondern schwer lastet auf uns die Strenge und Unnachsichtigkeit unseres Kompagnieführers. Hat er doch kürzlich selbst gesagt, daß wir jetzt (!) die schönsten Tage gehabt haben. (!) Wir kamen am 1. abends in Stellung vor auf 5 Tage. In unserem Kompagniebereich beträgt die Entfernung vom Gegner 40-70 m; ist deshalb bei Nacht höchste*

---

<sup>55</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpost-Überwachung, Bl. 1-116, Bl. 13-15 (Bericht der Postüberwachungsstelle 5. Armee v. 12.7.1917), Bl. 13.

<sup>56</sup> KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 592, Er laß Oberkommando 6. Armee v. 27.9.1916, Betr.: Ausbildung hinter der Front. Besonders der Kaiser hatte bei seinen Frontbesuchen ein wachsames Auge auf die Einhaltung solcher Vorschriften: „Seiner Majestät dem Kaiser ist es bei einer Fahrt zur Front aufgefallen, daß ein Ersatz-Transport unter Führung eines Unteroffiziers in schlechter Marschordnung und schlechter Haltung sowie in vernachlässigtem Anzug marschierte.“ KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 592, Verfügung Preuß. Kriegsminist. v. 10.7.1915.

*Sicherung nötig und muß deswegen die halbe Kompagnie wach sein. Also trifft die Mannschaft alle 2 Stunden auf Posten. Bei Tag muß ein Drittel der Kompagnie Posten stehen und wird die übrige Mannschaft noch zu Schanzarbeiten verwendet. Das ist sehr ermüdend. Aber dieses würde man alles gerne leisten, weil es sein muß und die Nähe des Feindes es erfordert. Aber nun kommen die Ruhetage, fünf. So kamen wir am 6.4. nachts 11 Uhr bei Regen und voll Schmutz hier im Quartier an; bis das Essen gefaßt und gegessen war, konnte man sich ungefähr um 12 Uhr niederlegen. Anderen Tages mußte die Kompagnie um 1/2 9 Uhr antreten zur Belehrung. 11 Uhr 45 war feldmarschmäßiger Appell und wehe dem, der noch ein bischen schmutzig war. Um 1 Uhr Baden, 3 Uhr Gewehrappell, 3.45-5 Uhr Unterricht und 6 Uhr nochmal Appell mit Mantel. Heute (das heißt 8.4.) war von Morgen 9 Uhr Kompagnieexerzieren bis 12 Uhr, dann kam Essen, darauf mußte man Kleider und Ausrüstung reinigen, und dann um 3 Uhr wieder zum Dienst verschiedener Art antreten, welcher bis 1/2 8 Uhr dauerte. Und so geht es tagtäglich fort, ohne daß die Leute nur eine Stunde Ruhe und Erholung haben. Einmal kam ein Mann mit etwas schmutzigem Mantel zum Appell; die Strafe war 2 Tage Mittelarrest. Das ist der Dank dafür, daß er seit Anfang fürs Vaterland kämpft. Wenn das so fort geht, wird noch ein großer Teil wegen Ungehorsam bestraft, oder sie laufen zur Schande des Regiments noch zum Gegner über. Viel freudiger und mutiger wäre die Mannschaft, wenn sie anders behandelt würde und mehr Ruhe hätte und doch auch für sich selbst manches besorgen könnte, z.B. auch Socken und Taschentücher waschen und überhaupt sich selbst mehr reinigen und erholen könnte. Was ich hier in Kürze berichtet habe, beruht auf Wahrheit und zwar vollkommener Wahrheit.*

*Ich erlaube mir nun im Namen sämtlicher Unteroffiziere und Mannschaften, Sie höflich zu bitten, wenn Ihnen möglich Schritte zu tun uns einigermaßen von dieser unerträglichen Last zu befreien. Im Voraus bringen wir Ihnen unseren herzlichen Dank! Mögen durch Fügung unseres gütigen Gottes doch bald die Tage des Friedens einkehren. Um dieses wollen wir alle flehen, die in der Heimat und in Feindesland. Mit felsenfestem Gottvertrauen kämpfen wir weiter.“<sup>57</sup>*

Mutmaßlich hatten solche Beteuerungen in den Briefen - „Mit felsenfestem Gottvertrauen kämpfen wir weiter“ - ihren Grund auch häufig darin, den Beschwerden vor dem Hintergrund einer betont kriegsbejahenden - oder -ergebenen - Grundstimmung mehr Gewicht zu verleihen bzw. ihnen überhaupt Gehör zu verschaffen. Eine Strategie, die ihrer Wirkung bei den Adressaten sicher sein

---

<sup>57</sup> KA München, Mkr 13346, Schreiben des Pfarrers und Dekans B. Hebel/ M. d. R. an das KB Kriegsministerium unter Beilage eines Feldpostbriefes vom 8.4.1915.

konnte<sup>58</sup> - jedenfalls in einer Phase, da das „Augusterlebnis“ seine allgemein prägende Kraft noch nicht verloren hatte und die Wahrnehmung der Geschehnisse an den Fronten durch die Zivilbevölkerung bestimmen konnte.

Dabei galt es, der durchaus, trotz aller Beeinflussungsversuche in Schule, Kriegervereinen und Verbänden, weit verbreiteten Furcht vor einem „modernen Krieg“ und seinen Folgen zu begegnen. Eine Furcht, die nicht zuletzt durch die Flut der seit der Jahrhundertwende in rascher Folge erscheinenden, populären Romane über den Krieg der Zukunft geweckt und wach gehalten wurde; namentlich dadurch, daß in diesen „Phantasieprodukten“ die Zahl der Toten, die schrecklichen Verletzungen und die Vervollkommnung der Waffen detailliert und in gräßlichsten Farben zur Darstellung kamen. Auffällig häufig nahmen Zeitungen und Magazine in den ersten Monaten des Krieges auf diese literarische Vorkriegsentwicklung Bezug, und zwar offensichtlich deshalb, weil die Gefahr bestand, daß die „Erinnerung an das Angelesene in vielen Menschen die Kriegsschrecken, die wahrhaftig schlimm genug sein werden, noch viel ärger machen.“<sup>59</sup>

Dagegen galt es anzugehen. „Sind Kriege gefährlicher geworden?“, titelte beispielsweise das wöchentlich erscheinende Magazin „Die Umschau“ im Oktober 1914. Die Antwort auf die suggestive Frage war klar: natürlich nicht, das Gegenteil wäre der Fall. „Kriege, wenn man so sagen darf, werden immer harmloser.“ Dem Leser wurde vorgerechnet, daß den Neuerungen moderner Waffentechnik - vom „humanen“, weil kleinkalibrigen Mehrladegewehr bis hin zum bloß strategisch einsetzbaren Trommelfeuer<sup>60</sup> - eine vorbildliche Militärmedizin gegenüberstehe:

*„Das ist der beste Beweis dafür, daß das so seltsam erscheinende Wort vom humanen Krieg Berechtigung hat, weil unsere Zeit die Wunden, die sie geschlagen, auch zu heilen weiß.“<sup>61</sup>*

---

<sup>58</sup> Wie z.B. bei B. Hebel, KA München, Mkr 13346, Schreiben des Pfarrers und Dekans B. Hebel/ MdR an das Königl. Bay. Kriegsministerium unter Beilage eines Feldpostbriefes vom 8.4.1915. Hebel hebt in seinem Schreiben unter Bezug auf das „Gottvertrauen“ des Briefschreibers hervor: „Soweit die Zuschrift. Es spricht ein herrlicher Geist aus ihr! Um so schmerzlicher muß man es bedauern, daß es Offiziere gibt, welche diesen Geist nicht zu pflegen und zu verstehen scheinen, sondern einen ganz anderen Geist wachrufen, den des Mißmuts und der Verzweiflung.“

<sup>59</sup> Sanitätsrat Dr. A. Stark, Menschenverluste im Kriege, in: ILZ 1914, Bd. 143, Nr. 3714, S. 392/93. Vgl. M. Salewski, Zeitgeist und Zeitmaschine. Science Fiction und Geschichte, München 1986, S. 172/173. Science fiction Romane erschienen in Deutschland - und anderen kriegführenden Ländern - den ganzen Krieg über weiter in hohen Auflagen, auch in Übersetzungen aus dem Englischen. Vgl. H. Franke, Der politisch-militärische Zukunftsroman in Deutschland 1904-1914. Ein populäres Genre in seinem literarischen Umfeld, Göttingen (Phil. Diss.) 1984.

<sup>60</sup> „Die Kleinkalibergeschosse verursachen so ‚anständige‘ Wunden, daß die Mehrzahl der nicht sofort Getöteten wieder geheilt werden kann.“ H. Günther, Sind Kriege gefährlicher geworden?, in: Die Umschau, 18 (1914), Bd. II, S. 808-813, S. 810.

<sup>61</sup> Ebd., S. 813. Auch dieser Artikel nimmt seinen Ausgang in der Widerlegung der durch die „Bücher vom Zukunftskrieg“ gezeichneten Schrecken des modernen Krieges, die „in weiten Kreisen als unangreifbares Dogma“ gelten würden. Vgl. S. 808.

**Schützt Eure Soldaten im Felde!**

Nach dem heutigen Stände der Wissenschaft ist es der ärztlichen Kunst möglich, fast alle Wunden zu heilen, vorausgesetzt, daß dieselben nicht, wie bei Herzverletzungen, den sofortigen Tod zur Folge haben. Das Augenmerk eines jeden muß deshalb in erster Linie darauf gerichtet sein, seine Lieben im Felde vor Herzverletzungen, die den sofortigen Tod herbeiführen, zu schützen. Dies kann man am besten durch unsere kugelsichere

**Herzschutz-Panzerplatte**

die wir gegen Voreinsendung von M. 8.— portofrei zusenden. (Nachn. 30 Pf. mehr.) Wir liefern Ihnen unsere Panzerplatte in einer Stofftasche, die der Soldat mit Sicherheitsnadeln an seiner Uniform befestigt. (Im Schützengraben liegend, ist die Panzerplatte als Kopfschutz) zu verwenden. — Bestellen Sie heute noch. Dann dürfen Sie beruhigt sagen, daß Sie alles, was in Ihrer Macht stand, für die Gesundheit Ihres Angehörigen im Felde getan haben.

**Deutsche Schutzpanzer-Industrie  
Berlin W 35, Potsdamerstraße 48**

**Achtung: Wir warnen vor Ankauf minderwertiger Herzschrützer!**

Anzeige in „Die Umschau“ von 1914

Daß vor diesem Hintergrund der zunächst relativ schnelle Vormarsch im Westen mit ungeheuren Verlusten verbunden war und kriegsstark im August ausmarschierende Kompanien (250 Mann) kurz darauf nur noch 80 Mann und weniger zählten, daß vor dem Hintergrund der immer wieder beschworenen Errungenschaften moderner Medizin „Schwerverwundete im Inland ankamen mit verjauchten und madendurchsetzten Wunden“, <sup>62</sup> - solche bitteren Realitäten führten nicht allein den nationalen Schulterschluß in den Gräben ad absurdum, sie verdeutlichten auch die Kluft zwischen der öffentlichen Darstellung des Krieges und seiner individuellen Wahrnehmung durch die Soldaten in dieser frühen Phase des Krieges. (Vgl. III.1.)

Für die Empfänger der Beschwerdebriefe in Pfarrhäusern, Redaktionsstuben oder in den Volksvertretungen, mithin für eben jene, die in ihrer Mehrheit maßgeblich an der nationalen Sinnstiftung des Krieges beteiligt waren, mußten die brieflichen Berichte wie Nachrichten aus einer anderen Welt geklungen haben.

<sup>62</sup> KA München, Mkr 13346, Brief des Chefredakteurs, Verlegers und bayerischen Landtagsabgeordneten H. Held an Staatsminister v. Hertling v. 29.9.1914.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Sie betrafen überdies schon in dieser Kriegsphase auch die Behandlung der Mannschaften: „Wie die Führung ist auch die Behandlung“, heißt es etwa in einem dem Bayer. Kriegsministerium von einem Journalisten übersandten Feldpostbrief vom 14. November 1914:

*„Wir, alles Leute mit 30-40 Jahren, sollen es an Strammheit der aktiven Mannschaft gleichtun, lagen wir doch seit 1. Oktober mit geringer Unterbrechung in den Schützengräben, so müssen wir doch gestern und heute Ehrenbezeugungen und Griffe üben, dazu selber kochen und da verstieg sich der Herr Major vorgestern abend, als wir im Freien kochten zu der Aeusserung: ‚Ihr Rindviecher seid nicht mehr wert, als Kanonenfutter.‘ Diese Leute wissen eben nicht, dass wir steuerzahlende Bürger sind.“<sup>63</sup>*

Ergänzt wurden die brieflichen Darstellungen in diesem Stadium des Kampfes auch schon durch die mündliche Übermittlung des authentischen Frontalltags; verwundete Soldaten übernahmen dabei eine wichtige Rolle. Besonders in der ersten, noch vom Bewegungskrieg gekennzeichneten Etappe des Krieges waren die Verbände gehalten, Verwundete rasch nach hinten zu schicken. Die dafür vorgesehenen Krankensammelstellen waren zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht zu jenen „dichten Filterstellen“ geworden - später ergänzt durch Sanitätstransport-Kommissare -, die ein unkontrolliertes Zurückfluten der Verwundeten über die Reichsgrenzen verhinderten. Vielen gelang es, ihre mitunter selbst beigebrachten Verletzungen in Heimatlazaretten auszukurieren,<sup>64</sup> wenn nicht sogar ihrem Wunsche entsprochen wurde - etwa in Vereinslazaretten der freiwilligen Krankenpflege -, ihrer Genesung zu Hause entgegensehen zu wollen. Vorgänge, die auch immer wieder Thema in der ärztlichen Fachpresse waren. In verschiedenen Artikeln wurde auf das Verwerfliche dieser Art von Gesundung hingewiesen und der Schaden für die „fechtende Truppe“ betont.<sup>65</sup> Auch bei alsbald ausgebauter Kontrolle war das Problem nicht aus der Welt. Der Versuch, erlittene

---

<sup>63</sup> KA München, Mkr 13346, Feldpostbrief v. 14.11.1914 (Abschrift), eingesandt an das Bay. Kriegsministerium v. G. Heim.

<sup>64</sup> Vgl. Sanitätsbericht über das Deutsche Heer/Deutsches Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/18, Bd. III: Die Krankbewegungen ..., Berlin 1934, S. 23. Bereits Ende Januar 1915 wurde zudem im Zusammenhang mit gemeldeten Fahnenflüchtigen darauf hingewiesen, daß diese „Mannschaften [...] in irgend einem Lazarett der Heimat mit Finger- oder Handverletzungen aufgefunden“ wurden. KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 592, Bay. KM v. 29.1.1915, Betr.: Selbstverstümmelung. Vgl. B. Ulrich/B. Ziemann, Frontalltag ..., Dok. 38a-b, S. 150/51.

<sup>65</sup> So schreibt der Generalarzt und stellv. Korpsarzt des I. AK, Herhold, am 6.10.1914: „Noch verhängnisvoller ist, Leichtverwundete einzeln aus den Lazaretten auf ihren Wunsch zu entlassen und ihnen zu gestatten, in ihre Heimat zu fahren, um sich dort von irgend einem Arzt behandeln zu lassen. Solche Leute, die sich naturgemäss bei ihren Angehörigen einquartieren, werden der militärischen Kontrolle entzogen, sie selbst wissen oft kaum, wohin sie sich nach ihrer Heilung zu wenden haben, und so gehen sie dem Feldheer zunächst verloren.“ Muenchener Medizinische Wochenschrift/Feldärztliche Beil., 61 (1914), S. 2052.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Verletzungen in heimatlichen Krankenhäusern oder im Kreise der Familie auszukurieren, wurde auch weiterhin unternommen.<sup>66</sup>

Was die Verwundeten während dieser Zeit erzählten und womöglich durch Familienmitglieder weitergegeben wurde, kann kaum ermittelt werden. Die Kluft zwischen offizieller Darstellung des Krieges und eigenem Erleben wird dabei jedoch gewiß eine große Rolle gespielt haben. Ihre mehr oder weniger ausführliche Thematisierung kann in den Beschwerdebriefen nachgelesen werden:

*„Ich weiß gar nicht, wofür weiter gekämpft werden soll, vielleicht, weil die Zeitungen die Geschichte in einem anderen Lichte erscheinen lassen, als es in Wirklichkeit eigentlich ist. [...] Wer für den Krieg weiter ist, der ist überhaupt kein Mensch mehr. Die Not könnte nicht grösser sein im Feindesland und auch daheim. Es können das nur Leute sein, die von allem keine Ahnung haben“,*

heißt es in einem Brief von der Westfront am 17. Oktober 1914. Und der Verfasser berichtet weiter:

*„Wir haben oft drei Tage nichts zu essen bekommen. In den Zeitungen steht zu lesen, dass die Verpflegung vorzüglich sei. Das kann vielleicht bei den Offizieren sein: es ist ja oftmals so, dass das Pferd, das den Hafer verdient, ihn nicht bekommt. Wenn ich am Leben bleibe, werde ich die Sache in die Öffentlichkeit bringen. Du kannst Dir also, [...], ein Bild machen, wie es im Kriege hergeht. Wir alle wollen den Frieden.“<sup>67</sup>*

Obwohl die hier und in anderen Briefen mitgeteilten Mißstände an der Front und die daraus resultierenden Stimmungen ihren Eindruck bei den Adressaten nicht verfehlten, verpuffte ihre Wirkung, weil ihnen die angestrebte Öffentlichkeit nicht zugestanden wurde. Entweder versicherten die Empfänger der Briefe, namentlich Zeitungsredakteure bei der Weitergabe der Klagen an die Militärbehörden, daß sie „die Beschwerdeführer zu beruhigen versucht und die [...] übersandten Artikel nicht veröffentlicht“ hätten.<sup>68</sup> Oder aber die Militärbehörden, im wesentlichen die Kriegsministerien und Stellv. Gen. Kdos., reagierten auf die zumeist in Abschriften und ohne namentliche Zeichnung zugesandten Briefe in einer Weise, die zur Grundlage aller künftig noch folgenden Reaktionen auf Beschwerden werden sollte. Nachdem ein Redakteur des „Neuen Münchener Tageblattes“

---

<sup>66</sup> Vgl. KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 592, Erlaß Preuß. KM v.6.9.1915. Hier wurde eingeräumt, daß es sich „vielfach um bisher völlig unbescholtene Leute“ handelt, „die im Kriege schwer verwundet worden sind und sich nur durch die Sehnsucht nach ihrer Familie haben verleiten lassen“.

<sup>67</sup> KA München, Mkr 13346, Feldpostbriefe v. 16. u. 17.10.1914, in Abschrift dem Bay. Kriegsminist. mitgeteilt von August Trendel/M. d. R. am 2.11.1914. In einer Aktennotiz des Bearbeiters im Ministerium heißt es: „Dr. Trendel, der diese Briefe offenbar als Ausdruck der Stimmung unserer Soldaten im Felde ansieht, erwartet keine Rückäußerung. Daher ohne Weiteres zum Akt.“

<sup>68</sup> KA München, Mkr 13346, Brief des Chefredakteurs, Verlegers und bayerischen Landtagsabgeordneten H. Held an Staatsminister v. Hertling v. 29.9.1914, Bl. 6.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

dem Bayerischen Kriegsministerium am 26. Oktober 1914 zwei Feldpostbriefauszüge mitgeteilt hatte, in denen sich Soldaten über die ungerechte Verteilung von Liebesgaben bzw. darüber beschwert hatten, daß sich Offiziere für die Verteilung bezahlen ließen, antwortete das Ministerium am 2. November:

*„Auf Ihr Schreiben vom 26.10.14 teilt der KM ergebenst mit, daß er die in Abschrift zur Kenntnis gebrachten Schreiben solange als Verleumdungen [gestrichen: Denunziationen] unbotmäßiger Soldaten betrachten muß, als die Namen der Briefeschreiber und des Truppenteils, in dem sich das Berichtete zugetragen haben soll, nicht bekannt gegeben werden.“<sup>69</sup>*

Eine Folge solcher ministerieller und anderer behördlicher Verhaltensweisen bestand im stetigen Ansteigen einer eingleisigen Kommunikationsform, in der es nicht in erster Linie um eine Beschwerde oder Klage ging: Anonyme Briefe. Sie entwickelten sich zu einem Forum nicht allein der Fronttruppen, ihrem Ärger Luft zu machen und Ängsten oder dem Gefühl ohnmächtiger Unterdrückung ein Ventil zu schaffen. Aus der Bevölkerung gingen anonyme Briefe den militärischen Behörden und Zeitungen, aber auch den dynastischen Vertretern und dem Reichskanzler zu. Bemerkenswert ist, wie gut unterrichtet - zum Teil aufgrund von Feldpostbriefen, aber auch aufgrund der Berichte von Verwundeten - die Verfasser solcher Briefe über die Verhältnisse an der Front waren. In einem anonymen Brief eines Lazarettgeistlichen an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg vom 16. November 1915 heißt es:

*„Möge es einem Laien vergönnt sein [...] Eindrücke Euerer Excellenz wiederzugeben, die durch das Sprachrohr der Presse nicht ausgesprochen werden können. Wenn auch die Zeitungen immer wieder von der vorzüglichen Stimmung unserer Truppen reden, so entspricht dies nicht durchaus der Wirklichkeit. Es ist freilich das Pflichtbewußtsein des deutschen Soldaten fast nicht zum Umbringen. Aber Mißmut und Verbitterung über so manches beeinträchtigen den Geist der Truppen. Abgesehen vom Kriegswucher, für dessen unheilvolle Folgen das gewöhnliche Volk die Regierung verantwortlich macht, erbittert die ungenügende Versorgung der Kriegerfamilien (ca. 30 M für*

---

<sup>69</sup> KA München, Mkr 13346, Antwortschreiben des Bay. Kriegsministeriums an das „Neue Münchener Tageblatt“ v. 2.11.1914. Bisweilen bitten die Behörden auch die Beschwerdeführer oder deren ‚Anwälte‘ um Namen und Truppenteile, um der Sache nachgehen zu können. Der immer wieder erfolgende Hinweis auf die Anonymisierung der von Redakteuren und anderen mitgeteilten, klagenden Feldpostbriefe als Grund für eine nicht erfolgende Untersuchung, erwies sich im übrigen im weiteren Verlauf des Krieges als das, was er tatsächlich war: eine durchsichtige, vorgeschobene Begründung. Als es darum ging, sog. Drückeberger habhaft zu werden, wurde festgestellt: „Die Nachforschungen können erheblich dadurch unterstützt werden, daß allen mit oder ohne Namensunterschrift eingehenden Anzeigen im Benehmen mit den Zivilbehörden nachgegangen wird.“ KA München, Mkr 13424, Preuß. Kriegsministerium/Kriegsamt, Kriegs-Ersatz- und Arbeitsdepartement Nr. 1877/9. 17. C Ib. v. 22.11.1917, Betr.: Erfahrungen bei der Nachforschung nach Drückebergern.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*eine Frau mit vier Kindern monatlich) u. der auffallend große Unterschied zwischen Mannschaftslöhnung und Offiziersbesoldung (der verheiratete Landwehrmann 15 M, sein 18jähriger Leutnant 350 M monatlich). Auch scheinen sehr viele Offiziere den richtigen Ton der Mannschaft gegenüber nicht zu finden, was fürs Durchhalten sehr wertvoll wäre. [...] Wenn sich die Hoffnung zeigt auf einen ehrenvollen Vergleich zwischen England und Deutschland, so möge Euere Excellenz, ohne auf die chauvinistischen Zeitungsschreiber zu hören, mit beiden Händen zugreifen.“<sup>70</sup>*

Im Schutz der Anonymität konnten auch Soldaten wagen, was an sich in der festgefühten Hierarchie der Armee undenkbar war: Beschwerden und Drohungen gegenüber Vorgesetzten. „Die häßliche Sitte unzufriedener Leute im Regt.“ so Oberstltnt. Mayer am 24. Oktober 1915, „anonyme Briefe über ihre Vorgesetzten zu schreiben, hat in letzter Zeit auch begonnen.“<sup>71</sup> Selbst Armeeführer kaiserlicher Abstammung blieben nicht verschont. Im Februar des Jahres 1915 erreichte das kaiserliche Hofmarschallamt ein anonymes Brief:

*„Sr. Hoheit dem deutschen Kronprinzen - Mehrere verwundete Soldaten teilen Ihnen mit, dass, wenn Sie uns nochmals so plötzsinniger weise [sic!] ins Feuer jagen wie Sie dies schon öfter mit uns gemacht haben, dann werden wir Ihnen eine Portion Kugel [sic!] in den Hintern jagen dass Sie auch wissen wie diese schmecken.“<sup>72</sup>*

---

<sup>70</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2402, Anonymer Brief v. 16.11.1915. Vgl. auch: V. Ullrich, Kriegsaltag. Hamburg im Ersten Weltkrieg, Köln 1982, der viele Beispiele bringt. Vgl. B. Ulrich/B. Ziemann (Hg.), Frontalltag ..., Dok. 37a-d, S. 145-149. Anonyme Briefe waren darüber hinaus das geeignete Medium für Gerüchte und Denunziationen; für die antisemitisch motivierte sog. „Judenählung“ im deutschen Heer ab Oktober 1916 wurde als offizielle Begründung u.a. (anonyme) Beschwerdebriefe aus der Bevölkerung und der Armee genannt, in denen darüber geklagt wurde, „daß eine unverhältnismäßig große Anzahl wehrpflichtiger Angehöriger des israelitischen Glaubens vom Heeresdienst befreit sei oder sich von diesem unter allen nur möglichen Vorwänden drücke.“ HStA/MA Stuttgart, M 33/2 Bd. 32, Erlaß Preuß. Kriegsminister Wild v. Hohenborn Nr. 247/8. 16. C1 b. v. 11.10.1916. Vgl. W. T. Angress, Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg, in: MGM 1976, H. 1, S. 77-146 und Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Deutsche Jüdische Soldaten 1914-1945, Herford/Bonn 1984.

<sup>71</sup> HStA/MA Stuttgart, M 750, Feldpostbrief des Oberstleutnant Mayer v. 24.10.1915/Ostfront.

<sup>72</sup> HStA/MA Stuttgart, M 77/1, Bd. 119/103. Der Brief (Stempel v. 21.2.1915) wurde in Stuttgart, mutmaßlich aus einem Lazarett heraus, abgeschickt und vom Hofmarschallamt an das XIII. Stellv. Gen. Kdo. Stuttgart „ergebenst geschäftsmäßig übersandt“. Die anonymen und namentlichen Beschwerden oder Drohungen gegenüber Kronprinz Wilhelm (zeitweilig Führer der 5. Armee) rissen während des ganzen Krieges nicht ab. Insbesondere sein arrogantes Auftreten bei den Feldtruppen sowieso verhaßten Paraden und sein Benehmen in der Etappe wurden immer wieder genannt. „Sein Verkehr mit Weibern ist kein Vorbild für die Soldaten, er treibt sich öffentlich mit 2 Französinnen herum, besucht Wirtschaften, Zigarrenläden und sei lustig und guter Dinge.“ HStA/MA Stuttgart, M 1/4, Bd. 1696, Bl. 52-57, Brief des MdR M. Erzberger an das württembergische Kriegsministerium v. 29.12.1916 unter Beilage eines anonymen Feldpostbriefes, Bl. 57.



### 1.2.1. Mißstände, Stimmungen und ihre briefliche Darstellung

Unzählige Soldaten (und ihre Angehörigen) machten genaue Angaben über die Art erlittener Unbilden und das sie verursachende Führungspersonal. Die Folgen bekam beispielsweise der Schütze Clemens Brändle zu spüren, nachdem er sich Anfang Juni 1917 beim Pfarrer seiner Heimatgemeinde, Strebel, brieflich über die schlechte Versorgung in seiner Kompanie an der Westfront beschwert hatte. Der Geistliche, besorgt um die Stimmung seiner Gemeindemitglieder an der Front, leitete die Klage ans XIII. Stellv. Gen. Kdo. in Stuttgart weiter; dort geriet der Brief Brändles in die Hände des seit gut einen Monat amtierenden Unterrichts- und Aufklärungs-offiziers Hermelink.<sup>73</sup> Der veranlaßte eine Untersuchung der Vorwürfe, die - Name und Truppenteil des verantwortlichen Offiziers waren ja bekannt - mit einem Verweis für den Kompanieführer endete. Damit ist der Vorfall nicht erledigt. Aufgeregt schreibt Brändle am 14. August einen weiteren Feldpostbrief an den Geistlichen:

*„Sehr geehrter Herr Pfarrer! Der Erfolg von Ihrem Schreiben nötigt mich, Ihnen näheres darüber mitzuteilen. Vor etwa 8 Wochen wurde mein Komp. Führer zum Regt. vorgeladen und bekam einen nicht sanften Verweis betreffs der Verpflegung in unserer Komp. Da unsere Komp. in der Verpflegung jedenfalls die beste ist im Regt. können Sie sich denken, daß sich das mein Komp. Führer nicht gefallen lassen kann und hat sich darauf bei der Mannschaft erkundigt nach dem Essen, wobei alles für gut befunden wurde. Woher mein Komp. Führer weiß, daß Sie an das Generalkommando geschrieben haben, weiß ich nicht, aber jedenfalls hat er angenommen, ich habe an Sie geschrieben und habe mich beschwert bei Ihnen was aber nicht der Fall ist. Mittags mußte die Komp. antreten und es wurde bekannt gegeben, daß einer in der Komp. sei, der sich über das Essen beschwert habe. Da mein Komp. Führer weiß, woher es kommt, muß er annehmen, daß ich schuld daran bin, deshalb möchte ich Sie bitten, da ich mich überhaupt nicht beschwert habe, sondern nur geschrieben, man soll mir mehr schicken, das Brot sei knapp, die Beschwerde bei meinem Komp. Führer mögl. bald zurückzunehmen, damit die Sache in Ordnung kommt, weil nur ich der Dumme dabei bin [...]“<sup>74</sup>*

---

<sup>73</sup> Hauptmann d. R. Heinrich Hermelink war seit 29.4.1917 Unterrichts- und Aufklärungs-offizier beim XIII. Stellv. Gen. Kdo. Er widmete sich insbesondere der „Truppenaufklärung“ und legte im Rahmen seiner Möglichkeiten Wert auf die Meldung von Mißständen in der Truppe und deren Beseitigung. Sein Prinzip war, daß „von der Stimmung im Volksheer das gesamte Volk beeinflusst wird und daß es gilt, den Heereskörper mehr als bisher zu einem Erziehungsfaktor zu gestalten.“ Zit. n.: G. Mai, „Aufklärung der Bevölkerung“ und „Vaterländischer Unterricht“ in Württemberg 1914-18. Struktur, Durchführung und Inhalte der deutschen Inlandspropaganda im Ersten Weltkrieg, in: ZfWL 36 (1967), S. 199-235, S. 214. Diese Erwägungen und der Zivilberuf Hermelinks - er war in Marburg Professor für Kirchengeschichte - mögen mit dazu beigetragen haben, daß er sich um die Untersuchung der von Pfarrer Strebel weitergeleiteten Beschwerde kümmerte.

<sup>74</sup> HStA/MA Stuttgart, M 77/1, Bd. 63 (Beschwerden, Gerüchte), Brief C. Brändle an Pfarrer Strebel v. 14.8.1917.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Auch über diese Wendung der Angelegenheit - Strebel kommt der Bitte Brändles unverzüglich nach - informiert der Pfarrer den Aufklärungsoffizier Hermelink, der ihm am 4. September erstaunlich offen, wenngleich über den Verlauf der Sache resignierend, mitteilt:

*„Mit bestem Dank für Ihren Brief, dessen Inhalt mir sehr wertvoll war, bedaure ich natürlich den Gang der Angelegenheit. Es zeigt sich, daß man in jedem Fall die Klagen zu beschwichtigen hat, und nicht vorsichtig genug sein kann mit Weitergeben derselben - selbst in so klarliegenden Fällen, wie ich den vorliegenden hielt [...]“<sup>75</sup>*

In anderen, ebenso „klarliegenden Fällen“ waren die Folgen für den Beschwerdeführer gravierender, - wobei sich in Sachen Brändle den Akten nicht entnehmen läßt, ob es ihm gegenüber von Seiten des Kompaniechefs nicht doch noch zu Sanktionen gekommen ist. Möglichkeiten dazu gab es an der Front und in der Etappe zuhauf: Urlaubsentzug, Einteilen für Wache-Zeiten in der Ruhestellung oder die bewußt betriebene Isolierung des Beschwerdeführers. Mitunter waren die Maßnahmen, an der Front zumal, für die Betroffenen lebensbedrohlich. So kann etwa in einer Beschwerde nachgelesen werden, daß ein Pionier wegen geringfügiger Überschreitung seines Urlaubs nach Rückkehr an die Front vom Kompaniechef „zu ‚2 Monate vorderste Stellung‘ verurteilt worden ist.“ Die Beschwerde der Ehefrau - ihr schilderte der Soldat den Vorgang in einem Feldpostbrief - hatte zur Folge, daß der Offizier „auf die Unrichtigkeit seines Verhaltens hingewiesen“ wurde. Welche Folgen dies wiederum für den Pionier gehabt hat, ist unbekannt.<sup>76</sup>

Sanktionen nach Beschwerden erfuhr auch der als Unteroffizier in einem Infanterieregiment an der Westfront dienende Metzger Michael Kappelmeier. In einem Feldpostbrief an seine frühere Dienstherrin Burger in Sonthofen schrieb er am 11. Oktober 1914 unter anderem:

*„Glauben Sie Frau Burger jetzt währ einmal ein Hakbraten gut, aber jetzt gibts manchmal 2 Tag nichts als Granaten, u den wenn wir zurück kommen dan kanns vorkommen daß das Essen kalt ist, denn in unser Feldküche bei der 10. Komp. ist ein großer Saustall. Wir haben nichts als Reserve-Offiziere: Offiziere dießen Namen verdienen sie überhaupt nicht zum tragen, besser gesagt Hanswurst. Haben wir da kürzlich einmal ein Faß Wein bekommen für die Kompagnie, und da muste die Feldküche daß halbe Faß mitnehmen u. in Flaschen abziehen damit die Herren Reserve Offiziere etwas zu dudeln hatten, das heißt man da Kameradschaft, daß Resultat war, daß am andern Tag*

---

<sup>75</sup> Ebd., Brief Hermelink an Strebel v. 4.9.1917.

<sup>76</sup> HStA/MA Stuttgart, M 1/4 1696, Zusammenstellung über bes. Vorkommnisse, Wünsche, Klagen und Beschwerden ..., Bl. 19.

*der Herr Feldwebel Sternbesoffen mit seiner Feldküche kam u. wir überhaupt froh sein mußten daß das Essen wir überhaupt bekamen, er kam natürlich erst abends, wo er hätte leicht bei Tag herfahren können, da könnte man bald keine Freude mehr haben, aber wir machens fürs Vaterland u. für Gott. Ich bitt Sie sagen Sie einmahl zum Möggenried ob er sich nicht an einen Abgeordneten wenden möchte in dieser Angelegenheit, er erweist uns u. dem Vaterland gewiß einen guten Dienst. Mit der Feldpost ist es das gleiche, die gibt der Herr Feldwebel erst her wenns Ihm natürlich paßt, und wir da heraus können nichts machen, man droht uns gleich mit niederschließen. Bei andern Kompagnien bekommens Liebesgaben, bei 10. Komp. werden diese jedenfalls verkauft [...]*<sup>77</sup>

Der erwähnte Möggenried, Schreinermeister in Sonthofen, gab den Brief Kappelmeiers tatsächlich weiter; allerdings nicht an einen Abgeordneten, sondern an das Bayerische Kriegsministerium - ob in denunziatorischer Absicht oder im guten Glauben, die Beschwerde wäre hier besser aufgehoben, bleibt unklar. Für Kappelmeiers Zukunft sollte sich dies als bedeutsam erweisen. Denn nun - ohne die vorgeschaltete Öffentlichkeit - konnte das Urteil über ihn quasi intern gefällt werden und entsprechend hart ausfallen. Nach der Vernehmung von Zeugen und Beschuldigten - in der Regel Vorgesetzte Kappelmeiers - erwies sich denn auch, daß der mittlerweile „Angeklagte keinen Beweis zu erbringen“ in der Lage war. Zwar wurden die bisher gute Führung und ein ‚gewisser Erregungszustand‘, in dem sich Kappelmeier befand, strafmildernd berücksichtigt; Kappelmeier hatte angegeben, daß er kurz zuvor von einem Offiziersstellvertreter aus nichtigem Anlaß geschlagen worden war.<sup>78</sup> Strafverschärfend wirkte sich hingegen ausgleichend aus, daß der Angeklagte sich nicht gescheut hatte, „die schwersten Vorwürfe gegen Vorgesetzte der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dass dies nicht geschehen ist, vermag ihn nicht zu entlasten.“ Im Januar 1915 wird Kappelmeier zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.<sup>79</sup>

---

<sup>77</sup> KA München, Militärgerichte Nr. 6313, Brief (Abdruck) M. Kappelmeier v. 11.10.1914, eingereicht von Schreinermeister Möggenried.

<sup>78</sup> Dieser Vorgesetzte wurde, obwohl Kappelmeier den Vorwurf aufrecht hielt, nicht belangt; er leugnete die Tat einfach. Vgl. KA München, Militärgerichte Nr. 6372, Strafsache Kappelmeier.

<sup>79</sup> KA München, Militärgerichte Nr. 6313, Urteil in Sachen Kappelmeier. Zugrunde gelegt wurde für das Urteil das „militärische Vergehen der Beleidigung“. Es muß bedacht werden, was solch ein Urteil - gerade zu Beginn des Krieges - für einen bis dahin unbescholtenen Handwerker, wie es Kappelmeier einer war, bedeutete. Neben die trübe Erfahrung, daß erlittenes Unrecht ungesühnt bleibt, tritt die Demütigung einer Bestrafung für die Anzeige desselben. - Im Verlaufe des Krieges verloren solche Strafen für viele natürlich ihren Schrecken. Dem Terror der Front oder brutalen Vorgesetzten zu entkommen, schien das Gefängnis oder der Arrest ein probates Mittel. Am 23.9.1916 wurden daher sog. „Militärgefangenenkompanien“ für das Ersatzheer geschaffen, deren verurteilte Soldaten vor allem zu Schanz- und Bauarbeiten in oder hinter der vordersten Frontlinie, aber auch in der heimischen Industrie und Landwirtschaft eingesetzt wurden. Im Herbst 1917 büßten mutmaßlich ca. 10.000 Soldaten hier ihre Strafen ab. Vgl.: D. Dreetz, Zur Bildung von Militärgefangenenkompanien im deutschen Heer während des 1. Weltkriegs, in: ZfM 6 (1967), S. 462-468. Vgl. H. Otto/K. Schmiedel (Hg.), Der erste Weltkrieg. Dokumente, Berlin (DDR) 1983 (1977), S. 309/10, Dok. 126, S. 310.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Angesichts solcher Behandlung, die den Kameraden der Beschwerdeführer präventiv nicht verborgen bleiben sollte, mußte es wie Hohn wirken, daß schließlich auch versucht wurde, auf die mündliche Überlieferung des Frontalltags während der spärlich bemessenen Urlaubstage Einfluß zu gewinnen. In einer Feldzeitung konnten Soldaten folgende Empfehlung lesen:

*„Fährst du in Urlaub, so laß den Dreck und die traurigen Gedanken im Graben! [...] Wenn du von deinen Erlebnissen erzählst, so schimpfe nicht, daß es dir schlecht ergangen sei, sondern sei stolz, daß du das Übermenschliche geleistet hast. [...] Wundere dich nicht, wenn deine Stammtischbrüder in der Heimat wenig Notiz von dir nehmen! Ihr Herz ist von dem tatenlosen Abwarten schimmelig geworden - Bringe ihnen eine frische Prise Frontluft und den Humor der vorderen Linie!“<sup>80</sup>*

Daß Soldaten in der Tat zu Hause nicht alles erzählt haben oder erzählen konnten, erhellen immer wieder zu findende Briefpassagen; allerdings, nicht aus Stolz über das Erlebte oder in der Absicht, der Heimat eine „Prise Frontluft“ zu übermitteln. Die Sorge um die Reaktion der Angehörigen stand im Vorder- und die schlechte Verpflegung an der Front oft im Hintergrund:

*„Daß unsere Verpflegung sehr mangelhaft ist, brauche ich wohl kaum zu versichern. Ich bitte aber, meiner Frau von all dem nichts zu sagen, ich habe ihr nämlich alles in möglichst günstigem Lichte geschildert, um sie zu beruhigen und damit sie mir nichts schicken soll. Sie hat zwar selber nichts, aber sie würde sich das letzte vom Munde absparen und das muß ich aus naheliegenden Gründen doch verhindern.“<sup>81</sup>*

Erst im April 1917 indes dämmerte der militärischen Führung, daß der „Krieg unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ nicht zu führen war:

*„Es gelangen Nachrichten in die Heimat und werden dort verbreitet, trotz aller Ermahnungen zur Verschwiegenheit, trotz allen Appells an das Pflichtgefühl,*

---

<sup>80</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 305, Kriegszeitungen und Zeitschriften verschiedener Fronttruppen Jan. 1915 - Aug. 1918, „Aus Sundgau und Wasgenwald. Feldzeitung der Armeeabt. B“ v. 19.12.1917, Bl. 31.

<sup>81</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Br. T. Wagner v. 14.3.1917/Westen, Bl. 261. Ein anderer schreibt: „Mit dem Essen bin ich zufrieden - Liebe Frau ich bitte dich mache dir um mich keine Sorgen. Wir hierauße bekommen immer noch mehr wie Ihr. Kann auch bis jetzt nicht klagen - Liebe Frau mache Dir auch weiterhin um mich keine Sorgen, bin ja noch gesund u. mit dem Essen ist es auch reichlich.“ MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung 1918, Bl. 69-74 (Briefauszüge zum Überwachungsber. 5. Armee v. 23.6.1918), Bl. 74. Freilich fragt sich hier, ob der Schreiber des Briefes nicht gerade das Gegenteil will von dem, was er schreibt, also doch ein ‚Freßpaket‘. Es könnte auch sein, daß das dauernde Insistieren darauf, daß es ihm wirklich gut gehe und es an Essen nicht mangle, ein verabredeter Code mit der Frau ist, daß es ihm schlecht geht; dazu würden auch die auffälligen - passen. Solche Zeichen waren im Feldpostverkehr durchaus üblich.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*daß man auf Urlaubsreisen und in Feldpostbriefen nichts erzählen soll. Es geschieht eben doch.*<sup>82</sup>

Was dagegen nicht geschah, war eine Reform oder nur Milderung der Mißstände im Heer, über die in den Feldpostbriefen immer wieder berichtet wurde.

Seit den ersten Verbrüderungen an der Westfront während der Weihnachtsfeiertage 1914/15 - die sich in vielfältigen Formen in den kommenden Jahren wiederholen sollten und schließlich im Laufe des Jahres 1917 an der Ostfront zum ernststen Problem wurden - „folgten die Krieger im Felde ihrer eigenen Psychologie“, die „von den von betriebsamen Meinungsfabrikanten in der Heimat verbreiteten Haßinstinkten ganz merkwürdig absticht“.<sup>83</sup> Unter vielfältigen Formen können stillschweigende und ausdrücklich verabredete Waffenruhen<sup>84</sup> -, aber auch Vorkommnisse verstanden werden, wie sie der Gefreite Adolf Benedict im Juni 1915 nach Hause berichtete:

*„Wir liegen den Franzosen ziemlich nahe gegenüber und es soll oft vorkommen daß wir den Franzosen etwas [gestrichen: Bonbons] hinüberwerfen und hierfür [gestrichen: Schokolade] erhalten. Auch werfen die Franzosen Zettelchen herüber wo sie uns anzeichen, daß von Ihrer Seite ein Sturmangriff bevorsteht und uns bitten staerker Feuer zu eröffnen, damit der Ansturm unterbleibt.“*<sup>85</sup>

---

<sup>82</sup> So der Chef der Abt. IIIb bei 3. OHL, Oberstltnt. Nicolai, im April 1917 während einer Besprechung der Leiter der Zensurstellen betr. Mittel und Wege der durch die Stellv. Gen. Kdos. zu betreibenden Propaganda, in: W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-18, S. 805-812 (Dok. 321), S. 810.

<sup>83</sup> „Die Schützengrabenfreundschaft“, in: Volksfreund Braunschweig (Sozialdemokratische Zeitung) v. 14.1.1915, Nr.11. Vgl. auch zu Verbrüderungen zu Beginn des Krieges und der Berichterstattung in sozialdemokratischen Zeitungen: W. Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993, S. 192 f. Vgl. B. Ulrich/B. Ziemann (Hg.), Frontalltag ..., Dok. 40a-e, S. 153-159.

<sup>84</sup> In den Briefen kann man immer wieder Sätze wie die des Pioniers K. Betsch/Westfront lesen. Er schreibt am 24.2.1916: „Am Tage ein paar Stunden Granat-Minen u. Erdmörser Feuer. Gewehr Feuer hört man nicht viel. Wenn wir nicht schießen, schießt der Gegner auch nicht und umgekehrt.“ HStA/MA Stuttgart, M 750 (Feldpostbr.), Briefe von Beschäftigten der Lebensversicherungsbank „Alte Stuttgarter“, Brief Pionier K. Betsch v. 24.2.1916. Ashworth hat in seiner Analyse dieses ‚Live and Let Live Systems‘ - ein schon während des Krieges gebräuchlicher Begriff - herausgearbeitet, was damit intendiert war, nämlich daß „soldiers strove with success for control over their environment and thereby radically changed the nature of the war experience.“ T. Ashworth, Trench Warfare 1914-1918: The Live and Let Live System, London 1980, S. 14/15, S. 18f. Voll zur Entfaltung kommen konnten solche private Waffenruhen bzw. täglich genau begrenzte Feuerwechsel, die ein rechtzeitiges Deckung nehmen ermöglichten, freilich in der Regel nur an ruhigeren Frontabschnitten oder wenn die Wetterverhältnisse ein zeitweiliges Verlassen der Gräben und Löcher notwendig machten. Vgl. zur weiteren Entwicklung: Ebd., S. 40ff, S. 95 ff, S. 176-203.

<sup>85</sup> BA/MA Freiburg, Msg2/3461, Feldpostbriefe Gefr. Adolf Benedict/Nürnberg von der Westfront an seine Eltern, Brief vom 16.6.1915. Am 17.6. ergänzt er: „Heute werfen uns die Franzosen einen Zettel herüber, auf dem folgende Worte standen: ‚Nix schießen alte Mannschaft‘. [...] Tatsächlich wurde in dieser Nacht kein einziger Schuß abgefeuert, außer Artilleriegeschöße. So wie ich jetzt daliege, könnte man meinen, ich weilte zum Sommeraufenthalt hier.“ Ebd.

Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden,  
Stimmungsberichte und Zensur



„Ein Brief von der Front“. Nach einer Originalradierung von Otto Goetze. Aus der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ vom Juli 1918

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Wenn es auch gelingen mochte - namentlich an ruhigen Frontabschnitten -, den Krieg in der Todeszone in beidseitigem Interesse zeitweilig weniger gefährlich zu gestalten, so blieben die alltäglichen Ungerechtigkeiten und Mißstände doch davon unberührt und das beherrschende Thema der Briefe. Gewiß war nicht jedem „Schimpfbrief“, der seine Empfänger unzensiert erreichte, „wörtlich zu glauben“.<sup>86</sup> Aber in ihrer Masse und in stetig wachsender Zahl wurden sie seit der Jahreswende 1915/16 zu einem echten Problem. In der Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes an das Preuß. KM v. 12.2.1916, die sich auf die Feldbriefe der Verbandsmitglieder stützte, wurde betont, daß schon seit geraumer Zeit Beschwerdebriefe eingingen, ihnen aber bisher „kein allzu großes Gewicht“ beigemessen wurde:

*„In den letzten beiden Monaten hat sich aber das Bild leider sehr geändert. Die Zahl der Klagebriefe ist stark gewachsen. Diese Klagebriefe wiegen um so schwerer, als sie vielfach, nicht immer, nicht nur von reifen, urteilsfähigen, mehr oder minder gebildeten und belesenen Männern ausgehen, sondern zum Teil auch von Personen, denen die Arbeit in patriotischem Geiste Lebensberuf oder Lebensbedürfnis ist.“<sup>87</sup>*

Die „Klagebriefe“ beförderten zutage, was sich nun mehr und mehr auch in den Eingaben jener gutwilligen Adressaten niederschlug, die den Tenor der Briefe für die politische und militärische Führung des Reiches mahnend zusammenfaßten:

*„Die Stimmung an den Fronten und im Land selbst wird nicht nur nach meinen eigenen Beobachtungen, sondern auch nach den Eindrücken zahlreicher anderer ernster Leute, die die Psyche unserer Krieger und der Daheimgebliebenen verstehen, von Woche zu Woche trüber. Seit Monaten erhält man keinen Feldpostbrief mehr, worin nicht nach Frieden gejammert wird.“<sup>88</sup>*

Doch während die Beschwerden einzelner Soldaten über ganz bestimmte Mißstände, in deren Anzeige Namen und Truppenteil genannt wurden, durchaus folgenreich waren - für den Beschwerdeführer -, verpufften diese und andere Warnungen aus ja durchaus patriotischem Geist nahezu wirkungslos. Stattdessen wurden nach und nach immer massivere disziplinarische Mittel ergriffen; das zeigte sich in einer freilich unterschiedlich scharf angewandten Feldpostbriefzensur (vgl. II.2.), läßt sich aber auch in unzähligen Befehlen, Verfügungen und Anordnungen

---

<sup>86</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 188.

<sup>87</sup> Eingabe abgedr. in: W. Lambach, Ursachen des Zusammenbruchs, S. 24-28, S. 25. Lambach war Vorsitzender des Verbandes, seine Publikation beruhte insgesamt auf Briefen von Verbandsmitgliedern aus dem Feld. (Vgl. IV.1.2.). Auf die „Fülle der Warnungen“, deren Grundlage zumeist mündliche Berichte und vor allem Feldpostbriefe waren, weist ausführlich auch hin: WUA, Gutachten Hobohm, S. 277ff.

<sup>88</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2398/7-8, Brief C. M. Schiffer, MdR, Vors. des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands v. 18.8.1916 an M. Erzberger unter gleichzeitiger Übersendung an Staatssekretär Wahnschaffe, Bl. 49-51, Bl. 49/50.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

nachlesen, in denen gleichermaßen die teils groteske Verknennung der Mannschaftsstimmung durch die Führung wie die völlige Unzulänglichkeit der Gegenmaßnahmen zum Ausdruck kamen; wenn die Kampfmotivation nicht mehr vorhanden war, sollte sie ‚verordnet‘ werden. Auf den Begriff brachte dies ein Geheimbefehl an alle Kompanieführer des in Flandern stationierten Marine-Korps v. 6. Januar 1917, der auf die Wirkung des am 12. Dezember 1916 zurückgewiesenen Friedensangebots der Mittelmächte Bezug nahm. Mit „Missfallen“ war dem Kommandeur des Korps aufgefallen:

*„dass in den Unterkunftsräumen von Mannschaften, in den Frontstellungen usw. sich vielfache Bekritzelungen der Wände auf dem Gebiet der Friedenssehnsucht bewegen. Nachdem das Friedensangebot unseres Allerhöchsten Kriegsherrn und seiner Verbündeten vom Feinde schroff zurückgewiesen ist, kann und darf bei uns in der Front, vor dem Feind, vom Frieden keine Rede sein! ‚Der Krieg bis aufs Messer und als Ziel der unbedingte Sieg‘ sind die Losung! Unser voller Sieg allein kann zum deutschen Frieden führen. Diese einfache Logik soll jedem Mann klar sein. Alle Inschriften auf den Wänden, in Kasernen oder vorn im Schützengraben, sofern sie eine andere Sinnesart als erbitterten Krieg, Angriff und den festen Willen zum Sieg zeigen, sind unverzüglich zu beseitigen. Die Offiziere haben nachdrücklich den widerlichen und unsoldatischen Regungen, wo sie sich etwa zeigen sollten, entgegenzutreten und dahin zu wirken, dass Kriegsfreudigkeit, Angriffslust und unzerstörbarer fester Siegeswille nach wie vor erhalten bleibt.“<sup>89</sup>*

Dennoch konnte im Vorfeld und mit Beginn der letzten deutschen Offensiven im Westen ab März 1918 ein Aufschwung der Stimmung in der Heimat, zumindest in den größeren Städten,<sup>90</sup> und an der Front verzeichnet werden. Den deutschen Truppen schien zu gelingen, was seit der Erstarrung zum Stellungskrieg vergeblich versucht worden war: die gegnerischen Gräben zu überrennen und wieder zum Bewegungskrieg überzugehen. In den Feldpostbriefen finden sich

---

<sup>89</sup> BA/MA Freiburg, RM 121/345, Geheimbefehl an alle Befehlshaber (inkl. Komp. - Führer) pp., Marine-Korps/Gen. Kdo. v. 6.1.1917. Einen Eindruck davon, um welche „Bekritzelungen“ es sich handelte, gibt ein Feldpostbrief vom April 1916, dessen Autor in einem Abort folgendes vorfand: „Nieder mit den Herren Offiziere, die Hunde sind Schufte! - Nicht morden, wir wollen Frieden! - Der Heldentod bringt uns nichts. Das andere sind leere Flausen. - Und darunter: Du hast recht Kamerad! - [...] Die den Heldentod so sehr rühnen, laß man an die Front gehen, dort können sie ihn finden. - Weiter: Brot wird dünner, die Butter breiter, wann werden die Herren gescheiter? Erst muß alles kaputt sein. - Liebe Kameraden, unsere Weiber haben nichts zum Essen, schießt sie tot, die es fressen, das sind die Herren Offiziere der deutschen Armee. - Für den Geldbeutel müssen wir bloß kämpfen. Das andere, was man uns vormacht, ist Quatsch.“ W. Lambach, Ursachen des Zusammenbruchs..., S. 59 f, S. 60.

<sup>90</sup> Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-18, bearb. v. I. Materna u.a., Weimar 1987 (Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4), S. 271ff, Dok. 290-295. S. z.B. den Bericht v. 22.4.1918, also ca. einen Monat nach Beginn der ersten Angriffe am 21.3.: „Die Stimmung ist sehr gehoben. Dem siegreichen Vorrücken auf Frankreichs und Belgiens Boden folgt man mit größter, hoffnungsvollster Spannung.“ Ebd., S. 273, Dok. 292.



nun häufiger Bekundungen, wie sie der Unteroffizier Fiessmann am 5. Mai nach Hause schrieb: „Dieses tägliche ‚Vorwärts‘ wirkt aufmunternd und belebend auf das durch die überlange Dauer des Stellungskampfes eingetrocknete Gemüt des Soldaten, [...]“<sup>91</sup> Mancher wurde an den Beginn des Krieges erinnert und registrierte auch das Zusammenfallen von Frühlings- und Offensivbeginn (21.3.) als hoffnungsfrohes Zeichen des Gelingens.<sup>92</sup>

Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, in solcher vermeintlichen Kampfesfreudigkeit spiegle sich der erfolgreiche Versuch wider, die Unzufriedenheit und die sich zuspitzenden Widersetzlichkeiten der Soldaten infolge nicht abgestellter Mißstände<sup>93</sup> noch einmal in den Griff bekommen zu haben. Das Ziel der Führung, den Krieg im Westen mit einer letzten großen Offensive doch noch zu gewinnen, verband sich vielmehr nur kurzfristig mit den Interessen und Sehnsüchten der Mannschaften, dem über Jahre angestauten Druck zu entkommen, der sich zu einem „Gebirgsmassiv eines unerträglichen sozialen Gesamtzustandes“ aufgetürmt hatte.<sup>94</sup> Das gewiß anzutreffende, namentlich in kleinen, eingespielten Kampfgruppen lebendige und überlebensnotwendige Verständnis untereinander - „Das Wort ‚Kameradschaftlichkeit‘ hat nur noch direkt in der Front Bedeutung“<sup>95</sup> -, vor allem jedoch umfassende disziplinarische Zwangsmittel<sup>96</sup> erlaubten

---

<sup>91</sup> HStA/MA Stuttgart, M 750 (Feldpostbr.), Briefe von Beschäftigten der Lebensversicherungsbank „Alte Stuttgarter“, Brief Uffz. Fiessmann/Westen v. 5.5.1918.

<sup>92</sup> „Frühlingsanfang ist heute und nicht nur das, seit 4h früh donnern die Kanonen ununterbrochen. Ja Herzel, es ist wieder Krieg und ich glaube mit der Ruhe ist's vorbei. [...] Überall wird fieberhaft gearbeitet und das Straßenbild ist ein so belebtes, wie in den ersten Kriegsmonaten.“ Sammlung Grohmann/Privatbes., Brief v. 21.3.1918/Westen. „Herrliche Erfolge sind doch gemacht. Die Truppen sind auch hier alle beseelt von dem Geist von 1914.“ L. Bergsträßer, Front und Friede (Brief- und Tagebuchauszüge), Beilage I, in: WUA, 4. Reihe, II. Abt., Bd. 5, S. 257-355, S. 288/ Brief v. 25.3.1918/Westen.

<sup>93</sup> Am 2.5.1917 meldete das Stellv. Gen. Kdo. XIV. AK/Karlsruhe Disziplinlosigkeiten, Ausschreitungen und zahlreiche unerlaubte Entfernungen von der Truppe, die schon zwischen dem 26. und 28.2.1917 bei einem Ersatz Bat. vorkamen, dessen Mannschaften der versprochene Urlaub nicht bewilligt worden war. Vgl. GLA, 456 F8/106, Stellv. Gen. Kdo. XIV. AK/Abt. Ia, Nr. 1298/17 (Geheim, persönlich) v. 2.5.1917, Betr. Ausschreitungen bei Transp., Bl. 67-69, Bl. 67/68. Auch bei den Fronttruppen kam es offenbar spätestens im Verlaufe des Jahres 1916 vereinzelt zu Widersetzlichkeiten und sogar Meutereien. Sie blieben freilich lokal begrenzt und hatten keine Auswirkungen auf die Kampfmotivation. Vgl. W. Lambach, Ursachen des Zusammenbruchs..., S. 85. Das Wirken der Militärjustiz im Ersten Weltkrieg ist bisher noch nicht untersucht worden.

<sup>94</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 188.

<sup>95</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief Osef (unleserlich) v. 16.7.1916/Westen, Bl. 274. Nur an der Front „drücken sich häufiger die Herren Offiziere und Feldgrauen die Hand. Doch hinter der Front gibt's im allgemeinen keine Kameradschaftlichkeit; ich meine keine zwischen diesen beiden Gruppen.“ Ebd. Vgl. auch: D. Richert, Beste Gelegenheit zum Sterben. Meine Erlebnisse im Kriege 1914-18, hg. v. A. Tramitz/B. Ulrich, München 1989, S. 336.

<sup>96</sup> Zu ihnen gehörten früh auch sog. „Polizeilinen“ unmittelbar hinter den vordersten Stellungen. Vgl. HStA/MA Stuttgart, M 33/2, Bd. 31, Befehl v. 24.11.1916/XIII. AK (Abschrift) zur Aufsicht hinter der Front. John F. Keegan berichtet für die englische Armee, daß „jedes Bataillon einige Leute zum Dienst als ‚Schlachtpolizei‘“ abstellte; sie hatten nach dem Befehl zum Angriff die Gräben nach Zurückgebliebenen abzusuchen und sie den Angreifern hinterher zu zwingen. J. F. Keegan, Die Schlacht. Azincourt 1415, Waterloo 1815, Somme 1916, München 1981 (1975), S. 330.

der Masse der Soldaten nur die ‚Flucht nach vorn‘ als einzig möglichen Ausweg aus diesem Dilemma.<sup>97</sup> In diesen Kontext muß auch die eingangs zitierte Briefpassage des Unteroffiziers Fiessmann in ihrem Zusammenhang gestellt werden; Fiessmann ergänzte, daß das „tägliche Vorwärts“ einzig deshalb von so belebender Wirkung war, weil

*„es doch von neuem die Hoffnung weckt, daß dieser neubegonnene Bewegungskrieg die endliche Entscheidung, die heißersehnte Rückkehr in die Heimat, zur lieben Familie, zur gewohnten friedlichen Arbeit bringen könnte. Und dieser schöne Preis, der aus der Ferne so verheißend winkt, stärkt Körper und Geist und läßt das unstete, ungeordnete Leben, das sich hier mit seinen immer gleichen Bildern an Elend, Kummer und Sorgen abspielt, leichter ertragen.“*<sup>98</sup>

Die starke Friedenssehnsucht, die hier zum Ausdruck kam, zeigte sich pointiert schon im Vorfeld der Märzoffensive. Erstaunlich vielen Mannschaften war die Offensive schon im Januar/Februar 1918 bekannt. Postsperren, Truppenkonzentrationen und -verschiebungen, Aufmunitionierung besonders der Artillerie, Austausch alter oder schadhafter Waffen, Übungen, verstärkte Patrouillentätigkeit, bessere Verpflegung, das Eintreffen von Ersatztransporten ohne gleichzeitige Ablösung länger an der Front stehender Truppen - all das waren für Soldaten untrügliche Zeichen für eine bevorstehende Operation. Manche Soldaten verdankten ihre Informationen auch ihrer Stellung als Telefonist oder Telegrafist.<sup>99</sup>

Vor diesem Hintergrund strahlten die großen Massenstreiks in Deutschland zwischen dem 28. Januar und 4. Februar 1918, zumal die in den Rüstungsbetrieben, in ihrer Wirkung auch auf die Westfront aus. Dies wurde von den Feldpostüberwachungsstellen genauestens beobachtet. In den versammelten Auszügen angehaltener und überprüfter Feldpostbriefe bei der Überwachungsstelle der

---

<sup>97</sup> In der Heimat und Etappe waren die Methoden andere. Vor allem Mannschaften von Ersatztruppenteilen nutzten gegen sie eingeleitete gerichtliche Verfahren - und einem solchen konnte schon ausgesetzt sein, wer einen Vorgesetzten nicht oder nicht vorschriftsmäßig grüßte -, um den Abmarsch an die Front zu verzögern. Vgl. HStA/MA Stuttgart, M 33/2, Bd. 31, Verfügung Preußen. KM v. 29.12.1916, betr. Verzögerung gerichtl. Untersuchungen.

<sup>98</sup> HStA/MA Stuttgart, M 750 (Feldpostbr.), Briefe von Beschäftigten der Lebensversicherungsbank „Alte Stuttgarter“, Brief Uffz. Fiessmann/Westen v. 5.5.1918. Vgl. Briefe von der Front, in: Allmende, 1987, Nr. 18/19, S. 1-17, S. 16.

<sup>99</sup> „In unserer jetzigen Stellung ist die Kampftätigkeit eine sehr geringe, d. h. zurzeit, denn im Westen ist für das Jahr 1918 von unserer Heeresleitung allerhand geplant. Soviel ich erfahren konnte, denn als Fernsprecher hört man am Telephon allerhand, versuchen wir im Westen durchzubrechen und damit unsere Gegner zu einem baldigen Frieden zu zwingen“. L. Bergsträßer, Front und Friede, S. 279, Brief Gefr. H. Gettmann v. 2.1.1918/Westen. Natürlich machten auch die am 3.12.1917 aufgenommenen Waffenstillstandsverhandlungen bis zum Frieden von Brest-Litowsk am 3.3.1918 deutlich, daß eine Entscheidung nunmehr im Westen fallen konnte.

Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden,  
Stimmungsberichte und Zensur



*„Entstehen der Feldpost“. Private Fotografie*

5. Armee kann dies nachgelesen werden. Auffällig ist zunächst, daß die heimatlichen Streikaktionen oft auf Unverständnis und krasse Ablehnung stießen.<sup>100</sup> Neben der Befürchtung, durch etwaige Zugeständnisse an die Streikenden an der Front schlechter gepflegt zu werden - „In Berlin hat man die Arbeit niedergelegt. Wollen (mehr) Frieden und Brot. Das zieht man uns wieder ab.“<sup>101</sup> -, wurde in vielfachen Variationen die zwischen Heimat und Front unterschiedliche Interessen- und Hoffnungslage thematisiert. Das reichte von der allgemein skeptischen Einschätzung, durch die Streiks könne der Krieg verkürzt werden - „denn der Militarismus ist zu groß in Preußen“<sup>102</sup> - über die nachvollziehbar neidvolle Ansicht, die in der Heimat hätten es sowieso besser getroffen - „Sie sollten nur diese Herrchen mit uns tauschen lassen“<sup>103</sup> - bis zu dezidierten Vorhaltungen, die Streiks verlängerten den Krieg, motivierten nur den Gegner und gefährdeten womöglich den bevorstehenden Angriff, von dessen Erfolg man sich im Kontext der Front allein den Frieden versprach.<sup>104</sup>

Auch wenn es bemerkenswerte Ausnahmen von der Regel der Streikablehnungen gab,<sup>105</sup> so wurde doch offenbar, daß sich der noch verbleibende Rest an Kampfmotivation aus der Friedenssehnsucht der Soldaten speiste. Ebenso klar war allerdings auch, daß die wackelige Allianz zwischen Führung und Mannschaften endgültig in die offene Auflehnung umzukippen drohte, wenn sich der

---

<sup>100</sup> Ähnliche Reaktionen sind vereinzelt auch schon auf die Matrosenrevolte vom August 1917 zu verzeichnen: „Nette Geschichten sind es ja, wovon uns die Zeitungen augenblicklich berichten. Die Erhebung in der Marine ist ja glücklicherweise unterdrückt“. L. Bergsträßer, Front und Friede, S. 274, Brief Schütze L. Schröder v. 13.10.1917/Westen.

<sup>101</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung 1918, B. 1-116, Bl. 47-68 (Briefauszüge zum Überwachungsbericht v. 24.2.1918), Bl. 47.

<sup>102</sup> Ebd., Bl. 49, 54, 61.

<sup>103</sup> Ebd., Bl. 52. „Hunderttausende Soldaten, die 3 1/2 Jahre hier mitgemacht haben, gehen heute lieber als morgen nach der Heimat, um zu arbeiten.“ Bl. 54; „Die Radaubröder müßten an die Front gesteckt werden, damit sie auch mal von unserem Schnupftabak zu riechen bekämen. Es ist überhaupt ein Unrecht, daß viele Reklamierte Jahr für Jahr zu Hause sitzen und den schweren Draht verdienen, während andere umgekehrt, also Jahr für Jahr im Graben liegen.“ Bl. 51.

<sup>104</sup> „Glauben diese wahnsinnigen Leute durch den Streik den Krieg schneller zu beenden?“ Bl. 50; „Mit der Streikerei wird der Krieg verlängert.“ Bl. 53; „[...]“, denn dadurch bekommen die feindlichen Regierungen doch nur Mut weiterzukämpfen.“ Bl. 52; „Jetzt sagen sie sich haltet aus, die kommen von selbst, das Volk will nicht mehr, da kriegen wir die Soldaten von selbst.“ Bl. 53; „Du siehst, das Ausland denkt, wir sind kaput.“ Bl. 54. „Wenn die Heimidioten [sic!] uns doch nicht mit dem Streik in den Rücken gefallen wären. Solche Armlöcher!“ Ebd., Bl. 64. Vgl. auch: L. Bergsträßer, Front und Friede, S. 282, Brief Schütze Schröder v. 1.2.1918/Westen: „Das Ereignis des Tages ist der große Streik in Deutschland. Ich glaube, daß man deswegen die große Offensive hier nicht mehr machen wird. Denn wenn sie zwei Monate lang Munition haben und dann mit einmal hört die Zufuhr auf, sind die ganzen eventuell erreichten Erfolge im Arsch.“

<sup>105</sup> „Das wäre am besten, wenn alles die Arbeit niederlegen würde, denn eher bekommen wir doch keinen Frieden.“ MA Potsdam, Bl. 59; „Man freut sich hier draußen unbändig in der Mehrzahl, daß es vielleicht dadurch doch schneller zum Schluß kommt oder in russischer Art ausgeht. Nach russischer Art würde es wohl nicht allzu angenehm in der Übergangsperiode, aber nachdem wären wir wenigstens die verfluchten Blutsauger und Schmarotzer los.“ Bl. 61; „[...]“, kein Mensch müßte mehr arbeiten sonst giebt es kein Ende.“ Bl. 52.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

rasche Erfolg der Aktion nicht einstellen wollte. Für die OHL konnte diese Entwicklung zumindest absehbar sein, weil ähnliche Abläufe zwischen hochgespannter Siegeszuversicht und dem folgenden Absturz in eine umso mehr gedrückte Stimmung bei den alliierten Armeen ebenfalls vorgekommen und auf deutscher Seite genau registriert worden waren.<sup>106</sup> In den Feldpostbriefen jedenfalls wurde diese Logik der Ereignisse mitunter ausdrücklich erkannt und in ihren Konsequenzen äußerst hellsichtig analysiert. Am 1. Mai 1918 heißt es in einem Feldpostbrief des sozialdemokratischen Soldaten Heinrich Aufderstrasse an den MdR (SPD) und Vorsitzenden des Verbandes der Bergarbeiter, Hermann Sachse:

*„Mit dem Frieden stelle ich mir, wenn nichts dazwischen kommt, die Sache so vor: Ludendorf u. Co. haben der Entwicklung der Dinge einen großen aber für ihre eigenen Pläne sehr zweifelhaften Dienst erwiesen als sie in den letzten Monaten Heer und Volk in eine allzu unbedingte Siegeszuversicht versetzten. Heute bauen 80% auf den ‚sicheren vollen Waffenerfolg im Westen‘. Der heutige Siegesrausch läßt sich bald mit dem der ersten Kriegsmonate vergleichen. So ist es hier und so wird es, das sehe ich aus der Presse [...] auch in der Heimat sein. [...] Ludendorf u. Co. können nicht anders. Erzwingen sie den Sieg nicht, was dann??? Unterstellen wir mal Folgendes: die nächsten Offensiven bringen meinerwegen noch Erfolge aber keine Entscheidung. Nach einigen Monaten ist der Atem alle und es steht, steht! Dann kommt so sicher wie das Amen gerade eben infolge des jetzigen künstlich bis zur höchsten Höhe gestiegenden Siegesrausches bei Michel der ebenso große Katzenjammer und die Einsicht, daß man den vollen Sieg nicht erzwingen kann. [...] Ich sehe ein und habe mich damit abgefunden den Rest des Krieges hier abwarten zu müssen, bin dabei aber nicht mutlos, denn nach meiner Kalkulation ist die Schlächtereie in absehbarer Zeit, spätestens im Herbst, zu Ende.“<sup>107</sup>*

Aufderstrasses Einschätzung sollte sich als realistisch erweisen. Die nach anfänglichen, durchaus überraschenden Anfangserfolgen rasch sich festfahrenden Offensiven beförderten darüber hinaus bei Mannschaften, Unteroffizieren und

---

<sup>106</sup> Deutlich wurde dies u.a. während und nach der Somme-Schlacht zwischen dem 24.6. und Ende November 1916, die den englischen Soldaten als Spaziergang über die deutschen Linien angepriesen worden war. Gefangenenbefragungen ergaben hier das Bild einer „durchgängig [...] sehr niedergeschlagenen“ Truppe. HStA/MA Stuttgart, M 1/11, Nr. 800, Ber. der 26. Res. Div. I Nr. 2790 v. 13.7.1916 über die Befragung der im Lazarett Caudry befindlichen gefangenen Engländer. Vgl. auch HStA/MA Stuttgart, M 635/2, Bd. 111, Abt. Fremde Heere Nr. 4824 a. v. 30.6.1917, Stimmung im franz. Heere und Volk/Geheim, am 20.7.1917 von Ludendorff an sämtliche Oberkommandos, Heeresgruppen, Militär-Attachés, das Auswärtige Amt und ans Preuß. KM übersandt. Vgl. zu den Meutereien französischer Truppen im Frühjahr 1917: G. Pedroncini, *Les Mutineries de 1917*, Paris 1967; M. Baumont, 1917: La „Revolte des poilus“ et ces conséquences, in: *L'Information Historique*, 32 (1970), S. 169-177.

<sup>107</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief H. Aufderstrasse v.1.5.1918/Westen, Bl. 88/Rs-91.

teilweise auch ihren subalternen Offizieren eine in ihren Wirkungen revolutionäre Stimmung. Zu ihren Bestandteilen gehörte die Verbitterung über die selbst jetzt nicht gemilderten Mißstände,<sup>108</sup> enttäuschte, mit der erhofften siegreichen Offensive verbundene Reformerwartungen, die sich nun radikalisierten<sup>109</sup> sowie eine danach noch verstärkte Friedenssehnsucht. Indes, nicht mehr der Sieg schien nunmehr Garant ihrer Erfüllung, sondern die Niederlage.<sup>110</sup> Sie wurde nun auch aktiv betrieben: „Ich glaube“, so ein Feldpostbriefschreiber, „bevor nicht die Frontsoldaten streiken, giebt es keinen Frieden.“<sup>111</sup>

Um das Bild zu komplettieren, sollte allerdings nicht vergessen werden, daß eine Minderheit deutscher Soldaten - hochmotiviert und verteilt auf alle Einheiten oder zusammengefaßt in „Sturmбатайльоны“<sup>112</sup> - durchaus weiterkämpfte. Dieses „Spinnwebennetz von Kämpfern“<sup>113</sup> vermochte angesichts der fortgeschrittenen Waffentechnik im Stellungskrieg militärisch äußerst effizient zu agieren. Schon ein Maschinengewehr-„Nest“ samt kampftentschlossener Bedienung, konnte das Vorrücken größerer alliierter Einheiten unter immensen Verlusten verhindern oder doch verzögern. Aufgrund dieser militärischen Gegebenheiten zeigte sich - anders als bei der Hochseeflotte und nicht zuletzt auch für die alliierten Soldaten - die „Streikbewegung im deutschen Feldheer“ eher ‚versteckt‘ und von außen nicht unmittelbar erkennbar.

---

<sup>108</sup> „Ich war nun schon 13 Monate nicht in Urlaub und vor mir sind noch welche von 17 bis 19 Monate. Giebt es aber was zu stürmen, dann sind wir natürlich die ersten an der Reihe. Aushalten, Durchhalten und Maulhalten.“ MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung 1918, B. 1-116, Bl. 81-91 (Auszüge zum Überwachungsber. v. 31.8.1918), Bl. 90.

<sup>109</sup> Vgl. vor allem: W. Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses, Essen 1993, S. 184 ff. Namentlich von politisch organisierten und engagierten Soldaten, vor allem SPD- oder Gewerkschaftsmitgliedern, finden sich immer wieder Briefäußerungen, in denen sowohl die Hoffnung auf den Krieg als Veränderer gesellschaftlich verhärteter Strukturen deutlich wird als auch die Gewißheit, nach dem Krieg dem politischen Fortschritt näher zu kommen. Um dieser beider Überzeugungen willen wurde der Krieg begonnen und ertragen. Vgl. BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief N. Osterroth v. 28.5.1915/Osten, Bl. 188/Rs, 189; Brief W. Platta v. 19.5.1915/Osten, Bl. 197.

<sup>110</sup> Die Feldpostbriefe sprechen eine eindeutige Sprache: „Dreiviertel der Mannschaft hier will Schluß. Wie ist ihnen ganz egal“. BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Brief H. Aufderstrasse v. 27.8.1918/Weiten, Bl. 101.

<sup>111</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung 1918, B. 1-116, Bl. 47-68 (Briefauszüge zum Überwachungsbericht v. 24.2.1918), Bl. 55.

<sup>112</sup> Seit Ende 1915 im Einsatz, wurden Sturmtruppen bis zur Größe von Bataillonen für überraschende oder vorbereitete und meist zuvor geübte Vorstöße gegen feindliche Gräben genutzt, mit denen im Zusammenwirken mit anderen Waffen und Einheiten an ausgesuchten Stellen ‚Einbrüche‘ erzielt werden sollten, in die dann ‚normale‘ Infanterie ‚einsickern‘ und sie erweitern und halten mußte. Teile dieser Taktik flossen in die zwischen April und Dezember 1916 entwickelten „Vorschriften über den Stellungskrieg aller Waffen“ ein. Verteidigung, aber auch Angriff sollten „in erster Linie durch den Einsatz von Maschinen (Artillerie, Minenwerfer, Maschinengewehre usw.) geführt werden.“ Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Deutsche Militärgeschichte in 6 Bänden 1648-1939, Bd. 6/IX Abschnitt, Grundzüge der militärischen Kriegsführung ..., Herrsching 1983 (Lizenzausg.), S. 511 ff., S. 512/513.

<sup>113</sup> W. Deist, Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, S. 151.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Dennoch war der Umschwung weder in seinen bald massiven, in langen Kriegsjahren schon praktizierten Mitteln - Befehlsverweigerung, Überlaufen, „Drückebergerei auf dem Weg zur Front“, freiwillige Gefangennahme etc.<sup>114</sup> -, noch durch die verspätete Erfüllung überlang eingeklagter sozialer Verbesserungen in der Armee zu beeinflussen oder gar aufzuhalten. Auch die Stimmung in der Heimat wurde in dieser letzten Phase unübersehbar fatal für die militärische Führung. Die Berichte der Stellv. Gen. Kdos. in den Monaten August bis November 1918 meldeten, nach ähnlich gespannten Erwartungen an die Märzoffensiven in der Zivilbevölkerung, nunmehr „nervöse Unruhe“, die schließlich „einer Abgespanntheit und der resignierten Einsicht Platz macht, daß aus dem für Herbst erhofften Frieden nichts wird.“ Die Ursachen dafür lagen vor allem in den „niederdrückenden“ Briefen von der Front und den Berichten der Urlauber, „bei denen die Sehnsucht nach dem Ende des Krieges allbeherrschend im Vordergrund steht.“ Hinzu kamen die immensen Verluste; mitunter fielen „aus kleinen Dörfern kurz nacheinander manchmal drei bis sieben Leute.“<sup>115</sup>

Wie konnte vor diesem Hintergrund auf einen Soldaten der letzten Phase des Krieges ein am 18. Oktober in der Berliner „BZ am Mittag“ veröffentlichter Brief eines Majors anders denn zynisch wirken:

*„Daß da der Schwung von 1914 etwas abgeflaut ist, machen die Kriegsjahre. Aber da sind Momente, die doch erhebend wirken. So in meinem Regiment haben sich die Herren freiwillig das Wort gegeben, in diesen schweren Tagen nur mehr Mannschaftskost zu essen mit der Mannschaft, und keinen Unterstand mehr zu betreten, sondern in den Linien zu biwakieren und immer Fühlung mit den Leuten zu halten. [...] Es war nötig, daß dies geschah, denn der Stellungskrieg und die Betonklötze [gemeint sind verbunkerte Unterstände / B.U.] haben uns doch etwas verweichlicht und vor allem Dämpfungen des Vertrauensverhältnisses zwischen Mannschaften und Offizieren bewirkt. Aber das hat jetzt ein Ende.“*<sup>116</sup>

Ebenso bezeichnend wie freilich auch erheiternd verlief die Reaktion einer soldatischen Zuhörerschaft, als im September 1918 ein durch Austausch wieder nach

---

<sup>114</sup> Vgl. W. Deist, Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreichs. Zur Realität der „Dolchstoßlegende“ (1986), in: ders., Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, München 1991, S. 211-234. „Der Militärstreik hatte gesiegt. Er hatte in der Tat so radikal gesiegt, daß das in die Republik hinübergerettete Militär bis 1923 nicht daran denken konnte, neue Truppen systematisch auszubilden und die Rüstungsproduktion wiederaufzunehmen.“ M. Geyer, Deutsche Rüstungspolitik ..., S. 98ff, S. 117. Vgl. zu den Gefahren des Überlaufens: J. F. Keegan, Die Schlacht, S. 330 f., S. 331.

<sup>115</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei Nr. 2398/12, Abschriften der Monatsberichte der Stellv. Gen. Kdos. v. 15.8.1918 an KM, Kriegsamt/Geheim!, Bl. 32-59. Bericht des XIV. Stellv. Gen. Kdos. (Karlsruhe), Bl. 45/46.

<sup>116</sup> BA Potsdam, Reichslandbund Pressearchiv 61 Re1, Nr. 7615 (Feldpostbriefe, Tagebuchaufzeichnungen etc. von Kriegsschauplätzen Sept. 18 - Okt. 18), Bl. 32, BZ am Mittag Nr. 144 v. 18.10.1918, Briefe eines Diplomaten an seinen Sohn.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Deutschland gelangter Soldat (Zivilberuf: Lehrer) im Rahmen des „Vaterländischen Unterrichts“ über seine „Erlebnisse und Leiden in französischer Gefangenschaft“ berichtete. Statt eine „vorteilhafte Einwirkung auf die Zuhörer“ zu erzielen, animierten die Erzählungen die Soldaten, vom Vortragenden in Erfahrung zu bringen,

*„wie man es am geschicktesten anstellen könne, um unauffällig und gefahrlos in Gefangenschaft zu geraten und wie man sich in Gefangenschaft selbst benehmen müsse, um gut behandelt zu werden.“<sup>117</sup>*

### II.2. Militärische Zensur von Feldpostbriefen

*„Liebste Fanny! Leb wohl u. bleib gesund jetzt geht es nach Serbien. Wenn es mir gut geht mach ich immer drei ... wenn schlecht -.“<sup>118</sup>*

Ebenso wie im Zweiten Weltkrieg konnte die Überwachung und Zensur von Feldpostbriefen durch Vorgesetzte und Postüberwachungsstellen nur stichprobenartig erfolgen.<sup>119</sup> Angesichts der Milliarden von Briefen mußte eine ausgedehnte und lückenlose Kontrolle notwendigerweise scheitern. Dennoch ist die Gefahr des zensurierenden Eingriffes in die private Korrespondenz - mit möglichen militärstrafrechtlichen Konsequenzen - vielen Soldaten immer bewußt gewesen. Die bloß vermutete oder reale Zensur fungierte als Filter, der soldatischer Augenzeugenschaft vorgeschaltet war und ihrer Wirksamkeit im militärischen Kontext enge Grenzen zog. Deutlich wird das unter anderem in Briefen, die von Soldaten während ihres Heimaturlaubs geschrieben worden sind. „Du mußt eben bedenken“, erklärte ein auf Urlaub weilender Soldat seiner Mutter die ungewohnte Offenheit seines brieflichen Berichtes,

*„daß unsere Briefe sonst immer durchgelesen werden, u. da mag man nicht alles schreiben, auch wenn es völlig einwandfrei ist, wenn man weiß, daß noch Jemand die Briefe durchsieht.“<sup>120</sup>*

---

<sup>117</sup> GLA, 465 F8/106, Ergänzender Ber., Stimmung der Truppe betr. v. 11.9.1918 zu einem Bat. -Befehl zum Vaterländischen Unterricht, Bl. 444.

<sup>118</sup> KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 1678/ Postbeschlagnahme, hier enth.: Briefe, die aus Militärtransportzügen geworfen wurden. Text einer Karte, die am 17.9.1915 in Höhe der Bahnstat. Eggmühl aus dem Zug geworfen wurde, in der Hoffnung, der Finder würde sie der zivilen Reichspost zur Weiterbeförderung übergeben. Die Beamten der Bahnstation machten darüber u. einen ebenfalls aus dem Zug geworfenen Brief Meldung an das Stellv. Gen. Kdo. München „unter Beilage beider“. Die Karte wurde von dem Soldaten Ernst Block verfaßt und war an das „Herdmäddchen Frll. Fanny Schmalzl Gasthof Schützenhof“ adressiert.

<sup>119</sup> Vgl. O. Buchbender/R. Sterz (Hg.), Das andere Gesicht des Krieges, S. 14ff.

<sup>120</sup> HStA/MA Stuttgart, M 750 (Feldpostbriefe) Brief v. 25.2.1915.



## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Ein weiterer Hinweis darauf, wie intensiv und bedrohlich die bloße Wahrscheinlichkeit der Feldpostbriefzensur im Bewußtsein der Soldaten verankert war, findet sich im ersten schriftlich niedergelegten Sofortprogramm der revoltierenden Matrosen am Ende des Krieges, den sogenannten „Kieler 14 Punkten“ vom 4./5. November 1918. Bereits unter Punkt drei wurde die sofortige Aufhebung der Briefzensur gefordert.<sup>121</sup>

Die Zensur von Feldpostbriefen im Ersten Weltkrieg wurde nicht zuletzt auch literarisch manifest. In Arnold Zweigs Roman „Erziehung vor Verdun“ spielt die militärische Zensur eines Feldpostbriefes eine entscheidende Rolle. Der Unteroffizier Christoph Kroysing hatte sich in diesem Brief über die ungerechte, schändliche Behandlung der einfachen Soldaten ausgelassen. Der Brief Kroysings wird von der Zensur an das Bataillon zurückgeschickt mit der Auflage, den Verfasser vors Kriegsgericht zu stellen. Seine korrupten Vorgesetzten ziehen es freilich vor, Kroysing an eine besonders gefährliche Stelle der Verdunfront zu versetzen, wo er schließlich getötet wird.<sup>122</sup>

Auch Karl Kraus muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. In seinem monumentalen Bühnenstück „Die letzten Tage der Menschheit“ hat er nicht nur - „die grellsten Erfindungen sind Zitate“ - auf die Tagespresse, Verlautbarungen oder Werbetexte zurückgegriffen; Kraus übernahm auch Feldpostbriefe ungekürzt, die ihm ein österreichischer Offizier aus den Zensurabteilungen zugänglich gemacht hatte. Über den unterschiedlichen Wert zensierter und unzensierter Briefe läßt Kraus den „Optimisten“ und den „Nörgler“ reflektieren:

*„Um in das Gefühlsleben des Kriegsteilnehmers Einblick zu gewinnen, braucht man bloß - Der Nörgler: - einen Feldpostbrief zu lesen. Zumal einen von jenen, deren Schreiber irgendwie die Möglichkeit hatten, sie zensurfrei an ihre Adresse gelangen zu lassen.“<sup>123</sup>*

### 2.1. Die Anfangsphase

Die tiefen Spuren, die die Zensur hinterließ, lassen vermuten, daß ihre Verfahrensweise eindeutig festgelegt war. Davon konnte freilich keine Rede sein. In den Regelungen hat keineswegs ‚preußische Effizienz‘ vorgeherrscht. Die Situation war vielmehr, ebenso wie in der übergeordneten Organisation

---

<sup>121</sup> Vgl. U. Kluge, Militärrevolte u. Staatsumsturz ..., in: R. Rürup (Hg.), Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 39-82, S. 42.

<sup>122</sup> A. Zweig, Erziehung vor Verdun, Berlin/Weimar 1987 (1935), vgl. S. 37/38.

<sup>123</sup> K. Kraus, Die letzten Tage der Menschheit. Tragödie in fünf Akten mit Vorspiel und Epilog, Frankfurt/M. 1986, V. Akt/33. Szene, S. 623 f. ; vgl. auch den Brief der Anna, den Kraus nur leicht verändert hat, nachdem er ihn zugeschickt bekommen hatte, S. 627. Vgl. Katalog zur Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Kraus, Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Wien 1974.

sozioökonomischer Bedingungen für eine effektive Kriegführung,<sup>124</sup> gekennzeichnet durch Kompetenzwirrwarr und Willkür. Diese Einschätzung verliert auch im Zuge der knapp zwei Jahre nach Kriegsbeginn forcierten Zentralisierungsbemühungen nichts von ihrer Gültigkeit. (Vgl. II.2.2.) Noch im März 1916 fragte das Bayerische Kriegsministerium - bedrängt durch andauernde Diskussionen im Landtag und einlaufende Beschwerden der Betroffenen - bei sämtlichen Generalkommandos und selbständigen Divisionen an, „ob und auf Grund welcher Bestimmungen Briefkontrollen durchgeführt“ werden, um endlich ein klares Bild über das Verfahren der Truppen bei der Kontrolle von Mannschaftsbriefen zu erlangen.<sup>125</sup> Das Informationsdefizit des Bayerischen Kriegsministeriums und die daraus resultierenden Unsicherheiten hatten im wesentlichen zwei Ursachen:

- 1.) Mit der Erklärung des Kriegs- bzw. des verschärften Kriegszustandes im Reichsgebiet und im Reichsland Elsaß-Lothringen wurden acht elementare Grundrechte aufgehoben - so das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Vereins- und Versammlungsfreiheit.<sup>126</sup> Das Briefgeheimnis gehörte nicht dazu. Angesichts der praktisch sofort einsetzenden Zensur von Feldpostbriefen (und der von zivilen Briefen ins Ausland) wurde vielfach rein juristisch argumentiert, daß im Hinblick auf § 4 des Preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand (1851) - das nach Artikel 68 der Reichsverfassung die Grundlage für die Verhängung des Kriegszustandes bildete - die Reichs- und Feldpostbehörden gehalten waren, den „Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leisten“,<sup>127</sup> ihnen also auch Briefe und andere Sendungen zur Prüfung und

---

<sup>124</sup> Vgl. J. Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Frankfurt/M. 1988 (1973), S. 168ff.

<sup>125</sup> KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707, Bd. 4: Anfrage Bay. Kriegsministerium Nr. 27502 v. 16.3.1916, Betreff: Briefkontrolle im Felde (Abschrift). Die Anfrage ging u.a. auf eine Beschwerde betr. Briefgeheimnis des MdL (Bayerischer Landtag) Süßheim (SPD) vom 29.1.1916 zurück. Da keine Antwort erfolgte, wandte sich wenig später der MdL Auer (SPD) in gleicher Sache namens der sozialdemokratischen Fraktion an das Kriegsministerium. Am 9.5.1916 erfolgte schließlich eine Interpellation betr. Briefgeheimnis durch den Abgeordneten Süßheim. *Verhandlungen Bayerischer Landtag*, Bd. 13 / Sitzung v. 9.5.1916, S. 852-857.

<sup>126</sup> E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. V.: *Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919*, Stuttgart u.a. 1969, S. 42ff.

<sup>127</sup> Vgl. § 4 des Preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand v. 4.6.1851; der Gesetzestext abgedruckt in: E. R. Huber (Hg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 1, Stuttgart u.a. 1964, S. 527ff. (Art. 68 galt allerdings nicht für Bayern, das seit der Gründung des Deutschen Reiches nicht nur in diesem Fall eine bundesstaatliche Sonderrolle spielte. Doch auch im bayerischen „Kriegszustandsgesetz“ war eine Aufhebung des Briefgeheimnisses nicht vorgesehen.) - Begründet wurde so die Briefzensur z.B. im: *Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts*, hg. von M. Fleischmann, Bd. III, Tübingen 1914, S. 159/160 und auch bei K. Schracke, *Geschichte der deutschen Feldpost ...*, S. 153. Vgl. auch: F. Scholz, *Das Post- und Telegraphenrecht im Kriege*, in: *Recht und Wirtschaft. Monatsschrift der Vereinigung zur Förderung zeitgemässer Rechtspflege und Verwaltung „Recht und Wirtschaft“*, 4 (1915), S. 16-20. Vgl. auch: H. Boldt, *Rechtsstaatlichkeit und Ausnahmezustand. Eine Studie über den Belagerungszustand des bürgerlichen Rechtsstaates im 19. Jahrhundert*, Berlin 1967, S. 195-209 sowie: W. Deist (Bearb.), *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918*, S. XXXI ff.

Zensur überlassen mußten. Generell aber galt: „Eine gesetzliche Grundlage für die Briefzensur gab es im Ersten Weltkrieg nicht.“<sup>128</sup> Es waren Notwendigkeiten staatlicher Selbstverteidigung, die es ermöglichten, die „Briefzensur als eine Maßnahme des übergesetzlichen Staatsnotstandes staatsrechtlich zu begründen.“<sup>129</sup> In der Anfrage des Bayerischen Kriegsministeriums war in diesem Zusammenhang von „zwingenden vaterländischen Interessen“ die Rede - wie der Spionageabwehr, aber auch schon von schädlichen Einflüssen auf die Stimmung in der Heimat durch Berichte in Feldpostbriefen -, die eine Zensur notwendig erscheinen ließen. Der zeitgenössische Terminus „vaterländische Interessen“ verschleierte, daß in diesem Bereich Rechtsunsicherheit herrschte.

- 2.) Tatsächlich gab es bis in den April des Jahres 1916 hinein keine Erlasse oder Weisungen von höherer Stelle, in denen die Zensur von Feldpostbriefen in Richtung Heimat einheitlich für die gesamte Armee und Marine geregelt wurde. Es blieb den AKs bzw. den Armeeabteilungen überlassen, welche Personen die Zensur ausübten und in welchem Ausmaß sie stattfand. Klar war eigentlich nur, daß die Überprüfung auf der untersten Kommandoebene des Regiments bzw. der Kompanie vom nächsten Disziplinarvorgesetzten vorgenommen wurde, der dazu allerdings - jedenfalls dem Papier nach - dienstlich beauftragt sein mußte und die „Kontrolle selbst in zweckmäßiger Weise“ durchzuführen hatte.<sup>130</sup> Nur allzu oft stand beispielsweise zwischen Vater und Sohn „als gestrenger Postzensor aus eigener Machtvollkommenheit der Herr Feldwebel“.<sup>131</sup>

Geprüft und zensiert wurde in der unterschiedlichsten Art und Weise, je nach personellen und lokalen Verhältnissen. Mancher Kompanieführer hatte gar nicht die Zeit, alle Briefe und Karten zu lesen, oder er neigte dazu, nur die mögliche Weitergabe militärischer Geheimnisse zu beanstanden. Andere mischten sich einschneidend in die Privatangelegenheiten der Briefeschreiber ein. Die Feldpostanstalten waren an der Überwachung nur insofern beteiligt, als sie die angesammelte Post den Vorgesetzten zur Prüfung überlassen mußten; wenn nicht die Nutzung der Feldpostbriefkästen sowieso zeitweilig ganz verboten war und die

---

<sup>128</sup> E. R. Huber (Hg.), Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 61.

<sup>129</sup> Ebd. S. 62.

<sup>130</sup> KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707, Bd. 4: Anfrage Bay. Kriegsministerium Nr. 27502 v. 16.3.1916, Betreff: Briefkontrolle im Felde (Abschrift). Die Nichteinhaltung dieser Bedingung war der äußere Anlaß für die Anfrage des Bayerischen Kriegsministeriums vom März 1916: „Nun hat sich gelegentlich der Untersuchung eines einzelnen Beschwerdefalles ergeben, daß dort der betreffende Vorgesetzte weder dienstlich beauftragt war, eine Kontrolle der Mannschaftsbriefe vorzunehmen, noch die Kontrolle selbst in zweckmäßiger Weise durchgeführt hat.“ Ebd.

<sup>131</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 307, Berlin 1916, S. 905, Abgeordneter Davidsohn (SPD) am 7.4.1916.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur



„Feldpostamt des XXII Reserve Korps“. Pressefotografie

Briefe offen innerhalb der Kompanie abgeliefert werden mußten. Die Folgen solcher Anordnungen schilderte anschaulich der spätere Gutachter im 4. Untersuchungsausschuß des Deutschen Reichstages, Martin Hobohm, der während des Krieges kurzzeitig an der Westfront als Kanonier eingesetzt war (vgl. IV.1.2.):

*„Ich weiß noch sehr wohl, wie im Frühjahr 1915 durch unser Rekrutendepot, durchschnittlich aus Berliner Familienvätern bestehend, von Mann zu Mann die erkältende Befremdung kroch, als uns befohlen wurde, nur offene Postsachen aufzuliefern, weil unsere Briefe geprüft werden würden. Man fühlte sich zum zweitenmal von der Heimat losgerissen, man fühlte angewidert die Blicke dieses Herrn Feldwebels auf den Briefen an die Frau daheim, man fühlte sich staunend, fragend als freier Bürger den Boden unter den Füßen fortgezogen.“<sup>132</sup>*

---

<sup>132</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 208.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Der in Fragen der Feldpostbriefzensur besonders engagierte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Stücklen berichtete am 6. Juni 1916, daß im Landwehrregiment 127 „seit einem vollen Jahr alle Briefe offen abgegeben werden; nur die Offiziere haben das Recht, ihre Briefe verschlossen zu verschicken.“ Und er ergänzte:

*„Nun kann man begreifen, daß die Landwehrleute, die zum großen Teil verheiratet sind, schließlich gerade nicht Lust haben, jeden Brief da lesen zu lassen. [...], dann gibt man einem Mann, der auf Urlaub geht, den Brief mit und sagt ihm: wirf ihn dort in den Kasten. Wird er erwischt, wird er selbstverständlich bestraft.“*<sup>133</sup>

Vorbildfunktion für die Prüfung der Feldpostbriefe durch Vorgesetzte hatte die Zensurpraxis der auf elsäß-lothringischem Gebiet operierenden Armeeabteilungen.<sup>134</sup> Angesichts der geschilderten juristischen Grauzone, die eine Aufhebung des Briefgeheimnisses auch unter den Bedingungen des Kriegszustandes umgab, war die Vorreiterrolle Elsaß-Lothringens kein Zufall. Seit der Okkupierung des Landes nach dem Krieg von 1870/71 verliefen die Integrationsversuche der deutschen Verwaltung so ungeschickt, wie der rechtliche Status des neu gewonnenen Gebietes in der Schwebe blieb. Erst im Oktober 1913 hatte die Zabern-Affäre ein Schlaglicht auf die diskriminierende Sonderrolle des Reichslandes geworfen.<sup>135</sup> Bei Kriegsbeginn wurde über Elsaß-Lothringen sofort der verschärfte Kriegszustand verhängt; womit allerdings das Briefgeheimnis auch nicht aufgehoben werden konnte.<sup>136</sup> Die Bevölkerung war von Anfang an großen Belastungen ausgesetzt. Die doppelte Last, militärisches Operations- und Etappengebiet zu sein, steigerte die sowieso schon existierenden Auswirkungen des Kriegszustandes besonders im Oberelsäß ins Unerträgliche. Hier war es der französischen Armee gelungen, Teile des Landes zu besetzen und während des Krieges auch besetzt zu halten. Auf deutscher Seite herrschte zunächst der General Gaede, Chef

---

<sup>133</sup> Verhandlungen des Reichstages, Bd. 307, Berlin 1916, S. 1557, MdR Stücklen am 6.6.1916.

<sup>134</sup> Vgl. K. Schracke: „Durch die Bestimmung der beiden in Elsaß-Lothringen stehenden Armeeabteilungen, daß die Briefe offen den Kompagnien usw. zu übergeben und von einem Vorgesetzten auf ihren Inhalt zu prüfen seien, war die Zensur für den Briefverkehr in der Richtung nach der Heimat eingeführt.“ K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 152. Schracke weist in wenigen Sätzen auch auf die folgende Entwicklung hin, ohne jedoch Daten oder Quellen zu nennen. Vgl. auch: H. Malmendier, Organisation und Aufgaben der Postüberwachungsstellen im Weltkrieg 1914-18, in: Archiv für Postgeschichte in Bayern, 1984, H. 1, S. 193-204. Malmendier interessieren primär die Methoden der Brieföffnung (chemische Lösungen), Prüfstempel etc.

<sup>135</sup> Das Elsass von 1870-1932, hg. von J. Rossé/M. Stürmel u.a., 4 Bde., Bd. I, Colmar 1936; H. -U. Wehler, Krisenherde des Kaiserreiches 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 65ff. ; eine dezidiert andere, auf Wahlanalysen beruhende These als Wehler vertritt im Hinblick auf die Integration des Reichslandes in das Reichsgebiet: H. Hiery, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871-1918, Düsseldorf 1986. Hiery vermutet die Elsaß-Lothringer unmittelbar vor dem Krieg auf dem sicheren Weg hin zu loyalen deutschen Staatsbürgern, vgl. S. 371ff.

<sup>136</sup> E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. V, S. 43f.

der Armeeabteilung A. Er etablierte auf dem ihm unterstellten Territorium ein die Bevölkerung, aber auch seine Truppen drangsalierendes Regime, dessen äußeres Symbol der Drahtverhau war, mit dem Gaede das oberelsässische Operationsgebiet einzäunen ließ. Gaede sah in jedem Elsässer, ob Zivilist oder Soldat, einen potentiellen Spion. „Es geht“, äußerte er sich gesprächsweise, „ein Fluidum des Verrates durch die ganze Bevölkerung.“<sup>137</sup>

An der Front im Oberelsaß waren die ersten Überläufer in der deutschen Armee zu verzeichnen; in der Regel elsässische Soldaten, die nur so eine Chance hatten, ihre im von der französischen Armee besetzten Teil lebenden Angehörigen wiederzusehen. Im Verlaufe des Krieges wurden daher deutscherseits genaue Verzeichnisse der als „Verräterlager“ bezeichneten Sammelstellen für elsäß-lothringische Soldaten angelegt. Eine eigens geschaffene „Zentralstelle für Nachforschungen von deutschen Wehrpflichtigen unter Kriegsgefangenen“ war akribisch auf der Suche nach Soldaten, die sich in Deutschland der Wehrpflicht entzogen hatten oder nach dem Überlaufen in die französische Armee eingetreten waren oder eintreten mußten.<sup>138</sup>

Hinzu kamen elsäß-lothringische Wehrpflichtige, die sich mit Kriegsbeginn nach Frankreich abgesetzt hatten und dort mehr oder weniger freiwillig für die Armee rekrutiert wurden. Sie schrieben natürlich an ihre zurückgebliebenen Verwandten, und ihre Briefe wurden oft von den noch im August/September 1914 gegründeten, zunächst zivilen Postüberwachungsstellen abgefangen. So zum Beispiel der des Jérôme Weigand aus Mühlhausen i. E. vom 8.9.1914, der sofort in Abschrift vom Kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen dem Reichskanzler als Beleg für die Unzuverlässigkeit „der` Elsässer zugeschickt wurde:

*„Lyon 8.9.14/ Liebe Mutter! Es nimmt mich wunder wie es in Mühlhausen zugeht, wie du geschrieben hast geht es bei euch sehr gut was ich nicht geglaubt hätte, ich habe gemeint ihr müsst Hunger leiden aber leider ist es nicht so was mich sehr freut bei uns geht es auch gut wir haben genug zu essen. Liebe*

---

<sup>137</sup> Das Elsass von 1870-1932, Bd. I, S. 337. Das schlug sich u.a. in den Zahlen der Verhaftungen und Verurteilungen nieder. Bis Mai 1916 wurden z.B. 37 „Kriegsverräter“ verurteilt, acht davon zum Tode, sechs Todesurteile wurden vollstreckt. Im gleichen Zeitraum wurden 574 Personen „wegen deutschfeindlicher Äußerungen“ verurteilt, 913 wegen „deutschfeindlicher Gesinnung und Betätigung in Schutzhaft“ genommen und 752 „aus dem Operationsgebiet entfernt.“ KA München, Mkr 13880, Bericht der Zensurstelle beim A. O. K. Gaede am 20.6.1916/Kriegspresseamt, Oberzensurstelle, S. 13, S. 15.

<sup>138</sup> „Verräterlager-Listen“ bestanden auch für Nord-Schleswiger Dänen und Polen, die sich nach ihrer Gefangennahme bzw., nachdem sie übergelaufen waren, bereit fanden, in der französischen Armee zu dienen. KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 728, „Verzeichnis der Sonderlager für deutsche Kriegsgefangene elsäß-lothringischer, polnischer und dänischer Abkunft in Frankreich (September 1918)“ und KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 1424, Bericht Dr. Pohlmann/Leutnant, Nachrichtenoffizier beim X. AK „Über deutsche Wehrpflichtige im französischen Heere und über die Ermittlung solcher Wehrpflichtiger in unseren Kriegsgefangenenlagern.“

*Mutter ich bin Soldat in Lyon im 17. Inf. Regiment 31. Kompagnie 3. Sektion und ich heiße nicht mehr Jérôme Weigand sondern Charles Reinhard geboren in Epinal denn alle Elsässer wo Soldat sind haben falsche Namen bekommen wegen den Preußen es ist nur wenn wir im Falle gefangen genommen werden dass wir nicht erschossen werden darum liebe Mutter bin ich gut versorgt und für die Marie wird auch gesorgt es ist halt besser so denn ich brauche nicht in das Feuer zu gehen, weil ich nicht gut laufen kann ich muß Posten stehen und die gefangenen Preußen hüten das ist ungefähr alles was ich zu schreiben weiss [...] Es grüsst und küsst dich liebe Mutter dein Sohn Jérôme wo rote Hosen an hat.“<sup>139</sup>*

Die Ressentiments gegen die „verkappten Franzosen“ wuchsen, Ressentiments, die nur für die kurze Zeit der „Augustbegeisterung“ unterdrückt worden waren. In der Folge wurden - begründet mit ‚vaterländischen Interessen‘ und der Wahrung militärischer Belange - die offene Auslieferung der Feldpostbriefe und die Prüfung durch den Vorgesetzten für den Bereich der Armeeabteilung Gaede und der gleichfalls im Reichsland stationierten Armeeabteilung Falkenhausen angeordnet. Dabei übersah man jedoch, daß die Soldaten beider Armeeabteilungen in der Etappe die dort vorhandenen Ortsbriefkästen der zivilen Reichspost nutzen und ihre Briefschaften damit dem direkten Zugriff der Vorgesetzten entziehen konnten. Mit Erlaß vom 2. März 1915 wurde auch das verboten, dennoch so eingelieferte Briefe vernichtet.<sup>140</sup>

Die Zensur- und Überwachungsschraube wurde in der Folge kontinuierlich angezogen. Am 8. Dezember 1915 ordnete die Armeeabteilung Gaede an:

*„Unteroffiziere und Mannschaften dürfen zweimal wöchentlich nach Hause schreiben. Nur in dringenden Geschäftsangelegenheiten sind weitere Briefe rein sachlicher Natur ohne persönliche Mitteilungen mit Genehmigung des Truppenteils erlaubt. Die Karten und offen abzusendenden Briefe sind in den Kompagnien pp. zu sammeln und von einem Offizier auf militärische Nachrichten hin durchzulesen. Alle Briefe, die solche enthalten, sind rücksichtslos zu vernichten, der Absender ist zu bestrafen.“<sup>141</sup>*

Die Zensurregelung vom 2. März 1915 übernahmen auch andere Armeekorps und Abteilungen. So berief sich beispielsweise ein Tagesbefehl der Armeeabteilung von Strantz zur Feldpostüberwachung vom 1. Oktober 1916 auf einen Befehl

---

<sup>139</sup> BA Potsdam, Kriegsakten Reichskanzlei/Krieg 1914 Nr. 2401/03 (30.9.1914-25.11.1915); Abschrift eines von der Postprüfstelle Mühlhausen i. E. angehaltenen Briefes. Übersandt an Reichskanzler am 7.10.1914/Kaiserl. Statthalter, Bl. 16. Zu Beginn des Krieges trug die französische Infanterie noch rote Hosen. Zur Situation der Elsässer in der französischen Armee vgl.: Das Elsaß, Bd. V, S. 591; zur Stimmung elsäßischer Soldaten in der deutschen Armee vgl.: D. Richert, Beste Gelegenheit zum Sterben. Meine Erlebnisse im Kriege 1914-18, hg. v. A. Tramitz/B. Ulrich, München 1989.

<sup>140</sup> Vgl. K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 151.

<sup>141</sup> KA München, Feldpost 792, Bd. 5, Armee-Abt. Gaede, AOK v.8.12.1915.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

vom 20. Dezember 1914, mit dem seinerzeit die Prüfung der Briefe durch die „Kompagnie usw. Chefs“ angeordnet worden war.<sup>142</sup>

Auf der Ebene der mit Kriegsbeginn eingerichteten zivilen und militärischen Überwachungsstellen für die Auslandspost bzw. den Postverkehr in den Grenzgebieten bahnten sich im September 1915 Entwicklungen an, die einen nicht unerheblichen Einfluß auf die 1916 unternommenen Versuche, die Feldpostbriefzensur zu vereinheitlichen, haben sollten. (Vgl. II.2.2.) Am 11. September 1915 wurde beim Stellvertretenden Generalstab der Armee/Abteilung IIIb unter der Bezeichnung „Postüberwachung“ eine neue Dienststelle gebildet und deren Leitung dem Oberstleutnant Sixt von der Überwachungsstelle München übertragen.<sup>143</sup> Es handelte sich dabei um den Versuch, die Zensurpraxis in den verschiedenen zivilen Postüberwachungsstellen - von denen nach einer Geheimliste vom August 1915 27 existierten<sup>144</sup> - zu koordinieren, ohne die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der den Stellvertretenden Generalkommandos und Postamtsdirektoren untergeordneten, bis dahin rein postalischen Überwachungsstellen zu berühren. Davon konnte freilich keine Rede sein. Offiziell „dem Drängen nach einheitlicher Leitung auch auf diesem Gebiet“ nachgebend,<sup>145</sup> wurde inoffiziell die vollständige Übernahme dieser Stellen durch militärisches Personal betrieben. Sachlich stellte ein in der Zuständigkeit des Stellvertretenden Generalkommandos/I. Bayerisches AK liegender Bericht über Postüberwachungsstellen ca. ein Jahr später fest:

*„Nach Ziffer 41 der Anlage J zum Mobilmachungsplan können der Überwachungsstelle Offiziere zugeteilt werden. Diese Bestimmung dürfte dahin abzuändern sein, daß als Leiter der Überwachungsstellen Offiziere aufzustellen sind. [...] Die Überwachungsstellen waren im Mobilmachungsplan als rein postalische Einrichtungen unter militärischer Aufsicht vorgesehen, haben sich aber tatsächlich zu rein militärischen Stellen mit hunderten von militärischen Hilfskräften entwickelt.“<sup>146</sup>*

---

<sup>142</sup> KA München, Feldpost I. Bay. AK., Nr. 707, Bd. 4, Oberkommando der Armee-Abt. v. Strantz, Ic Nr. 18520/16 v. 1.10.1916.

<sup>143</sup> BA/MA Freiburg, RM 121/542, Geheimerlaß preuß. Kriegsministerium Nr. 3649/15 g. A1. v. 11.9.1915, Betr.: Schaffung einer Dienststelle Postüberwachung bei der Abt. IIIb/ Abschrift, Bl. 71/72. Zur Tätigkeit der Abt. IIIb vgl.: W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, S. LIII ff.

<sup>144</sup> Vgl. BA/MA Freiburg, RM 121/542: Geheimliste der Überwachungsstellen für den ausländischen Briefverkehr vom 1.8.1915, Bl. 55-61.

<sup>145</sup> W. Nicolai, Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg, Berlin 1920, S. 40. Nicolai war Chef der Abteilung IIIb.

<sup>146</sup> KA München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK., Bd. 647: Bericht des Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK zum Erlasse des Stellv. Gen. Stabes der Armee, Abt. IIIb, P. Ü. Nr. 422/16, geheim v. 19.7.1916-31.8.1916, S. 1.



## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Damit waren diese Überwachungsstellen, die für den gesamten Auslandspostverkehr zuständig zeichneten, personell und administrativ an die rein militärischen Postüberwachungsstellen gekoppelt, die für den inländischen Postverkehr in den deutschen Grenzgebieten, später auch für den nicht militärischen Postverkehr nach und aus den okkupierten belgischen und russischen Gebieten die Verantwortung hatten.

Die Festlegung auf den nicht militärischen Postverkehr in den Grenz- und okkupierten Gebieten ist ebenso skeptisch zu betrachten wie jene der ehemals postalisch geführten Überwachungsstellen auf den ausländischen Postverkehr. In beiden Fällen wurden durchaus auch Prüfungen der Feldpost und sogar der Zivilpost von Soldaten (und, in geringerem Maße, von Offizieren) vorgenommen, wenn auch nicht regelmäßig. Nachweisbar für die militärischen Überwachungsstellen - auch Postkommissionen genannt - ist dies beispielsweise in der Endphase des Krieges. So hat unter anderem die militärische Überwachungsstelle für den inländischen Briefverkehr deutscher Grenzgebiete, Lörrach, über vier Tage des Oktober 1918 hinweg die Feld- und Zivilpost von Mannschaften und Offizieren überprüft - und zwar auf die darin enthaltenen Äußerungen „über Politik und Kriegslage“. Der Bericht wurde am 24. Oktober dem Stellvertretenden Generalkommando und dem mobilen Generalkommando des XIV. AKs übergeben. „Wo Absicht der Fahnenflucht gefunden wurde, ist der Truppenteil direkt benachrichtigt worden“, heißt es lapidar am Schluß des Berichtes. Gemeldet wurde z.B. der Pionier Griesbaum vom 5. Minenwerfer Feldregiments-Depot, weil er am 17. Oktober 1918 in einem Brief geschrieben hatte: „Mache halt so lange mit, bis ich die Nase voll habe, dann werde ich schon sehen, wo ich hingehe“.<sup>147</sup>

### 2.2. Die Koordinierung der Zensur

Die Klagen und Beschwerden über die häufig mit Schikanen oder Strafen verbundene Briefzensur durch Vorgesetzte verstummten nicht. Die Unmutsäußerungen der Betroffenen bezogen sich nicht nur darauf, daß bei der Prüfung durch Vorgesetzte „die Soldaten nicht in voller Unbefangenheit ihre Familien- und Geschäftsverhältnisse erörtern könnten.“<sup>148</sup> Diskriminierende Situationen entstanden vielfach schon bei der Adressierung eines Briefes; wenn ein Soldat einem Reichstagsabgeordneten schrieb und dies in der Anschrift durch den Zusatz M. d. R. kundtat, durfte er sicher sein, daß sein Brief besonders geprüft wurde:

---

<sup>147</sup> GLA 456 F8/285, Bericht der Überwachungsstelle Lörrach v. 24. Oktober 1918.

<sup>148</sup> HStA/MA Stuttgart, MI/11 (Kriegsministerium/Kriegsarchiv 1907-22), Bd. 870 (Zeitungsausschnitte), Bl. 36 (Politische Rundschau v. 14.6.1916/ „Die Militärzensur von Feldpostbriefen“).

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*„Verzeihen Sie, wenn ich absichtlich M. d. R. auf der Aufschrift nicht schreibe. Ich bin überzeugt, daß dann unzensiert kein Brief Sie erreichen würde.“*

Oder aber seine Versendung wurde gleich ganz verhindert:

*„Daß man aber bei einzelnen Truppenteilen den Soldaten verbietet, an Reichstagsabgeordnete zu schreiben, das ist denn doch die Höhe.“<sup>149</sup>*

Abgeordnete des Bayerischen Landtages dagegen wurden „vom Felde aus ersucht [...], bei ihrer Korrespondenz keine Landtagskuverts zu verwenden.“ Die Soldaten befürchteten, „daß ihnen durch die Korrespondenz mit einem Abgeordneten irgendwelche dienstlichen Unannehmlichkeiten erwachsen würden.“<sup>150</sup>

Die Bemühungen, gerade auf die Korrespondenz zwischen Front und Parlamentariern im Reichstag und in den Landtagen zensierend einzuwirken oder sie gar zu unterbinden, waren durch die Befürchtung motiviert, vor allem hier massive Beschwerden zu finden, die dann durch die Abgeordneten an die Öffentlichkeit gelangen konnten. Als maßgeblich für die Reaktionen der Zensoren wie für die der Empfänger der Klagen erwiesen sich dabei jene Erfahrungen, die vor dem Krieg seit den 1890er Jahren mit der Beschwerdepraxis im Zusammenhang mit Soldatenmißhandlungen in Heer und Marine gemacht worden waren. Während die einen auf die Einhaltung des Dienstweges drangen - in dessen Verlauf dann zumeist allein oder zumindest auch gegen den Beschwerdeführer vorgegangen wurde -, pochten die anderen auf das Recht auf Beschwerde und ihre Pflicht als Volksvertreter, den Vorhaltungen nachzugehen. Vielen Vermittlern der Klagen aus dem Felde war dies noch aus ihrer eigenen Dienstzeit gewärtig:

*„Ich stelle es nun Ihnen anheim, ob Sie geneigt wären, dieses Material weiter so zu verwerten, dass ich keinen einzelnen Soldaten nennen und der Chikane blosstellen muß. Denn leider befürchtet man heute noch das Schlimmste für den Beschwerdeführer wie zu meiner Dienstzeit vor 33 Jahren“,*

heißt es in einem Schreiben des Pfarrers Dipper vom 2. Mai 1917.<sup>151</sup>

Als endlich ruchbar wurde, daß Soldaten an der Front bereits Anfeindungen ausgesetzt waren, wenn sie auf Briefen und Karten in der zivilen Form als „Herr“ angeschrieben wurden, schritt zumindest das Bayerische Kriegsministerium ein:

---

<sup>149</sup> Verhandlungen des Reichstags, Bd. 310, Berlin 1917, S. 3456: Das Feldpostbriefzitat mitgeteilt in einer Rede des Abgeordneten Davidsohn (SPD); Rede des Abgeordneten Stücklen (SPD), ebd.

<sup>150</sup> Verhandlungen Bayerischer Landtag, Sitzung v. 9.5.1916, MdL Süßheim, S. 855.

<sup>151</sup> HStA/MA Stuttgart, M 77/163, Schreiben des Pfarrers Dipper v. 2.5.1917 (Betr.: Beschwerden über Soldatenernährung). Vgl. die Einlassungen des MdL Süßheim in: Verhandlungen Bayerischer Landtag..., S. 857. Süßheim merkt an, daß „merkwürdigerweise regelmäßig Briefe, die an sozialdemokratische Abgeordnete gerichtet waren“ geöffnet wurden. S. 852. Vgl. auch: WUA, Gutachten Hobohm, S. 195ff („Unzulängliches Beschwerderecht“). Vgl. H. Wiedner, Soldatenmißhandlungen im wilhelminischen Kaiserreich 1890-1914, in: AfS 22 (1982), S. 159-199.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*„Dem Kriegsministerium sind Klagen darüber zugegangen, daß bei verschiedenen Truppenteilen Mannschaften, die Briefe mit dem Zusatz ‚Herr‘ in der Adresse erhalten, deswegen von Vorgesetzten lächerlich gemacht werden. Ich ersuche derartige Ungehörigkeiten, die verletzend wirken und in der gegenwärtigen Zeit des Zusammenschlusses aller Volksschichten und Altersklassen in der Armee besonders verwerflich sind, abzustellen [...]“<sup>152</sup>*

Am 29. April 1916 schließlich erließ der Chef des Generalstabes des Feldheeres, Erich v. Falkenhayn (2. OHL), eine Verfügung, mit der die Feldpost-Überwachung zwischen Front und Heimat neu geregelt werden sollte. Sie wiederholte zunächst die Begründungen für die Verhängung einer Postsperre (Truppenverschiebungen etc.), die nun durch eine nur noch von Überwachungsstellen vorzunehmende Postprüfung ergänzt werden konnte und sollte. Im für die weitere Entwicklung entscheidenden Punkt zwei heißt es:

*„In Fällen dringender Notwendigkeit kann zu gewissen Zeiten das Armee-Oberkommando durch Beschlagnahme aus der aufgelieferten Post, solange sie sich im Armeebereich befindet, eine Anzahl von Sendungen herausgreifen und durch eine ‚Überwachungsstelle‘ prüfen lassen. Solche Stellen sind bei jedem A. O. K. durch Kommandierung von besonders verpflichteten Offizieren nebst Unterpersonal nach Bedarf einzurichten. Die von ihr geöffneten Sendungen sind alsbald durch sie wieder amtlich zu verschliessen. Dass diese Stichproben gelegentlich stattfinden, ist allen Heeresangehörigen im vornherein bekanntzugeben.“<sup>153</sup>*

Damit war die Zensur von Feldpostbriefen - nicht die von Feldpostkarten<sup>154</sup> - durch den nächsten Disziplinarvorgesetzten abgeschafft.

Wie angesichts der verhältnismäßig großen Entscheidungsfreiheit deutscher Armeeoberkommandos nicht anders zu erwarten, gestaltete sich die rein administrative Vorgehensweise der Truppenteile höchst unterschiedlich:

*„Entweder begaben sich die Offiziere selbst an den Ort, wo die Feldpostanstalt sich befand, deren Verkehr sie überwachen wollten. In anderen Fällen erhielten*

---

<sup>152</sup> A München, Stellv. Gen. Kdo. I. Bay. AK, Nr. 597, Verfügung Kriegsministerium Nr. 1723 1a v. 19.2.1916, betr.: Klagen über Briefbehändigung (sic!) (Abdruck).

<sup>153</sup> KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707, Bd. 4, Verfügung Chef des Generalstabes des Feldheeres, M. J. Nr. 36061 v. 29.4.1916. Vgl. auch: MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Anl. I. Die eingerichteten Feldpostüberwachungsstellen wurden dann im weiteren Verlauf des Krieges zum Teil mit den für die Korrespondenz der „feindlichen Zivilbevölkerung“ verantwortlichen Überwachungsstellen verbunden: quasi die Institutionalisierung eines Mißtrauens, dem die Briefe der Feinde wie der eigenen Soldaten gleichermaßen suspekt waren. KA München, Postüberwachungsstelle 40, Bd. 1, Geheimerlaß Abt. IIIb v. 18.1.1917.

<sup>154</sup> Während einer Postsperre konnte die Beförderung von Postkarten erlaubt werden. Sie mußten allerdings durch den nächsten Disziplinarvorgesetzten geprüft werden. KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707, Bd. 4, Verfügung Chef des Generalstabes des Feldheeres, M. J. Nr. 36061 v. 29.4.1916.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*die Feldpostanstalten den schriftlichen Auftrag, für einen bestimmten Zeitraum die aufgelieferte Post der näher bezeichneten Truppenteile an die Überwachungsstelle einzusenden, oder es wurde an den Umschlagsorten der eine oder andere Briefbeutel nach freier Wahl der Offiziere herausgegriffen und der Prüfung unterworfen.*<sup>155</sup>

Als besonders umfassend zeigten sich die Umsetzungen des Erlasses vom 29. April 1916 in der von Kronprinz Wilhelm geführten 5. Armee an der Westfront. Insgesamt vier Überwachungsstellen, später noch ergänzt durch Postüberwachungshilfsdienststellen auf Divisionsebene, wurden hier eingerichtet. Großer Wert wurde darauf gelegt, daß man damit

*„nunmehr eine Organisation besitzt, die nicht nur zu ‚gewissen Zeiten‘, sondern ständig die vom Chef des Generalstabes des Feldheeres geforderte Überwachung ausübt.“*

Zudem ließe sich dadurch,

*„daß kein unnötiger Personalwechsel eintritt, eine gleichmäßige Schulung von Offizieren und Mannschaften und Überwachung derselben in der Handhabung der Dienstvorschriften“*

erreichen. „Hierdurch“ aber sei „exaktes und erfolgreiches Arbeiten gewährleistet.“<sup>156</sup>

Es ist kaum zu vermuten, daß allein die Klagen und Beschwerden der Soldaten aus dem Mannschafts- und Unteroffiziersstand über die mit der Briefzensur verbundenen, massiven Eingriffe in die Privatsphäre die OHL veranlaßt haben, die Zensur durch den direkten Vorgesetzten abzuschaffen oder doch einzuschränken; obwohl dieser Eindruck entstehen konnte - und wohl auch entstehen sollte. Noch in der Darstellung Schrackes über die „Geschichte der deutschen Feldpost“ wird ein direkter Zusammenhang zwischen den „peinlichen Prüfungen durch Kompagnieoffiziere“ und der Einrichtung von Überwachungsstellen, die eine anonyme Zensur zumindest ermöglichten, suggeriert.<sup>157</sup>

---

<sup>155</sup> K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 152. Bei der Arbeit der Überwachungsstellen kam es freilich nun zentral zu Entwicklungen, die zuvor im Sinne der Geheimniswahrung Grund für die individuelle Überprüfung der Feldpost waren: „Feldpostbriefe und Feldpostkarten, die von der Front nach der Heimat geschickt waren, trugen Stempel und Verschußmarken mit der Aufschrift ‚Postüberwachungsstelle Kaiserliche Deutsche Südmarmee, Etappeninspektion‘. Eine solche Bezeichnung läßt in Verbindung mit der Adresse des Absenders oder dem Stempel des Truppenteils Schlüsse auf unsere Heeresgliederung zu.“ KA München, Postüberwachungsstelle 40, Bd. 1, Geheimerlaß Abt. IIIb v. 18.1.1917.

<sup>156</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl. 2, Bl. 6. Der Stellungskrieg bot für diese ausgedehnte, lückenlose Kontrolle natürlich Vorteile. Und - wie es Martin Hobohm charakterisierte - „je tiefer eine [...] Verordnung an untere Organe gelangte, desto mehr fand allein der handfeste Teil ihres Inhalts Berücksichtigung, die ‚befehlsgemäße‘ Exekution“. WUA, Gutachten Hobohm, S. 210.

<sup>157</sup> K. Schracke, Geschichte der deutschen Feldpost ..., S. 152.

Doch die Feldpost-Überwachungsverfügung vom 29. April signalisierte mehr als eine psychologisch motivierte Rücksicht auf die Stimmungslage der Soldaten. Seit den Unruhen und Demonstrationen aus Anlaß spürbarer Lebensmittelengpässe und rapider Teuerungsraten Ende 1915 in Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig einerseits,<sup>158</sup> und dem endgültigen Umschlagen des Krieges zu einer Abfolge von Material- und Massenschlachten mit Beginn des Jahres 1916 andererseits, hatte sich „eine Wechselwirkung zwischen Heimat und Feldheer ergeben“, deren schädlicher Einfluß auf die Stimmung beider nunmehr unübersehbar war.<sup>159</sup> Feldpostbriefe von der Front trugen entscheidend dazu bei:

*„Aus Nachrichten der verschiedensten Seiten und aus Mitteilungen gut unterrichteter Kreise geht hervor, daß in Briefen aus dem Felde und in Gesprächen von in die Heimat beurlaubten Soldaten Gerüchte über Deutschlands wirtschaftliche Lage verbreitet werden, die geeignet sind, Beunruhigung in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen und das allgemeine Vertrauen zu erschüttern.“*<sup>160</sup>

„Gute Feldpost“ kam schon lange nicht mehr von der Front, von „dorthen, wo die ehrenhafte Wirklichkeit, die wirkliche Ehre ist“, wie es Thomas Mann Ende 1914 formuliert hatte.<sup>161</sup> Es erschien daher dringend notwendig, das Feld der Stimmungsbeobachtung zu erweitern. Veranlaßt durch ein Schreiben des Preußischen Kriegsministeriums vom 21. März 1916, hatten zunächst die Stellvertretenden Generalkommandos über die allgemeine Volksstimmung zu berichten.<sup>162</sup> Es ist kein Zufall, daß gut einen Monat später die Feldpost-Überwachungsverfügung vom 29. April die Einrichtung von Überwachungsstellen anordnete. Die Wirkungen waren sofort spürbar. In einer Interpellation des MdL Süßheim kam bereits im Mai 1916 zur Sprache, daß einfache Postsperren nun nicht mehr zu genügen schienen:

---

<sup>158</sup> Vgl. Deutschland im Ersten Weltkrieg, hg. v. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg, Leitung: F. Klein, 3 Bde., Bd. 2, Berlin/DDR 1968/69, S. 307f; s. auch: J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg, Frankfurt/M. 1988 (1973), S. 60ff.

<sup>159</sup> Vgl. W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, S. 300/301, Dok. 127: Erlaß des Bay. Kriegsministeriums v. 1.2.1916. Hier wird u.a. festgestellt, „[...] daß Berichte von Angehörigen des Feldheeres und Erzählungen von Urlaubern [...] die Stimmung ganzer Ortschaften vergiften. Unbedingt muß sich dadurch mit der Zeit eine Wechselwirkung zwischen Heimat und Feldheer ergeben.“

<sup>160</sup> Ebd., S. 326, Dok. 135: Befehl des Chefs des Gen. Stabes d. Feldheeres an die Armee-Oberkommandos betr. die Aufklärung des Feldheeres über wirtschaftl. Fragen v. 18.10.1916.

<sup>161</sup> T. Mann, Gute Feldpost, in: ders., Aufsätze, Reden, Essays, Bd. 2: 1914-18, Berlin/Weimar 1983, S. 30-33, S. 32. Zuerst ersch. in: Zeit-Echo. Ein Kriegs-Tagebuch der Künstler, München 1914, H. 2.

<sup>162</sup> W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, S. 378, Anm. 1; die Stellv. Gen. Kdos. berichteten schon seit November 1915 an das Preußische Kriegsministerium, allerdings zunächst nur über die Lage auf dem Ernährungssektor.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*„Auch bei Truppenteilen, bei denen seit Monaten keine Verschiebungen vorgekommen sind, wird von einer zunehmenden Schärfe der Postsperre und Kontrolle berichtet.“<sup>163</sup>*

Vor allem mit den von den Überwachungsstellen unregelmäßig angefertigten Berichten auf der Basis von Feldpostbriefzitataten wurde die Stimmung an der Front nun ebenfalls mehr oder weniger systematisch observiert. Gerade die in einigen Einheiten praktizierte dauernde Überwachung setzte die Überwachungsstellen

*„in den Stand [...], jederzeit über die Stimmung bei der Truppe unterrichtet zu sein und der vorgesetzten Kommandobehörde Aufschluß hierüber geben zu können.“<sup>164</sup>*

Die jedem Bericht beigefügten „Auszüge aus Mannschaftsbriefen“ lieferten der Führung relativ verlässliche Informationen über die tatsächliche Stimmung in den Truppen und konterkarierten die Berichte der Aufklärungsoffiziere, die ab Anfang Juli 1917 als Organe des „Vaterländischen Unterrichts“ an der Front und in der Heimat agierten, oder die Stimmungsbefragungen an der Front, die gegen Ende des Krieges vorgenommen wurden.<sup>165</sup> Erich Kuttner hat nach dem Krieg eindrucksvoll geschildert, wie diese Befragungen vor sich gingen:

*„Das Bataillon angetreten. Der Bataillonsführer trat vor und erklärte, Leute, mal herhören, die Stimmung stelle ich mir so und so vor. Die Offiziere und Mannschaften sind einig in dem Wunsche nach Frieden [...], aber die Bedingungen, unter denen jetzt Frieden geschlossen werden soll, sind eine Schmach für Deutschland, lieber wollen wir weiterkämpfen. Dann trat das Bataillon weg und das war dann die Stimmung.“<sup>166</sup>*

---

<sup>163</sup> Verhandlungen Bayerischer Landtag, Sitzung v. 9.5.1916, MdL Süßheim, S. 854.

<sup>164</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl.7. „Einfache Verstöße werden zensiert (Tusche oder Schere), hierin sind die einzelnen Überwachungsstellen selbständig. Größere Verstöße werden beanstandet und der Leitung der M. Ü. vorgelegt. Die Leitung legt dann die beanstandeten Briefe dem A. O. K. zu Händen des Nachrichtenoffiziers vor, welcher die beanstandete Korrespondenz dem zuständigen Generalkommando einsendet, damit im Dienstwege gegen Briefschreiber eingeschritten wird. Dieser Weg ist vorgeschrieben und auch, wie nebenher erwähnt, sehr praktisch, da das Generalkommando auf diese Art gleichzeitig erfährt, wie es bei den ihm unterstellten Formationen um die Geheimhaltung militärischer Dinge bestellt ist und hiernach seine Sondermaßnahmen treffen kann“. Ebd., Bl. 5.

<sup>165</sup> Zum „Vaterländischen Unterricht“ vgl. G. Mai, „Aufklärung der Bevölkerung“ und „Vaterländischer Unterricht“ in Württemberg 1914-1918, S. 199-235. Allerdings wurden bestimmte Feldpostbriefe, die das erwünschte Stimmungsbild widerspiegeln, auch im „Vaterländischen Unterricht“ genutzt. „Die Verlesung von entsprechend ausgesuchten Feldpostbriefen sowie Vorträge und Einzelagitation von - Fronturlaubern gehörten daher mit zu den wichtigsten Propagandamitteln des Aufklärungsdienstes in der Heimat.“ S. 215.

<sup>166</sup> Der Dolchstoß-Prozeß in München/Oktober - November 1925. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes. Zeugen- und Sachverständigen-Aussagen. Eine Sammlung von Dokumenten, München 1925, S. 109 (Aussage Kuttner). (Vgl. IV.1.2.1.). Dem Stimmungsbericht einer Überwachungsstelle der 5. Armee vom 10.1.1918 wurde u.a. folgender Feldpostbriefauszug beigefügt: „Hier kann man sich nur ärgern. Wie ich Dir im vorigen Brief schon so einiges geschrieben habe, haben die Komp. -Feldwebel eine

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Obwohl die OHL mit den Berichten der Überwachungsstellen und den beigelegten Ausschnitten aus Feldpostbriefen über realistische Einschätzungen verfügte, hat sie es freilich unterlassen, wirksam gegenzusteuern.

Insbesondere der sprachlich als „Verpflegungsfrage“ verharmloste Hunger der Soldaten wurde - neben der Friedenssehnsucht und der besonders im Herbst und Winter für das Leben in den Gräben so wichtigen Wetterlage - zum bedeutsamsten Thema in den Briefen. In den Berichten der Überwachungsstellen lag das Augenmerk dabei besonders auf den durch Hunger ausgelöst und forcierten „Klagen über andere Dinge“:

*„Die wichtigste Rolle im Soldatenleben spielt unbedingt die Verpflegungsfrage. Bei schlechter und unzureichender Verpflegung wird der Soldat dienstunwilliger und stärker zur Kritik geneigt. Dies zeigte sich deutlich Ende vorigen Jahres [1916 / B.U.], als die Heeresverwaltung dazu überging, die Kartoffelration mit Rüben zu strecken. Eine geradezu unglaubliche Wirkung rief aber die vor einigen Monaten eingetretene Kürzung der Brotration hervor [März 1917 / B.U.]. Die heftigsten Klagen und Vorwürfe gegen die Militärbehörden gaben hiervon beredtes Zeugnis. Die Wirkung hat heute noch nicht nachgelassen, im Gegenteil, in jedem Brief wird mehr oder weniger temperamentvoll die Verpflegungsfrage gestreift. Und in ihrem Unmut bringen Briefschreiber Klagen über andere Dinge hinzu, die früher nur versteckt und vereinzelt vorgebracht wurden, und zwar jetzt in heftigster Form. Abfällige Kritiken an Offizieren sind an der Tagesordnung. Sie hätten mehr Geld, nähmen den Mannschaften das beste Essen vor dem Munde fort. Sie und ihre Burschen genossen unerhörte Bevorzugung bei Urlaub u.s.w. [...] Dann kommen Vorwürfe über die Allgemeinheit. Der ganze Staat sei nur ein Werkzeug des Kapitalismus und der Wucherer u. s. w. Einzelnen Briefeschreibern gab sogar die neulich vorgenommene prophylaktische Wiederimpfung Veranlassung, nach der Heimat mitzuteilen, daß sie gegen ‚Hunger-Typhus geimpft worden seien.“<sup>167</sup>*

Daß erst die schlechte Verpflegung die Kritik an sonstigen Mißständen weckte und forcierte, war eine, die tatsächliche Lage wieder entpolitisierend-verharmlosende

---

Meldung schreiben müssen, wie die Stimmung ist über die Friedensverhandlungen. Da haben 3 Komp. folgendes geschrieben: Die Freude wäre groß über die Ereignisse mit Rußland, aber noch größer wäre die Freude wenn der allgemeine Friede da wäre. Die eine Komp. schreibt folgendes, natürlich ohne die Leute überhaupt zu fragen: Der Geist der Komp. sei groß über die Ereignisse im Osten, aber nun müßte der Engländer und Franzmann erst noch seine Dresche haben, und dies hat natürlich unser Bataillonskommandeur an's Regiment berichtet, das ist doch nicht wahr?“ MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl. 37-44 (Feldpostauszüge zum Stimmungsbericht v. 10.1.1918), Bl. 39.

<sup>167</sup> Ebd., Bl. 1-116, Bl. 13-15 (Stimmungsbericht M. Ü. der 5. Armee v. 12.7.1917), Bl. 14/15.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Interpretation. Der Hunger der Mannschaften und Kranken hing mit der Bevorzugung der Offiziere und den von ihnen geduldeten Schiebereien in den Verpflegungseinheiten zusammen. Am 2.8.1917 schrieb Franz Lauterbach von der Westfront:

*„Auf Komp. Besorgung konnte ich durch einen mir befreundeten Unteroffizier eingeführt einmal von der Küche der Divisionsmarketenderei und des Korps-Magazins essen. Da gab es zu essen! Fleisch in Hülle und Fülle. Zum Gemüse Weissbrot. Dabei erhalten die Zahnkranken an der Front, für die vom Arzt Weissbrot verordnet ist, kein solches, sondern einfach Kommisbrot.“*<sup>168</sup>

Gegen Ende des Krieges versuchten sich manche Überwachungsstellen auch als sprachkontrollierende Instanzen. Nach dem Scheitern der letzten deutschen Offensive im Westen ab März 1918 wurden über den Linien abgeworfene, von französischen und vor allem von englischen Spezialisten verfaßte Flugblätter zu einem ernststen Problem für die deutsche Führung.<sup>169</sup> Immer wieder stellte man nun Übereinstimmungen zwischen der Sprache der Flugblätter und jener der Briefe fest. In einem Bericht der Postüberwachungsstelle der 6. Armee vom 21. bis zum 31. August 1918 heißt es, daß den Soldaten häufig

*„die in den Flugblättern geprägten Phrasen, wie zum Beispiel ‚alldeutsche Kriegsverlängerer‘, ‚Freiheitsberauber‘, ‚der preußische Militarismus als Knechter des Volkes‘, ‚der blutdürstige Kaiser‘ usw. beinahe in Fleisch und Blut über gegangen sind.“*

Auch wurde beobachtet, „daß Unzufriedenheit und Schimpferei, Überläufergelüste unmittelbar durch die Flugblätter hervorgerufen waren“.<sup>170</sup>

---

<sup>168</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldpostbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief F. Lauterbach v.2.8.1917/Westfront, Bl. 156.

<sup>169</sup> Im Juni/Juli 1918 wurden an der Westfront ca. 3,8 Millionen Flugblätter über und hinter den deutschen Linien von Ballons und Flugzeugen aus abgeworfen; im Oktober war ein Höchststand von ca. 5,4 Millionen Flugblättern erreicht. Vgl. M. L. Sanders/P. M. Taylor, Britische Propaganda im Ersten Weltkrieg 1914-18, Berlin 1990 (London 1982), S. 192/93. Der Tätigkeitsbericht des Feldpolizeidirektors West für Juli/August 1918 vermerkt: „Die Geheime Feldpolizei der 5. Armee meldet, daß im Monat Juli im Armeebereich 12.000 Flugblätter abgeliefert wurden. Wieviel von Heeresangehörigen nicht gefunden beziehungsweise nicht abgeliefert wurden, entzieht sich jeder Beurteilung. Daß Flugschriften aber von Soldaten zurückbehalten und sogar verbreitet werden, ist erwiesen.“ H. Thimme, Der Weltkrieg ohne Waffen, Stuttgart 1932, S. 174/175. Soldaten erhielten bis zu 6 Pfennige für ein abgeliefertes Flugblatt. Die Tageslöhnung eines einfachen Soldaten betrug 53 Pfennige.

<sup>170</sup> Auszug aus einem Bericht der Postüberwachungsstelle der 6. Armee v. 4.9.1918, in: H. Thimme, Weltkrieg ohne Waffen, S. 264-271, S. 267, S. 268. Nicht alle Postüberwachungsberichte dieser Zeit vertrauten dieser Auffassung. Im Postüberwachungsbericht der 5. Armee v. 31.8.1918 hieß es erläuternd zu ähnlichen Briefauszügen: „Am Zustandekommen solcher Gesinnung kann die in letzter Zeit besonders rege Propaganda des Feindes an der Front allein nicht schuld sein. Auch ist diese Gesinnung nicht von gestern auf heute entstanden“. MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl. 75-79, Bl. 78.



## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur



„Feinsortierraum“. Pressefotografie

In der Postüberwachungsstelle Mühlhausen entstand etwa zur gleichen Zeit gar ein spezieller Bericht, in dem ein tabellarisch aufgeführter Vergleich zwischen der Sprache der Feldpostbriefe und der feindlicher Flugblätter vorgenommen wurde. Hier findet sich ein Eingeständnis, das die von der deutschen militärischen Führung oft beklagten suggestiven Einflüsterungen der feindlichen Propaganda für die ‚Verhetzung‘ des Heeres und seine Niederlage verantwortlich machte, selbst wiederum als Propaganda entlarvte:

*„Die Sprache der Flugblätter ist dem Wortschatz und dem Gedankenleben unserer Soldaten aufs feinste abgelauscht, die der Soldatensprache geläufigen Ausdrücke werden überaus klug verwendet. Immer sind es die eigenen Redewendungen, die dem Soldaten entgentreten.“<sup>171</sup>*

<sup>171</sup> Zit. n. H. Thimme, Weltkrieg ohne Waffen, S. 177. Mitunter ließen die Alliierten auch bereits übergelaufene Soldaten an der Abfassung der Flugblätter mitwirken. Vgl. etwa ein im September 1918 von französischen Flugzeugen abgeworfenes Flugblatt, das mit „Vereinigung deutscher Demokraten in französischer Gefangenschaft“ gezeichnet war. BA/MA Freiburg, MSg2/998, Flugblatt, abgeworfen von französ. Flieger Sept. 1918.

### 2.2.1. Zensurpraxis und Reaktionen der Soldaten

Die Verfügung vom 29. April 1916 bot über die Stimmungsbeobachtung und etwaige Sprachvergleiche hinaus auch eine sichere Grundlage für die Abwehr parlamentarischer Attacken auf die Briefzensur durch Vorgesetzte. Den entsprechenden Vorhaltungen des Reichstagsabgeordneten Schöpflin am 4. Mai 1917 beispielsweise konnte nun in Vertretung des Preußischen Kriegsministers einen Tag später Oberst v. Wrisberg entgegenen:

*„Meine Herren, die Prüfung der Briefe soll grundsätzlich nicht durch die direkten Vorgesetzten vorgenommen werden, auch nicht durch die Stäbe, sondern durch Postüberwachungsstellen und Postüberwachungshilfsdienststellen.“<sup>172</sup>*

Derlei Verlautbarungen hatten freilich nach wie vor mit der Zensurpraxis wenig zu tun. Einen ersten Hinweis bietet schon die Formulierung von Wrisbergs; eine Prüfung „soll grundsätzlich nicht“. Es dürfte nicht abwegig sein, wenn man hier, zwischen den Zeilen lesend, ergänzt: soll nicht, kann aber. Und in der Tat war auch weiterhin - über die Möglichkeiten einer Prüfung durch Vorgesetzte während einer Postsperre hinaus - die direkte Zensur Praxis. Die damit verbundene Mißachtung des Briefgeheimnisses gehörte auch nach der Verfügung vom 29. April 1916 zum Alltag an der Front. Im Württembergischen Militärverordnungsblatt vom 3. Februar 1917 wird beispielsweise berichtet, daß sich neuerlich insbesondere ältere, verheiratete Mannschaften

*„bitter dadurch beschwert fühlen, daß bei Prüfungen ihrer Briefschaften auf den Kompagnieschreibstuben das Briefgeheimnis nicht genügend gewahrt werde, und daß selbst intime Familienangelegenheiten ausgeplaudert und zum Gegenstand spöttischer Bemerkungen gemacht werden.“<sup>173</sup>*

---

<sup>172</sup> Verhandlungen des Reichstags, Bd. 309, Berlin 1917, S. 3067. V. Wrisberg, später Gen. Major, war Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements im Preuß. KM. Es heißt weiter: „Also weder der direkte Vorgesetzte noch auch der Divisionskommandeur oder der kommandierende General braucht auf diese Weise Kenntnis von den Briefen zu bekommen.“ Vgl. auch: KA München, Mkr Nr. 13350, Schreiben Gen. Kdo. I. Bay. Res. K. Nr. 124/Ia v. 14.8.1916 an K. B. Kriegsministerium, Betr.: Briefkontrolle im Feld. Das Gen. Kdo. reagierte auf Beschwerden des MdR Sir über das Öffnen von Briefen:

„Gelegentlich der Besprechung ist den unterstellten Kommandeuren mitzuteilen, daß seit einiger Zeit die Postkontrolle nicht mehr innerhalb des Korps sondern bei der Postüberw[achungs]stelle der Armee stattfindet[...]“.

<sup>173</sup> HStA/MA Stuttgart, M33/2, Bd. 14, Auszug aus Württ. Militärverordnungsblatt Nr. 6 v. 3.2.1917 (Nr. 118), S. 87. Ohne große Wirkung wurde von manchem Armeeoberkommando immer wieder auf die Wahrung des Briefgeheimnisses durch die Prüfer gedrungen; vgl. z.B. KA München, Feldpost 792, Bd. 5, Befehl Armeeoberkommando 3/Ic Nr. 1341/16 v. 6.3.1916: „Jeder prüfende Vorgesetzte, der sich über den Inhalt irgend einer geprüften Sendung mündlich oder schriftlich irgendwie äußert, macht sich eines groben Vertrauensbruches gegen seine Untergebenen schuldig und durch diese Pflichtverletzung strafbar.“

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Verfügungen wie die vom 29. April 1916 hatten oft alles von ihrer potentiellen Veränderungskraft eingebüßt, wenn sie schließlich auf unteren Kommandoebenen umgesetzt wurden. Deutlich veranschaulicht das ein Schreiben vom Leiter der Postdirektion 6, das er am 18. Juli 1916 an den Stab der 6. Reservedivision (6. Armee) richtete. Unter anderem führte er aus, es liege die Vermutung nahe,

*„dass beim Feldrekruten Depot 6. Bayer. Res. Div. ein Befehl besteht, inhaltlich dessen die Angehörigen des Depots verpflichtet sind, ihre Briefsendungen an bestimmte Adressen bei der Komp. offen einzuliefern und die Komp. -Führer ihren Inhalt zu prüfen und über Weiterleitung zu entscheiden haben. Ich gestatte mir ergebenst darauf hinzuweisen, dass nach der Verfügung des Chefs des Gen. St. d. Feldheeres v. 29.4.1916 [...] den Truppenteilen ein derartiges Recht zur Kontrolle des Briefverkehrs ihrer Angehörigen nicht mehr zustehen dürfte.“ (Anschließend ein Hinweis auf die zuständige Postüberwachungsstelle der 6. Armee.)<sup>174</sup>*

Leider wird in diesem Schreiben nicht weiter ausgeführt, was das für „bestimmte Adressen“ waren, die eine Zensur des Briefes durch den Vorgesetzten nach sich zogen, oder ob die Postprüfung nur politisch auffällige Soldaten betraf. Jedenfalls antwortete in dieser Sache das Oberkommando der 6. Armee am 2. August, daß die Verfügung vom 29. April nur das Öffnen geschlossener Briefe betreffe, die dann, vorbehaltlich eines entsprechenden Befehls des Armeeeoberkommandos, durch Überwachungsstellen kontrolliert werden müßten. Mit anderen Worten: ein Kompanieführer mußte nur anordnen, daß Briefe offen abgeliefert werden sollten, und schon war er, nach der Interpretation des Oberkommandos, von der Pflicht entbunden, die Kontrolle und Zensur durch Überwachungsstellen vornehmen zu lassen.<sup>175</sup>

In der ebenfalls zur 6. Armee gehörenden 8. Infanteriedivision dagegen war man in der Auslegung der Verfügung weitaus strikter. Ein Divisionsbefehl vom 17. Mai 1916 stellte klar heraus, daß die Überwachung nur durch eine Post-Prüfstelle zu erfolgen habe. Der Befehl nannte aber auch, in der Negation, Praktiken, die so oder so ähnlich wahrscheinlich auch in anderen Einheiten üblich waren:

---

<sup>174</sup> KA München, Feldpost 687 (Armeepostdirektion 6), Schreiben der Postdirektion 6 an Stab der 6. R. D. v. 18.7.1916.

<sup>175</sup> Natürlich konnte dies auch von einem AOK angeordnet werden. Am 25.8.1916 weist das Oberkommando der Armeeeinheit v. Strantz darauf hin: „Sämtliche Feldpostsendungen müssen beim Truppenteil eingeliefert werden, der sie mit dem Truppenstempel (Soldatenbriefstempel) versieht und gesammelt der Feldpostanstalt übergibt. Die Briefe der Unteroffiziere und Mannschaften sind offen beim Truppenteil abzugeben. Sie sind vom Führer der Formation durchzusehen und auf einwandfreien Inhalt zu prüfen.“ KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707, Oberkommando der Armee Abt. v. Strantz, Ic Nr. 15827/16 v. 25.8.1916.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*„Anordnungen, Briefe nur offen aufzuliefern, oder Verbote, überhaupt Briefe abzusenden, Anordnungen, die Post dem nächsten Vorgesetzten vor Absendung oder bei Eingang vorzulegen, Beschränkungen in der Zahl der Privatbriefe oder Postkarten usw. sind bestimmungswidrig.“<sup>176</sup>*

Unerwähnt blieb dabei allerdings, daß die formale Abschaffung der Prüfung durch den Vorgesetzten bzw. die Delegierung der Zensur an eine zentrale Stelle an sich die potentiellen Machtbefugnisse der direkten Vorgesetzten vermehrte. Wenn sie zuvor manchen Brief eines auffällig gewordenen Soldaten angesichts des Umfanges der Korrespondenz in einer Kompanie passieren lassen mußten, so boten sich nun durch die zwar nicht mehr auszuführende, aber delegierbare Überprüfung erweiterte Zugriffsmöglichkeiten. Erschien einem Leutnant

*„die Korrespondenz eines Untergebenen aus irgend welchen Gründen verdächtig (Spionage, Fluchtverdacht, Verbreitung staatsfeindlicher Propagandaschriften pp.), so hält er die Korrespondenz fest und läßt diesselbe von der Militärischen Überwachung prüfen. Liegt Veranlassung vor, gegen den Briefschreiber einzuschreiten, so erfolgt dieses durch die Leitung der M.Ü.'s auf dem für diese vorgeschriebenen Dienstwege.“<sup>177</sup>*

Hinzu kam, daß es in einigen Armeen in enger Zusammenarbeit mit der Geheimen Feldpolizei die Regel war, besonders verdächtige Soldaten und ihre Korrespondenz geheim zu überwachen.<sup>178</sup> Von Bedeutung war dies insbesondere, wenn es in der Heimat lokale oder auch um sich greifende Streikaktionen und Demonstrationen gegeben hatte, deren Ausstrahlung auf die Fronttruppen unterbunden werden mußte. In solchen Fällen konnte es zur Zusammenarbeit zwischen den Kriegsministerien und Stellv. Gen. Kdos. und den mobilen Frontverbänden und deren Postüberwachungsstellen kommen, in deren Folge Briefe von und an verdächtige(n) Soldaten kontrolliert wurden. Nach den Streiks in der deutschen Rüstungsindustrie zwischen dem 16. und 24. April 1917 ging ein Schreiben des preußischen Kriegsministers an den Chef des Generalstabes des Feldheeres heraus, in dem es unter anderem hieß:

*„Im Hinblick auf die kürzlichen Streikumtriebe in der Rüstungsindustrie halte ich es für geboten, Maßnahmen zur Verhinderung des Eindringens der Propaganda in das Heer zu treffen, da anzunehmen ist, daß die Anstifter der Streiks versuchen werden, die Propaganda durch Flugschriften und Handzettel auf heimlichem Wege auch in das Heer hineinzutragen. Um dem zu begegnen,*

---

<sup>176</sup> KA München, Feldpost 687 (Armeeepostdirektion 6), Divisionsbefehl II v. 17.5.1916/8. I. D., Ziffer 4 (Abschrift).

<sup>177</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl. 4.

<sup>178</sup> Ebd., Bl. 7.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*halte ich es für erforderlich, verdächtige Leute scharf überwachen zu lassen (Briefkontrolle).“<sup>179</sup>*

In den Feldposterlassen der OHL und der Armeeoberkommandos läßt sich nachlesen, welche Momente bei der Beanstandung von Briefen und Karten ausschlaggebend waren. Zwar: „Der private Gedankenaustausch zwischen Feld und Heimat soll möglichst nicht gestört werden“, wie es in einem Geheimerlaß des Generalquartiermeisters hieß: und es wäre daher

*„untunlich, bei den Prüfungen von allzu enger Auffassung auszugehen und Briefe anzuhalten, in denen allgemein Klagen über mangelhaftes Essen, Dienst an Feiertagen oder allgemeine Äußerungen der Unzufriedenheit oder Verstimmung enthalten sind.“*

Aber:

*„[...] unzweifelhafte Schädigungen der Dienstinteressen, schwere Verstöße gegen die Mannszucht, aufreizende und in hohem Grade entmutigende Kundgebungen“*

sollten ein meist strafendes Vorgehen gegen die Briefeschreiber nach sich ziehen.<sup>180</sup> Namentlich „Nachrichten, die erhebliche Mißstimmung oder Beunruhigung im Inlande hervorrufen könnten“ mußten „mit allen Mitteln verhindert werden“.<sup>181</sup>

Insgesamt erlaubten die genannten Erlasse zur Feldpostüberwachung weit voneinander abweichende Interpretationen der untergeordneten Dienststellen. Kronprinz Wilhelm, Führer der 5. Armee, forderte eine von den Überwachungsstellen besonders zu kontrollierende „Selbstzucht“ der Soldaten in ihren Briefen und wies auf die „Gefahr der Führung und stückweisen Heimsendung von Tagebüchern in Briefen“ hin.<sup>182</sup> In einer Verfügung des 6. Armeeoberkommandos vom 21.5.1916 dagegen wurde über die Kontrolle des Postverkehrs gleich unter Ziffer 1 ausgeführt:

*„Klagen eines ungebildeten Mannes über Verpflegung und dienstliche Verhältnisse nehmen oft für das Auge eines Gebildeten eine scharfe Form an, die gar nicht beabsichtigt ist und auch vom Empfänger gar nicht so verstanden wird.“*

---

<sup>179</sup> W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, S. 747, Dok. 295: Schreiben des preußischen KM an Chef des Gen. Stabes d. Feldheeres v. 12.5.1917.

<sup>180</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 378, Dok. 32a, Generalquartiermeister Ia Nr. 4241/ Geheim! Betr.: Postüberwachung/ v. 4.3.1917. (Auch KA München, Postüberwachungsstelle 40, Bd.1).

<sup>181</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1–116, Bl. 3.

<sup>182</sup> KA München, Feldpost I. Bay. AK, Nr. 707/Bd. 4, Armee-Oberkommando 5/Ic 7024, Erlaß betr. Postüberwachung v. 8.5.1916. Vgl. auch: BA Potsdam, Best. 15. 17, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Anl. II (Bl. 9).

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Das war zwar von arroganter Diktion, ließ aber ein gewisses Einfühlungsvermögen erkennen. Wahrscheinlich sollte die Verfügung mäßigend auf die Zensur- und Anzeigewut der zuständigen Überwachungsstelle einwirken, denn abschließend wurde hier daran erinnert, daß der Zweck der Postprüfung nicht ist,

*„jeden einzelnen Verstoß gegen die Bestimmungen zur Verfolgung zu bringen, sondern solche Verstöße für die Zukunft zu verhindern oder ihrer Veranlassung auf den Grund zu gehen.“*<sup>183</sup>

Die Zahl der geprüften Sendungen variierte natürlich je nach Umfang des kontrollierten Truppenteils und nach der Stimmungseinschätzung der Kommandeure. Entscheidend war allerdings nicht die Anzahl der geprüften oder beanstandeten Sendungen. Jedem Soldaten sollte vielmehr klar sein, „daß die Briefkontrolle ihn unablässig bedrohte“.<sup>184</sup> Sie schuf - wie die heimatliche Pressezensur auch - eine Atmosphäre der Überwachung, in der die „Schere im Kopf“ sozusagen präventiv zuschnappte. Es lassen sich nur Mutmaßungen darüber anstellen, inwieweit dies dazu führte, daß Klagen über Mißstände gar nicht erst thematisiert wurden und vor allem - die Beweisführung nach dem Krieg besonders erschwerend (vgl. IV.1.2.) - „Angaben über Namen und Stellung der Schuldigen“ unterblieben, „weil die Aufzeichnungen vor dem Zugriff der Vorgesetzten nicht sicher waren“.<sup>185</sup>

Deutlich wird diese Absicht in einem Tagesbefehl des 27. Reservekorps. Der Befehl wurde nach einer Postüberwachung - verbunden mit einer Briefsperrre - am 26. Mai 1916 den Truppen verlesen. Die Postkontrolle habe, so hieß es,

*„zur Folge gehabt, dass 50 Angehörige des Korps mit Arrest bestraft werden mussten, weil die Briefe Angaben mithielten [sic !], welche die Sicherheit der Armee gefährdeten oder geeignet waren, Missstimmung [sic !] in der Heimat zu erregen und dem Ansehen des Korps zu schaden. Gegen 20 weitere Briefeschreiber werden kriegsgerichtliche Untersuchungen eingeleitet. Indem ich dies zur Warnung vor weiteren Verfehlungen bekannt gebe, hebe ich gleichzeitig die unter dem 11.5. verhängte Sperre der Briefbeförderung auf.“*<sup>186</sup>

---

<sup>183</sup> KA München, Postüberwachungsstelle 40, Bd. 1, Oberkommando 6. Armee Nr. 51775 v. 21.5.1916, Betr.: Überwachung des Postverkehrs der Heeresangehörigen.

<sup>184</sup> Hobohm weist vor dem Hintergrund der Feldposterlasse darauf hin, daß sie „fühlbar machen können, daß die Briefkontrolle den gemeinen Soldaten unablässig bedrohte, und wer wollte sich wundern, daß mancher den Blick der Vorgesetzten in seine Briefe nach Hause, in seine Tagebücher scheute wie die stets drohende passive Berührung mit einem unsichtbaren, übermässigen Feinde.“ WUA, Gutachten Hobohm, S. 209 (vgl. auch: Dokumente 32a-c, S. 378f.).

<sup>185</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 209f. Hobohm berichtet, daß er durch diese Gefahr daran gehindert wurde, seine „einschlägigen Beobachtungen systematisch aufzuzeichnen.“ S. 209, Anm. 1.

<sup>186</sup> KA München, Feldpost 687 (Armeepostdirektion 6), Bd. 32, Anlage zum K. T. B. des 27. Res. Kps. (Tagesbefehl v. 25.5.1916).

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

In der 5. Armee hatte der „dauernde Gedankenaustausch der Überwachungs-offiziere untereinander“ rasch zu „den Dienst nur fördernden Praktiken geführt“, die sich die präventive Wirkung der Zensur zunutze machten:

*„Jede neu in den Verband der Armee tretende Division wird sogleich in den ersten Tagen ihres Erscheinens einer außerordentlich starken und wiederholten Prüfung ihrer Feldpost unterzogen. Hierbei finden stets zahlreiche Beanstandungen statt, die oft Bestrafungen der einzelnen Briefschreiber nach sich ziehen. Nach kurzer Zeit hat sich dieses in den Formationen herumgesprochen. Die Leute sind gewarnt und werden jetzt in der Mitteilung militärischer Dinge in die Heimat vorsichtiger sein.“*<sup>187</sup>

Bei „besonders schwatzhaften Formationen“ oder Personen ordnete man in der 5. Armee von vornherein eine verstärkte oder gleich lückenlose Kontrolle an. Davon waren vor allem „Stabs- und Kasino-Ordonnanzen, Burschen, Schreiber, Motorradfahrer, Lazarettpersonal und Hilfsdienste“ betroffen, aber auch „Zivilpersonen, Theaterleute, Künstlerpersonal, die hinter der Front herumreisen“, unterlagen dieser Sonderbehandlung.<sup>188</sup>

Über diese, ihrem Charakter nach eher defensiven Einflußnahmen hinaus, versuchte man auch offensiv, die Soldaten bei der Abfassung ihrer Feldpostbriefe zu gängeln und zu überwachen. Im Verlaufe des Krieges gewannen die zweimal jährlich mit großem propagandistischen Aufwand betriebenen Kampagnen zur Zeichnung der Kriegsanleihen immer mehr an Bedeutung. Umso alarmierender waren die Berichte, vor allem vor Zeichnung der 5. Kriegsanleihe im September 1916, in denen gemeldet wurde,

*„daß überaus häufig von Kriegsteilnehmern ihre Angehörigen zu Hause brieflich vor der Zeichnung von Kriegsanleihen gewarnt würden, namentlich werde vielfach den Frauen von ihren Männern die Zeichnung ausdrücklich untersagt.“*<sup>189</sup>

Diese Nachrichten über einen wichtigen Indikator der Volksstimmung, ergänzt durch Berichte der Stellv. Gen. Kdos.,<sup>190</sup> schlugen sich alsbald in entsprechenden

---

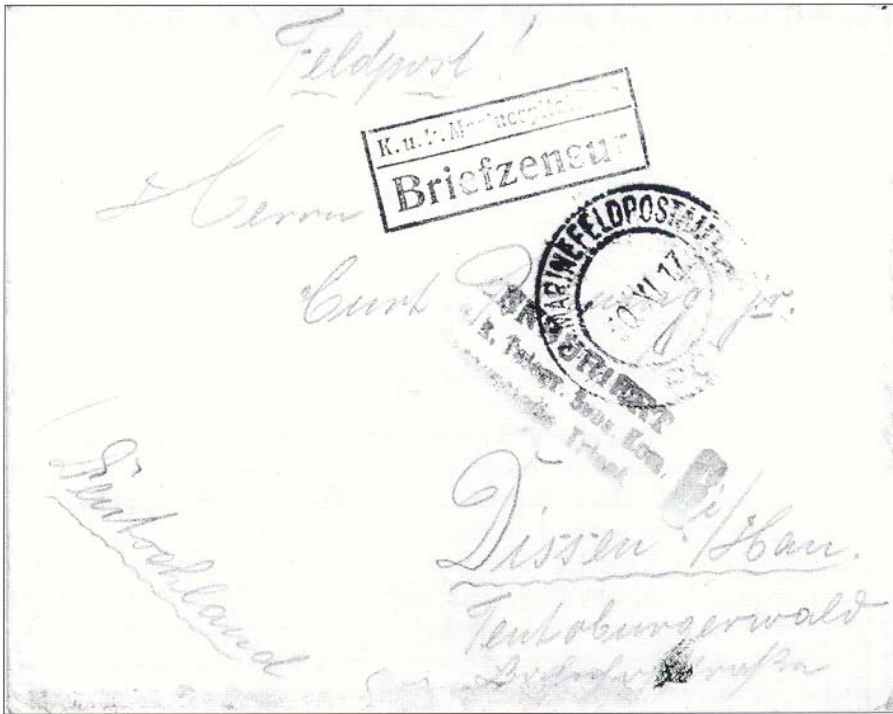
<sup>187</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl. 6/7.

<sup>188</sup> Ebd., Bl. 5.

<sup>189</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 19, Dok. 4a (Meldung des Kreisamtes Alsfeld an das Großherzogliche Hessische Ministerium des Innern v. 1.9.1916). In einem Schreiben der Reichsbankstelle Karlsruhe an das zuständige Stellv. Gen. Kdo. vom 9.9.1916 heißt es: „In den letzten Tagen wurde uns von den verschiedensten Seiten, so auch namentlich von katholischen Geistlichen des Bühler Bezirks, mitgeteilt, daß die auf Urlaub kommenden Soldaten die ländliche Bevölkerung von der Zeichnung auf neue Kriegsanleihe abzuhalten versuchen. Sie begründen dies unglaubliche Vorgehen damit, daß bei einem geringen Zeichnungsergebnis der Krieg schneller beendet sein werde als bei einem günstigen Resultat, und daß sie dann auch schneller nach Hause kämen. Auch Briefe aus der Front sollen dagegen agitieren [...]“ Ebd., S. 20, Dok. 4b.

<sup>190</sup> W. Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, S. 326, Dok. 135/Anm. 1.

Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur



Von der Zensur geöffneter Feldpostbrief eines U-Boot-Maschinenmaats vom 29. November 1917

Erlassen der Armeekorps nieder. Bereits am 6. Oktober 1916 wurde für den Bereich des Marinekorps in Flandern angeordnet:

*„Nach Feststellung heimischer Behörden betreiben Angehörige des Feldheeres, sei es auf Urlaub oder in Briefen nach der Heimat, eine lebhafte Agitation gegen die Zeichnungen auf die fünfte Kriegsanleihe seitens ihrer Familienangehörigen, mit der Begründung, daß bei einem geringen Zeichnungsergebnis der Krieg schneller beendet sein werde, als bei einem günstigen Resultat. Diesem unglaublichen Vorgehen kann nicht energisch genug entgegengetreten werden. Alle Vorgesetzten haben dafür Sorge zu tragen, daß ihre Untergebenen entsprechend belehrt werden,[...]“<sup>191</sup>*

<sup>191</sup> BA/MA Freiburg, RM 120/345, Marinekorps, G-Anlage zum K. T. B., Nr. 221/ 16 v.6.10.1916, Betr.: Kriegsanleihe. Eine weitere Möglichkeit, die Verkürzung des Krieges zu betreiben, bot sich Soldaten bauerlicher Herkunft. Im September 1917 berichtet eine Postüberwachungsstelle in Straßburg, daß Soldaten in ihren Briefen die Angehörigen bitten, „den Anbau von Feldfrüchten auf ihren eigenen Bedarf einzuschränken. Als Grund wird meistens angeführt, daß sie sich nicht bei dem Leutemangel zu sehr quälen sollten, daß ihnen der Überschuß doch weggenommen würde, in verschiedenen Fällen auch, daß durch eine derartige Einschränkung die Regierungen genötigt würden, baldigst Frieden zu schließen.“



## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Außer durch „Belehrungen“ versuchte man durch „sorgfältige Beaufsichtigung des Verkehrs aller Unteroffiziere und Mannschaften bis zum Zeichnungsschluß“ der unerwünschten Verweigerung Herr zu werden.<sup>192</sup>

Die Soldaten an der Front wußten sich in vielfältiger Weise der Zensur, die häufig mit einer Briefsperrre verbunden war, zu entziehen. „Morgen fahren nun von hier einige Urlauber weg und kann ich diesen Brief mitgeben“, beschrieb beispielsweise der Gefreite Bernhard Meier am 5. November 1915 den Beförderungsweg seiner Sendung.<sup>193</sup> Im Januar 1916 erließen die Armeeoberkommandos daraufhin entsprechende Verfügungen, nach denen es verboten war,

*„dass Urlaubern Briefe zur Beförderung durch gewöhnliche Post mitgegeben und von diesen mitgenommen werden. Die Durchführung dieses Verbotes ist durch Nachsehen der Urlauber zu überwachen.“*<sup>194</sup>

Knapp drei Monate später zeigte beispielsweise die 27. Infanteriedivision des XIII. AKs Vollzug an; so wurde der Ulan Pfeffer

*„mit drei Tagen mittleren Arrest bestraft, weil er entgegen dem ihm bekanntgegebenen Verbot, Briefe durch Urlauber in die Heimat zu schicken, einem Kameraden einen Brief mit gab, der zudem übertriebene und unwahre Angaben über die Verpflegung enthielt.“*<sup>195</sup>

Regelmäßig fanden nun Kontrollen in Urlauberzügen statt, um der illegal versandten Briefschaften habhaft zu werden. Die Strafen - zwei bis drei Tage mittlerer Arrest - waren für die Boten bitter, denn die Arreststrafe wurde vom spärlich gewährten Urlaub abgezogen, wenn nicht gar angeordnet wurde, daß jeder „gefundene Verstoss gegen den [...] Befehl [...] Urlaubsentziehung, Rueckbeförderung zum Truppenteil und Bestrafung wegen Ungehorsams nach sich“ ziehen sollte.<sup>196</sup>

---

WUA, Gutachten Hobohm, S. 43, Dok. 43: Meldung der Armeeabt. C. v. 14.9.1917 an Postüberwachungsstellen über Bericht der Postüberwachungsstelle Straßburg.

<sup>192</sup> WUA, Gutachten Hobohm, S. 21, Dok. 4 (Etappeninspektion der Armee-Abt. C/Verfügung IVa, Nr. 61 v. 23.9.1916).

<sup>193</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief B. Meier v. 5.11.1915 (Rußland), Bl. 158; Meier hatte allen Grund, seinen Brief der Kontrolle zu entziehen. Über die Verpflegung schrieb er u.a.: „Das gibt Hunger und nochmals Hunger. [...] Hier war es bald so weit, dass Hunde Katzen und Ratten vor uns nicht sicher waren, [...]“ Bl. 158/Rs.

<sup>194</sup> HStA/MA Stuttgart, M33/2, Bd. 14, A. T. B. Nr. 13 (Jan. 1916), A. O. K. 4 Nr. 947 v. 29.1.1916, Betr.: Verbot der Briefbeförderung durch Urlauber (handschriftliche Abschrift).

<sup>195</sup> HStA/MA Stuttgart, M33/2, Bd. 14, 27. Inf. Div. v. 15.4.1916/ Abt. IIa Nr. 4367/Betr.: Briefverkehr (An Gen. Kdo. XIII. AK). Der Musketier Schmöhl (Maschgew. Komp. 120) „wurde mit 5 Tagen mittleren Arrest bestraft, weil er unter Umgehung der Briefkontrolle seine Eltern zu bereden suchte, ein auf unwahre Angaben gestütztes Urlaubsgesuch einzureichen.“ Ebd.

<sup>196</sup> HStA/MA Stuttgart, M33/2, Bd. 14, Meldung Geheime Feldpolizei (Nov. 1916) über „Eisenbahnbriefkontrolle im Urlaubszug 11 von Lille nach Deutschland“. Dabei wurden 11 Briefe von Soldaten des XIII. AK beschlagnahmt, die nach Deutschland vermittelt werden sollten. Vgl. auch: KA

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

Natürlich gingen Soldaten bisweilen ganz bewußt das Risiko ein, auf dem normalen Feldpostweg Briefe zu versenden, von denen sie wußten, daß diese zensur- und damit sie als die Verfasser strafgefährdet waren:

*„[...] ich will es mal riskieren, der Brief wird wohl durchgehen, tut er es nicht, kommt man für drei Tage einige Stunden an den Baum, eine sehr schöne Strafe<sup>197</sup> ist es grade nicht“,*

schrrieb der Landsturmmann Poggenpohl von der Westfront am 10.3.1916.<sup>198</sup>

Gegen Ende des Krieges freilich war es für viele Soldaten - angesichts der Schrecken der Front - völlig gleichgültig, ob ihre Briefe von den Zensoren gelesen wurden. Im Stimmungsbericht der Postüberwachungsstellen der 5. Armee vom 31. August 1918 ist zu lesen:

*„Bemerkenswert ist übrigens, daß Briefschreiber, nachdem sie in heftigster Form ihrer Mißstimmung Luft gemacht haben, in letzter Zeit häufig den Zusatz machen: ‚Ich weiß, daß meine Korrespondenz überwacht wird, aber laß sie es nur lesen, dann erfahren sie wenigstens auf diesem Wege die Wahrheit‘.“<sup>199</sup>*

Andere, meist in der Etappe als Schreiber angestellte Soldaten hatten Gelegenheit, für ihre Briefe den Postempel ihrer Einheit heimlich zu nutzen, wie der Schreiber in einer Krankentransportabteilung an der Ostfront, Willy Hauffe, der am 15. Juni 1916 wieder einmal einen ausführlichen Brief an den Reichstagsabgeordneten Hermann Sachse schreibt, in dem er über das „Wohlleben der Offiziere“ berichtet. Zum Schluß bemerkt er:

---

München, Feldpost 792, Bd. 5, Armee-Oberkommando 3, Ic Nr. 902/16 v. 18.2.1916, Betr.: Briefüberwachung.

<sup>197</sup> Die ‚Vergehen‘, für die ein Soldat angebunden wurde, waren außerordentlich geringfügige. „Heute wurden bei uns zwei Mann bestraft. Der eine wegen Lügens und unstatthaften Benehmens gegen einen Unteroffizier [...] wurde zur Strafe 2 Stunden, der andere wegen unflätiger Bemerkungen zu einer Stunde am Baume festgebunden. Eine wirklich scheußliche Strafe. Nicht wahr?“ BA/MA Freiburg, MSg2/3461, Feldpostbriefe des Gefreiten A. Benedict/Westfront an seine Eltern, Brief v. 26/27.6.1915 Das sog. „Anbinden“ wurde nach § 47 Disziplinar-Strafordnung bzw. § 129/3 M. St. V. I. Teil im Felde verhängt. Danach war das tägliche, in der Regel zweistündige Anbinden (an Bäume, Wagenräder etc.) als „Ersatz“ für die Vollstreckung des sog. strengen Arrestes vorgesehen, wenn geeignete Arresträume oder Wachmannschaften fehlten oder sonstige Gegebenheiten die Vollstreckung verhinderten. Die Strafe wurde erst im Verlaufe des Jahres 1917 (Kaiserlicher Erlaß v. 21.3.1917) ganz abgeschafft. Besonders Hindenburg hatte sich immer wieder für ihre Beibehaltung eingesetzt. Noch im August 1918 unternahm er einen Vorstoß zur Wiedereinführung des „Anbindens“. Vgl. WUA, Gutachten Hobohm, S. 86 f. und Dok. 43a. Zur Wirkung des Anbindens auf Soldaten vgl. auch D. Richert, Beste Gelegenheit zum Sterben, S. 112/113.

<sup>198</sup> BfZ, Feldpostbriefsammlung Erster Weltkrieg / Sammlung Böhning, Brief Poggenpohl v. 16.3.1916/ Westfront an Kurt Böhning. Böhning war Schüler und trat, nachdem er „Liebesgaben“ verschickt hatte, mit verschiedenen Soldaten an der Westfront in Briefkontakt. Was ihn vor allem interessierte, waren „Kriegserlebnisse.“

<sup>199</sup> MA Potsdam, W-10/50794, Erfahrungen mit der Feldpostüberwachung (1918), Bl. 1-116, Bl. 75-79, Bl. 76.

## Die Kriegskorrespondenz im militärischen Kontext – Beschwerden, Stimmungsberichte und Zensur

*„Gib diesen Brief auch den Genossen Heck, Teuber, Winden und der Genossin Schlapper zu lesen, so spare ich das Schreiben. Und wenn man viele Briefe schreibt, kommt schließlich mal einer in unberufene Hände. Ich stemple ja meine Sachen selbst ab, aber der Zufall kann es ja doch einmal wollen!“<sup>200</sup>*

In seltenen Fällen kam es auch zu personellen Konstellationen, die jeder Zensur ein Schnippchen schlugen. Das Spartakus- und spätere KPD-Mitglied Ernst Lohagen traf in einer Genesungskompanie einen Genossen und Freund seines Vaters, einen Sozialdemokraten,

*„der hier den Feldwebel spielte. Durch ihn bekam ich einen sehr wichtigen Druckposten. Ich wurde zur Postüberwachungsstelle [...] abkommandiert. Morgens Briefzensur, nachmittags Paketzensur. [...] Alle diese ‚vaterlandsverräterischen‘ Briefe erhielten von mir den Zensurvermerk und gingen jetzt gesichert zu ihren Empfängern.“<sup>201</sup>*

Weitaus unsicherer erwies sich das Hinauswerfen von Briefen und Karten aus den Transportzügen. Die Weiterbeförderung war dann gänzlich vom guten Willen der Finder, meist Bahnbeamten oder Wachmannschaften, abhängig. Um ihnen die Entscheidung im Sinne der Kontrollen und Briefsperrern zu erleichtern, erließ der Generalquartiermeister im Juli 1915 eine Verfügung, mit der die Weiterbeförderung solcher Wurfsendungen abgeschafft werden sollte.<sup>202</sup>

---

<sup>200</sup> BA Potsdam, Sachthematische Sammlung 92, Nr. 271, Feldbriefe an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands 1914-18, Brief W. Hauffe/Osten v. 15.5.1916, Bl. 36.

<sup>201</sup> Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19, Berlin (Ost) 1958, S. 505f.

<sup>202</sup> KA München, Feldpost 687 (Armeepostdirektion 6), Bd. 32, Generalquartiermeister Ic Nr. 18623 v. 16.7.1915 (Abschrift). Hier heißt es u.a.: „Die wirksame Durchführung von Postsperrern ist mehrfach dadurch gestört worden, daß die Bahnschutztruppen solche Postsachen ohne Weiteres weiterbeförderten, die ihnen aus den Eisenbahnzügen zugeworfen wurden.“